

Sinkende Preise

Das Gespenst der Deflation

90,1

10.11.2013 · In Europa haben alle Angst vor sinkenden Preisen. Insbesondere EZB-Chef Mario Draghi führt seit neuestem einen Krieg gegen eine drohende Deflation. **Doch was soll an sinkenden Preisen eigentlich so schlimm sein?**

Von LISA NIENHAUS



© MAURITIUS IMAGES Die Deflation ist ein Schreckenszenario.

Mario Draghi hat prompt reagiert. Gerade seit einer Woche wusste die Welt, dass die Preise in Europa nur noch langsam steigen - um 0,7 Prozent zuletzt, die niedrigste Inflationsrate seit vier Jahren -, da kam schon Draghis Gegenschlag. Am vergangenen Donnerstag sprach der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) die magischen Worte: „Wir haben uns entschlossen, den Leitzins des Eurosystems auf 0,25 Prozent zu senken.“ Es gibt nun also noch billigeres Geld als sowieso schon, fast kostenlos. Und Draghi machte klar, dass das längst nicht alles ist. **Es gebe weitere „Instrumente in der Artillerie“.**

Wer solche Worte verwendet, führt einen Krieg. Und Mario Draghi führt offenbar seit Neuestem einen Krieg gegen sinkende Preise. Das ist doppelt überraschend. Zunächst einmal hatte man sich doch gerade noch davor gefürchtet, dass bald die Inflation kommt. Und jetzt soll die Deflation kommen? Dazu kommt, dass der neue Feind bislang recht harmlos erschien: Wieso sollten sinkende Preise überhaupt schlimm sein? Man freut sich doch, wenn Benzin und Brot billiger werden.

Das sehen auch manche Ökonomen so. Keinesfalls hatten die Geldexperten der Welt immer Angst vor sinkenden Preisen. **Milton Friedman etwa empfahl 1969 sogar eine gewisse Deflation als optimale Politik der Zentralbank.**

Notenbanken streben leichte Inflation an

Friedmans Ansicht hat sich nie durchgesetzt. Stattdessen streben die meisten Notenbanken der Welt heute eine leichte Inflation an. Es geht Angst um, sobald die Preise nicht gehorchen und zu sinken beginnen. Auch in der EZB. **„Derzeit müssen wir uns mehr Sorgen um Deflation machen als um Inflation“, warnt der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Peter Praet.** Und Mario Draghi erwartet eine „verlängerte Zeit mit niedriger Inflation“, auch wenn er „im Großen und Ganzen“ derzeit keine Deflation sieht. Übersetzt heißt das: Die Deflation ist vielleicht noch nicht da, aber Vorsicht, sie ist im Anmarsch.

Der Grund für diese weit verbreitete Angst vor sinkenden Preisen liegt weit zurück in der Vergangenheit. Es ist **die Große Depression, die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre.** Ganze Generationen von Forschern haben sich an ihr abgearbeitet. Ben Bernanke, Präsident der amerikanischen Notenbank Fed, nennt es „den Heiligen Gral der Ökonomie“, sie zu verstehen. **Historisch gesichert ist: Damals sanken in vielen Ländern die Preise auf breiter Front, verbunden mit einer schweren wirtschaftlichen Depression.**

Diese Allianz mit dem wirtschaftlichen Elend hat dem Ruf der Deflation nachhaltig geschadet. Anfangs dachte man noch: Die Preise sanken eben wegen der Depression, es waren Anpassungen an die schwere wirtschaftliche Lage. Später fragte man sich: Kann es nicht andersherum sein? Dass nämlich die sinkenden Preise die Krise noch verschärft haben?

Eine ganze Reihe bekannter Geldexperten ist heute genau dieser Ansicht. Allen voran Ben Bernanke. Er hat die verschiedenen Länder und ihre Geldpolitik in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise verglichen. Seine Erkenntnis: Länder, die sehr schnell eine lockere Geldpolitik verfolgten (indem sie den Goldstandard abschafften), verhinderten Deflation und kamen so schneller aus dem wirtschaftlichen Tief. Länder, die strikt blieben und dadurch in die Deflation gerieten, hatten es viel schwerer.

Woran liegt es, dass die sinkenden Preise eine solche Wirkung hatten? Im Prinzip ist das für die Wirtschaft nicht so schlimm, wenn nur alle Preise gleichzeitig sinken. Also nicht nur die Preise für Brot und Benzin, sondern auch die Löhne, die Mieten, alles in gleichem Maße. In Wirklichkeit aber bleiben, so fand Bernanke, die Löhne erst einmal konstant, wenn die Preise sinken. Für die Beschäftigten ist das zunächst prima: Sie können sich für ihren Lohn mehr kaufen. Für die Firmen aber wird es schwierig. Sie geraten in die Klemme zwischen hohen Löhnen und geringen Einnahmen. Einige gehen pleite, anderen gelingt es, die Löhne langsam zu drücken. Beides führt dazu, dass die Leute sich noch weniger leisten können, also weniger einkaufen, was die Preise weiter senkt und die Wirtschaft weiter abwürgt.

Dazu kommt, dass es in der Deflation denen gutgeht, die sparen - sie können sich für ihr Geld in Zukunft mehr kaufen. Also sparen die Leute mehr, geben weniger aus, was die Preise weiter senkt. Das kann in einer deflationären Spirale enden, der man schwer entkommt.

„Deflation ist bedrohlicher als Inflation“

In jüngster Zeit hat Japan gezeigt, was passiert, wenn sinkende Preise und eine dahin dümpelnde Wirtschaft sich gegenseitig verstärken. Es sind diese beiden Schreckensszenarien, Japan und die Weltwirtschaftskrise, die Notenbanker im Kopf haben, wenn sie über die Gefahren der Deflation sprechen. Es ist die Angst davor, dass die Wirtschaft ihre Dynamik verliert. „Deflation ist bedrohlicher als Inflation“, sagt Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, „weil sie schädlicher für die Wirtschaft und schwerer für die Zentralbank zu bekämpfen ist.“

Aber stimmt das wirklich? Die Deutschen haben jedenfalls ihre Hyperinflation Anfang der 1920er Jahre viel deutlicher im kollektiven Gedächtnis als ihre Deflation nur wenige Jahre später. Und auch in der EZB sind offenbar nicht alle überzeugt, dass jetzt die Zeit ist, noch mehr Geld zu drucken. Der EZB-Rat hat die Entscheidung, die Zinsen zu senken, nicht einstimmig getroffen. Die beiden deutschen Vertreter samt ein paar anderer waren dagegen.

Das ist nicht überraschend, eines gilt für die Deflation nämlich auf jeden Fall: Für Länder, die hohe Schulden haben, wie Griechenland oder Italien, ist Deflation besonders schlimm - denn es wird mit sinkenden Einkommen der Menschen immer schwerer, die Schulden zurückzuzahlen. Für Länder wie Deutschland hingegen, wo viel gespart wird, ist Deflation erst einmal positiv - mit dem Gesparten kann man morgen viel mehr kaufen als heute.

France's 'AA' Hollande pays price for kowtowing to EMU deflation madness 90,3

By [Ambrose Evans-Pritchard](#) **Economics** Last updated: November 8th, 2013

[692 Comments](#) [Comment on this article](#)



Standard & Poor's downgrade of France to AA is an indictment of Euroland's entire contraction regime.

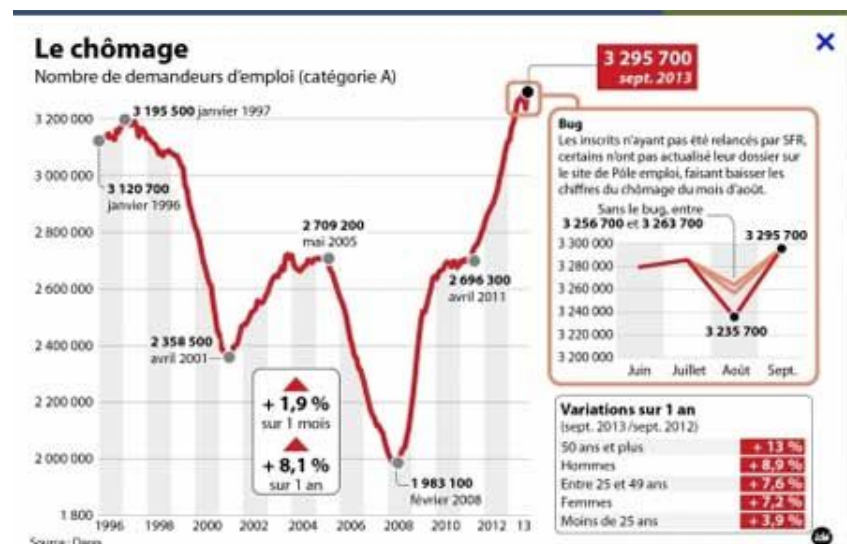
Yes, S&P says France has bottled it on reforms. Francois Hollande's patchwork of measures – losing momentum anyway since early 2013 – will not be enough to pull the country out of sclerosis.

It warns too that France is on borrowed time with a state sector over 56pc of GDP, now higher than Sweden, but without Swedish labour flexibility and free enterprise. We all know this.

But the deeper critique is that France has been set an impossible task.

1) Perma-slump is playing havoc with public finances, causing the budget deficit to stay above 4pc of GDP. "We believe lower economic growth is constraining the government's ability to consolidate public finances," it said.

France's heroic fiscal squeeze of 1.8pc of GDP last year – in order to comply with EMU demands – was at best self-defeating, and arguably destructive. All France got was a double-dip recession. Some 370,000 people have lost their jobs. There is a proper therapeutic dose of fiscal austerity, and it should always be offset by monetary stimulus. Both rules were violated.



As S&P says, Hollande made matters worse by relying on taxes, not spending cuts. You don't have to believe in the Laffer Curve to see that a country with a Leviathan state should not keep raising the tax share of GDP.

2) You cannot carry out deep reforms in a deep downturn. "Ongoing high unemployment is weakening support for further significant fiscal and structural policy measures," it said.

This is the nub of the matter. The central tenet of EMU doctrine is that countries will not reform unless they face a crisis, and their feet are held to the fire. There is a near religious belief in Berlin – evangelised by Brussels, and the EMU gang of five – that any let up in austerity, any recourse to stimulus, let alone a new deal, is a gift to shirkers who want to dodge reform.

It is an elemental misjudgement. Yes, there may be small countries where this applies. They can hope to export their way out of trouble, if they have a high enough trade gearing. They may be able to overcome the debt deflation shock if their debt levels are low enough. If not, they can go to the IMF for a package of reform cushioned by debt relief, devaluation, and cheap IMF bridging loans.

None of this applies in southern Europe or to the quasi-EMU states in trouble in central Europe and the Balkans. If a region holding 300 million people tries to retrench at once, it causes a self-feeding downward slide for the whole system. That is exactly what we are seeing.

Euroland is relying on exports to the rest of the world, but that means it now has a huge trade surplus and risks becoming a trade violator. This will not be tolerated for long. The US Treasury's warning shot last week is just the start of a nasty fight.

Besides, France, Italy, and Spain, are too big to be pushed around for ever. They have other options. They can fight back in all kinds of ways. It is inevitable that they will do so.

For Francois Hollande, it is a nightmare coming true. He asked to be judged on his success in "bending the curve of unemployment", and judged he will be.

There is no recovery worth the name in sight. Industrial production fell 0.7pc in September, the fourth decline in five months. Annalisa Piazza from Newedge Strategy says there is now a risk that the French economy will contract again in Q3. That would be political dynamite.

Hollande campaigned in 2012 on a growth ticket. He dabbled briefly with a Latin Bloc alliance to force a change in EMU policy, but hid behind Italy's Mario Monti (who tried to calibrate it), and never took the lead. It was doomed to failure.

Instead, Hollande lamely buckled to EMU-core demands, and split the French Left by going along with Angela Merkel's catastrophic Fiscal Compact. This treaty is an infernal deflationary machine for 20 years to come, the ultimate culmination of German folly. Hollande was told by an army of French economists – including the excellent Observatoire, on the Left – that this would lead to depression and deflation, as it has.

Without wishing to cause too much offence, he risks becoming the Pierre Laval of 1935, the executor of deflation decrees that he does not really understand, the pacifist idealist (yes, Laval was, once) who lost his way trying to enforce the mad logic of the 1930s Gold Standard, the EMU of its day. (Laval lost his way further under Vichy, but that is another story).

It is not too late for Hollande to avoid this horrible political fate. He can at any time pluck up courage, forge a grand reflation coalition, and bring Brussels to heel. He is the elected leader of a great nation. EU officials are just civil servants.

This means confronting Germany, of course. But that fight has to come, as Paris Professor Steve Ohana lays out in his new book “Désobéir pour sauver l’Europe”. France must revolt to save Europe, and only France can lead such a coalition.

Let me be clear. The quarrel is not with the German nation, but with the 1930s policies being enforced on Europe by Angela Merkel and German political establishment. (Have they all forgotten – or never learned – that it was the Brüning deflation of 1930-1932 that destroyed Weimar?)

We can all agree that Germany has been a magnificent example to the world for sixty years. It is a thriving democracy under the rule of law. It has a constitutional court that really does defend liberty. Germany did not aspire to the hegemony it now has, and does not want to keep it. That is the strategic tragedy of EMU.

There is a near consensus view that Chancellor Merkel is an outstanding leader. I think this reflects a psychological defect in the press and the commentariat. We cleave to power. We adore it. We flatter it.

So me let dissent, since power is not my cup of tea. I think that current German policy across a wide range of economic and foreign policy issues (Libya, Mali, Syria, Russia) are destructive and potentially dangerous, especially for Germany in the end. Angela Merkel has her qualities but she is a very poor leader indeed. History will judge

Edito Le Monde.fr | 08.11.2013 à 11h27

Mario Draghi a surpris tout le monde en baissant, jeudi 7 novembre, le principal taux directeur de la Banque centrale européenne de 0,5 % à 0,25 %. Les analystes pariaient qu'il n'agirait pas avant décembre. S'il l'a fait, c'est non seulement parce que la BCE de Mario Draghi est plus pragmatique et réactive que celle de Jean-Claude Trichet. C'est aussi, et surtout, parce que la situation de la zone euro est grave.

Le tassement de l'inflation, tombée à 0,7 % en octobre, laisse craindre une spirale déflationniste qui serait ravageuse pour les économies des pays membres. En baissant les taux et en ajoutant qu'il dispose encore d'autres outils si la situation empire, le président de la BCE a rappelé qu'il est déterminé à faire tout ce qu'il peut pour éviter le scénario du pire.

C'est une bonne nouvelle, y compris pour la France. D'abord parce qu'elle est de nature à rassurer les investisseurs sur la capacité de l'Union monétaire à agir à temps face aux menaces pesant sur son économie. Ensuite parce que la **baisse des taux** achète un sursis à la zone euro. En diminuant le coût du crédit, elle permettra d'injecter les liquidités nécessaires dans les économies européennes. Enfin, même si M. Draghi a assuré que ce n'était pas là l'objectif, ladite **baisse** devrait tirer un peu vers le bas le cours de l'euro, dont le niveau jugé trop élevé ces dernières semaines (1,38 dollar le 29 octobre, au plus haut depuis novembre 2011) pénalise les exportations des pays industriels affaiblis : l'Espagne et la France.

FAIBLESSES STRUCTURELLES

Mais la **baisse des taux ne** fera pas non plus des miracles, tout simplement parce que la **BCE** n'a pas toutes les clés en main pour soutenir la reprise. Elle **ne** peut pas être le seul docteur de la zone euro, puisqu'elle n'est responsable que du volet monétaire. La **BCE** doit composer avec les gouvernements qui adoptent une politique budgétaire subtile : ceux-ci doivent à la fois réduire l'endettement et **ne** pas faire tomber l'Europe dans une spirale récessive.

De même, ce n'est pas la **BCE** mais les gouvernements qui doivent s'attaquer aux faiblesses structurelles handicapant la croissance potentielle de leur pays. Celles-ci sont connues : coût du travail trop élevé, faiblesse de l'investissement des entreprises dans l'innovation, PME trop petites... Même si les économistes **ne** sont pas tous d'accord sur le diagnostic, il est indéniable que la France a un problème de compétitivité. Et de finances publiques.

C'est pour cette raison que l'agence de notation Standard & Poor's a, vendredi 8 au matin, dégradé la note de la France de "AA +" à "AA". Le diagnostic est sévère, mais peu surprenant: la marge budgétaire du gouvernement de Jean-Marc Ayrault est quasi nulle, le **taux** de chômage risque de rester au-dessus de 10 % jusqu'en 2016, les réformes se font attendre.

La nouvelle est un petit séisme politique pour l'équipe de François Hollande. Il s'agit d'un second avertissement après les réserves émises par la Commission européenne sur la timidité des réformes engagées par Paris. On aurait tort de se rassurer du faible impact à court terme sur les marchés de la dégradation de la note française. L'agence américaine émet un jugement sévère à long terme. François Hollande prend le risque de laisser s'installer une défiance durable s'il n'apporte pas une réponse aux défis majeurs que la France doit affronter.

November 10, 2013

The Plot Against France

90,7

By [PAUL KRUGMAN](#)

On Friday Standard & Poor's, the bond-rating agency, [downgraded France](#). The move made headlines, with [many reports suggesting that France is in crisis. But markets yawned: French borrowing costs, which are near historic lows, barely budged.](#)

So what's going on here? The answer is that [S. & P.'s action needs to be seen in the context of the broader politics of fiscal austerity](#). And I do mean politics, not economics. For the plot against France — I'm being a bit tongue in cheek here, but [there really are a lot of people trying to bad-mouth the place](#) — is one clear demonstration that in Europe, as in America, [fiscal scolds don't really care about deficits. Instead, they're using debt fears to advance an ideological agenda. And France, which refuses to play along, has become the target of incessant negative propaganda.](#)

Let me give you an idea of what we're talking about. [A year ago the magazine The Economist declared France "the time bomb at the heart of Europe,"](#) with problems that could dwarf those of Greece, Spain, Portugal and Italy. In January 2013, CNN Money's senior editor-at-large declared France in ["free fall,"](#) a nation ["heading toward an economic Bastille."](#) [Similar sentiments can be found all over economic newsletters.](#)

Given such rhetoric, one comes to French data expecting to see the worst. What you find instead is a country experiencing economic difficulties — who isn't? — but in general [performing as well as or better than most of its neighbors, with the admittedly big exception of Germany](#). Recent French growth has been sluggish, but much better than that of, say, the Netherlands, which is [still rated AAA](#). According to standard estimates, French workers were actually a bit more productive than their German counterparts a dozen years ago — and guess what, they still are.

[Meanwhile, French fiscal prospects look distinctly non-alarming.](#) The budget deficit has fallen sharply since 2010, and the International Monetary Fund expects the ratio of debt to G.D.P. to be roughly stable over the next five years.

What about the longer-run burden of an aging population? This is a problem in France, as it is in all wealthy nations. [But France has a higher birthrate than most of Europe — in part because of government programs that encourage births and ease the lives of working mothers — so that its demographic projections are much better than those of its neighbors, Germany included.](#) Meanwhile, France's remarkable health care system, which delivers high quality at low cost, is going to be a big fiscal advantage looking forward.

By the numbers, then, it's hard to see why France deserves any particular opprobrium. So again, what's going on?

Here's a clue: Two months ago **Olli Rehn**, Europe's commissioner for economic and monetary affairs — **and one of the prime movers behind harsh austerity policies** — dismissed France's seemingly exemplary fiscal policy. Why? Because it was based on tax increases rather than spending cuts — **and tax hikes, he declared, would “destroy growth and handicap the creation of jobs.”**

In other words, never mind what I said about fiscal discipline, **you're supposed to be dismantling the safety net.**

S.& P.'s explanation of its downgrade, though less clearly stated, amounted to the same thing: France was being downgraded because “the French government's current approach to budgetary and structural reforms to taxation, as well as to product, services and labor markets, is unlikely to substantially raise France's medium-term growth prospects.” Again, never mind the budget numbers, **where are the tax cuts and deregulation?**

You might think that Mr. Rehn and S.& P. were basing their demands on solid evidence that spending cuts are in fact better for the economy than tax increases. But they weren't. In fact, research at the **I.M.F.** suggests that when you're trying to reduce deficits in a recession, the opposite is true: temporary **tax hikes do much less damage than spending cuts.**

Oh, and when people start talking about **the wonders of “structural reform,”** take it with a large heaping of salt. It's mainly a code phrase for deregulation — and the evidence on the virtues of deregulation is decidedly mixed. Remember, Ireland received high praise for its structural reforms in the 1990s and 2000s; in 2006 George Osborne, now Britain's chancellor of the Exchequer, called it a “shining example.” How did that turn out?

If all this sounds familiar to American readers, it should. U.S. fiscal scolds turn out, almost invariably, to be much more interested in slashing Medicare and Social Security than they are in actually cutting deficits. Europe's austerians are now revealing themselves to be pretty much the same. **France has committed the unforgivable sin of being fiscally responsible without inflicting pain on the poor and unlucky. And it must be punished.**

Germany's Surplus Isn't the Problem

90,9

WSJ By SIMON NIXON Nov. 10, 2013 9:06 p.m. ET

On almost any measure, the euro zone is in better shape than a year ago—and much better shape than many expected, not least those who were predicting its imminent collapse.

The currency bloc is out of recession; Spain and Portugal are growing; the Greek government expects growth to return next year. Yields on peripheral government bonds have fallen sharply. And the euro zone is embarking on a major integration project—banking union—that it hopes will restore confidence in the region's banking system and allow credit to flow again.

On almost any measure, the euro zone is in better shape than a year ago—and much better shape than many expected, not least those who were predicting its imminent collapse. *Agence France-Presse/Getty Images* But every silver lining has a cloud. In recent weeks, critics have identified a new euro-zone fault line: Southern Europe, they say, is being strangled by a combination of deflation and German mercantilism. The U.S. Treasury last week pointed to Germany's vast current-account surplus of 7% of gross domestic product in 2012 as evidence that the country should be doing more to boost domestic demand and reduce its reliance on exports at a time when other euro-zone countries are being forced to implement austerity policies.

But to some European eyes, this new assault is as misdirected as past criticism of the euro zone's crisis response. It's true that annual euro-zone inflation fell to just 0.7% in September, well below consensus forecasts of 1.2%. That prompted the European Central Bank to cut its refinancing rate to just 0.25%. But few economists think the euro zone is on the brink of a Japanese-style deflationary spiral in which consumers hold off purchases in expectation of falling prices.

The euro zone's current low inflation is different. To the extent that low inflation in Southern Europe is the result of domestic policy as opposed to external factors such as the recent fall in energy costs, it partly reflects consumer prices adjusting to falls in real wages. This is healthy. In a currency union, falling labor costs are one of the main ways countries can regain competitiveness. It would be more worrying if wages were falling and prices still rising—as they have been in Greece—since this indicates a lack of flexibility in markets and a rising burden of private-sector debt.

Of course, it doesn't help that the euro appreciated over the summer. But euro-zone policy makers blame this largely on the U.S. Federal Reserve's decision to keep printing money alongside concerns that the U.S. might even default on its debts. The best help the U.S. could give Southern Europe would be to stop weakening the dollar.

What is less certain to help Southern Europe is action by Berlin to reduce Germany's current-account surplus. German policy makers are bemused by the suggestion that Germany's surpluses pose a similar problem to those of China in the last decade. After all, Germany doesn't operate a fixed exchange rate and isn't accumulating vast official reserves. Its surpluses are the result of competitiveness gains painfully achieved via a decade of reform and wage restraint during the years when it was seen as the "sick man of Europe."

What does the U.S. want Germany to do? Quit the euro? Make itself uncompetitive again, perhaps by forcing up wages? How would that help Southern Europe? Indeed, in an increasingly integrated single market, focusing on Germany's surplus in isolation is simplistic. Other member states have benefited from German

competitiveness gains because they are integrated into Germany's supply chain or have received direct German investment.

Perhaps the Treasury thinks Germany could help Southern Europe by embarking on a public-spending splurge? But Germany fiscal policy is hardly contractionary: Whatever government emerges from the current coalition talks is likely to pursue a balanced budget. Only the most fervent Keynesians would argue that Germany, with a government debt-to-GDP ratio of 82%, has fiscal space to fund a stimulus package. It's hard to find policy makers in Southern Europe clamoring for a new German road-building program.

Besides, this focus on Germany's current-account position risks obscuring the real issues. A sustained recovery in Southern Europe hinges on businesses having the confidence to start investing again after five years of underinvestment, including in Germany. This in turn will give consumers the confidence to start spending, causing deflationary pressures to ease and Germany's current-account deficit to shrink.

But for businesses to start spending, they need confirmation that governments are serious about tackling the root causes of the crisis: That means creating a credible banking union and pushing ahead with structural overhauls to boost competitiveness.

Both objectives currently hang in the balance. Over the next few weeks, euro-zone leaders face difficult decisions on bank resolution arrangements and common backstops for the ECB's forthcoming comprehensive assessment and stress testing of bank balance sheets. Done properly, this exercise will drive the recapitalization and restructuring needed to revive funding markets and ensure banks are able to support a recovery.

Indeed, there are signs that in some countries, efforts to clear up the banking system are already delivering results. The recent fall in Spanish bank deposit rates may deliver a bigger economic boost than last week's ECB rate cut as it feeds directly to bank profits and the pricing of new loans, while the surge in investor appetite for Spanish assets will help banks deleverage. But other peripheral-country banking systems remain stressed.

Meanwhile progress on reforms has been patchy: Spain has gone furthest toward restoring its competitiveness, reflected in buoyant exports; Portugal and Greece have also made valuable changes. But Italy has failed to make any improvement to its competitiveness or productivity since the start of the crisis.

But this too may be changing: The current Southern European governments know what they need to do—and they have all survived political crises this year and appear to be much more stable than seemed possible a few months ago. Even in Italy, some argue that the waning influence of former Prime Minister Silvio Berlusconi is creating political space for more radical reforms.

Even so, the domestic obstacles to reform are considerable. Recent history suggests external pressure can certainly play a useful role in pushing Europeans to act decisively. But those efforts would be better directed to urging weak economies to make themselves strong, rather than urging Europe's strongest economy to make itself weak.

REVIEW & OUTLOOK

Vive La France on Iran

90,11

The French save the West from a very bad nuclear deal with Iran.

WSJ Updated Nov. 10, 2013 5:23 p.m. ET

We never thought we'd say this, but thank heaven for French foreign-policy exceptionalism. At least for the time being, François Hollande's Socialist government has saved the West from a deal that would all but guarantee that Iran becomes a nuclear power.

While the negotiating details still aren't fully known, the French made clear Saturday that they objected to a nuclear agreement that British Prime Minister David Cameron and President Barack Obama were all too eager to sign. These two leaders remind no one, least of all the Iranians, of Tony Blair, Margaret Thatcher, Ronald Reagan or George W. Bush. That left the French to protect against a historic security blunder, with Foreign Minister Laurent Fabius declaring in an interview with French radio that while France still hopes for an agreement with Tehran, it won't accept a "sucker's deal."



French Foreign Minister Laurent Fabius makes his way to a meeting during the third day of closed-door nuclear talks at the Intercontinental Hotel in Geneva November 9, 2013. *Reuters*

And that's exactly what seems to have been on the table as part of a "first-step agreement" good for six months as the parties negotiated a final deal. Tehran would be allowed to continue enriching uranium, continue manufacturing centrifuges, and continue building a plutonium reactor near the city of Arak. Iran would also get immediate sanctions relief and the unfreezing of as much as \$50 billion in oil revenues—no small deliverance for a regime whose annual oil revenues barely topped \$95 billion in 2011.

In return the West would get Iranian promises. There is a promise not to activate the Arak reactor, a promise not to use its most advanced centrifuges to enrich uranium or to install new ones, a promise to stop enriching uranium to 20%, which is near-weapons' grade, and to convert its existing stockpile into uranium oxide (a process that is reversible).

What Iran has not promised to do is abide by the Additional Protocol of the Nuclear Nonproliferation Treaty (NPT), which imposes additional reporting requirements on Iran and allows U.N. inspectors to conduct short-notice inspections of nuclear facilities. The International Atomic Energy Agency (IAEA) has complained for years that Iran has refused to answer its questions fully or provide inspectors with access to all of its facilities. IAEA inspectors have been barred from visiting Arak since August 2011.

In other words, the deal gives Iran immediate, if incomplete, sanctions relief and allows it to keep its nuclear infrastructure intact and keep expanding it at a slightly slower pace. And the deal contains no meaningful mechanisms for verifying compliance. "What we have to do is to make sure that there is a good deal in place from the perspective of us verifying what they're doing," President Obama told NBC's Chuck Todd in an interview Wednesday. What we have is the opposite.

The President also told Mr. Todd that if Iran fails to honor the deal the U.S. can re-apply existing sanctions: "We can crank that dial back up."

That's also misleading. Once sanctions are eased, the argument will always be made (no doubt by Mr. Obama) that dialing them back up will give Iran the excuse to restart enrichment. Any "interim" agreement gives more negotiating leverage to Iran. If Iran really intends to cease its nuclear program, it should be willing to do so immediately and unconditionally.

All of this echoes the strategy Iran pursued after its illicit nuclear facilities were discovered in 2002. Current Iranian President Hasan Rouhani was his country's nuclear negotiator from 2003 to 2005, when Iran briefly suspended its civilian and military nuclear work in the teeth of intense international pressure (and American armies on its borders with Iraq and Afghanistan). That previous suspension is treated by U.S. negotiators as a model of what they might achieve now.

It's really a model of what they should beware. "Tehran showed that it was possible to exploit the gap between Europe and the United States to achieve Iranian objectives," Hossein Mousavian, Mr. Rouhani's deputy at the time, acknowledged in his memoir. "The world's understanding of 'suspension' was changed from a legally binding obligation" to "a voluntary and short-term undertaking aimed at confidence building."

Now the U.S. seems to be falling for the same ruse again. This time, however, Iran is much closer to achieving its nuclear objectives. No wonder Israel's Benjamin Netanyahu felt compelled to warn the Administration and Europe that they risked signing "a very, very bad deal," a blunt public rebuke from a Prime Minister who has been notably cautious about criticizing the White House. The Saudis, who gave up on this Administration long ago, are no doubt thinking along similar lines. The BBC reported last week that the Kingdom has nuclear weapons "on order" from Pakistan.

The negotiators plan to resume talks on November 20, and France will be under enormous pressure to go along with a deal. We hope Messrs. Hollande and Fabius hold firm, and the U.S. Congress could help by strengthening sanctions and passing a resolution insisting that any agreement with Iran must include no uranium enrichment, the dismantling of the Arak plutonium project and all centrifuges, and intrusive, on-demand inspections. Anything less means that Iran is merely looking to con the West into easing sanctions even as it can restart its program whenever it likes.

ECB rate cut is only a first step

90,13

Frankfurt cannot revitalise the eurozone on its own

For the second time in 15 months, [Mario Draghi](#) has shown his willingness to do “whatever it takes” to foster a recovery in the eurozone. Echoing the spirit that led him to unveil his unlimited bond-buying programme last summer, the European Central Bank president has now [cut interest rates](#) to 0.25 per cent, a record low. Investors who thought the ECB would need a longer period of reflection before acting were caught on the hop. Stocks jumped and the [euro fell](#) to a seven-week low.

But the further monetary loosening is hardly premature. For all the talk of recovery in recent months, economic activity in the eurozone has been weak and unemployment, particularly in crisis-hit countries, stubbornly high. If anything, the ECB should have acted sooner. However, German political opposition to a new monetary stimulus has been formidable. Jens Weidmann, president of the Bundesbank, voted against Thursday’s rate cut.

Mr Draghi was right to face down the Bundesbank on this occasion. A rate cut is consistent with the ECB’s mandate, which states that the central bank should keep inflation at 2 per cent or marginally below. In October prices rose by a mere 0.7 per cent. The eurozone has entered a period of disinflation. This is worrying. Consumers and businesses have fewer reasons to spend their cash today if they know that prices tomorrow will not be much higher. Some inflation is also a relatively costless way of shrinking public debts.

One should be cautious, however, about what a rate cut can achieve. The monetary plumbing of the eurozone remains clogged as banks in countries such as Spain and Italy refuse to pass the ECB’s ultra-cheap rates on to consumers. Demand for new loans is also weak as companies in crisis-hit countries continue to experience sluggish domestic demand. The ECB should be ready to go further than it has today. The question is what tools would be most effective.

One option would be to set a negative interest rate on the money that lenders park with the central bank. This would act as a tax on reserves and might encourage some banks to lend more. The ECB is right to contemplate such an unprecedented step.

Another useful move would be to launch a new round of cheap loans to eurozone banks at a fixed, ultra-low rate – even though this may cause some problems. The concern is that lenders may use the funds simply to purchase government bonds, something which Spanish and Italian banks have done in the past. The ECB should therefore think about ways of tying the extra funding to a requirement for banks to expand their loan books. This would put cheap money directly into the pockets of those who need it.

The best way to repair the eurozone’s monetary transmission mechanism, however, would be to ensure that the banks were properly capitalised so that they were in a position to extend new loans. This is why the ECB’s forthcoming audit of the eurozone banking system is so important. Governments must give Frankfurt the political cover it needs to do its job properly. While markets should be the first stop for any capital injection, eurozone funds may be needed as a backstop.

Finally, politicians and eurozone institutions cannot expect the ECB magically to revitalise the currency union on its own. The European Commission has seen sense in softening its obsession with unreachable deficit targets. But Brussels has made too little progress in addressing the real curse of the eurozone – its large and persistent current account imbalances.

The onus should be on Germany to relax fiscal policy or let wages rise faster. Sadly, such internal rebalancing remains politically implausible. But it would do a lot more than Thursday’s rate cut.

Nach der Leitzinssenkung

Die falsche Medizin der EZB

90,14

11.11.2013 · Die überraschende Senkung des Leitzins durch die EZB führt den Krisenländern zwar billigeres Geld zu, wird aber zunehmend **schädliche Nebenwirkungen** haben. **Die Geldschwemme mindert den Reformdruck und verlängert die Krise.**

Von PHILIP PLICKERT



© AFP Mit seiner Zinsentscheidung setzt sich EZB-Chef Draghi dem Verdacht aus, empfänglich für Einflussnahme zu sein

Der Patient Euroraum liegt weiterhin auf der Intensivstation. **Doch über die Diagnose der Krankheit und die angemessene Therapie herrscht Uneinigkeit.** Einige erkennen eine tiefsitzende **Wettbewerbsschwäche**. Andere fokussieren dagegen auf **Symptome**. Angesichts des jüngst gesunkenen Inflationsniveaus sehen sie schon Deflationsgefahr. Dies lenkt vom Kern der Schwierigkeiten ab. Auch Vergleiche mit Japan sind nur insofern hilfreich, als man lernen kann, welche Fehler unbedingt vermieden werden sollten. **In Japan hat die über fast zwei Jahrzehnte betriebene Null-Zins-Geldpolitik nichts bewirkt außer einen enormen Anstieg der Verschuldung.**

Das Wirtschaftswachstum zog nicht an, weil die tiefer sitzenden Ursachen der Krise unbehandelt blieben. Will Europa diese japanischen Fehler wiederholen? Die überraschende Senkung des Leitzinses vergangene Woche durch die Europäische Zentralbank (EZB) von 0,5 auf 0,25 Prozent führt den Krisenländern der Europäischen Währungsunion billigeres Geld zu. **Selbst die Befürworter der Zinssenkung glauben nicht, dass dies die Realwirtschaft merklich beleben wird.** Die Medizin wird aber zunehmend schädliche Nebenwirkungen haben – nicht nur im Norden des Euroraums.

Für Deutschland ist das Zinstief schlecht, die Sparer werden schleichend enteignet. Auf die Krisenländer wirkt das billige Geld wie Valium, es mildert den notwendigen Reformdruck ab. So wird die Krise verlängert. Das Deflationsgerede führt in die Irre. Eine **echte Deflation** liegt vor, wenn die Verbraucherpreise auf breiter Front und in vielen Ländern der Währungsunion über einen längeren Zeitraum sinken, weil Konsumenten und Investoren in Erwartung künftiger Preisnachlässe Kaufentscheidungen hinauszögern.

Nur kurzfristige Erleichterung

Davon kann in Europa keine Rede sein. Einzig im kleinen Griechenland, das nur zwei Prozent der Wirtschaftsleistung des Währungsraums ausmacht, sind die Preise tatsächlich leicht gesunken. In Spanien, Portugal und Italien liegt die Teuerungsrate unter einem Prozent. **Hauptgrund für den jüngsten Rückgang der Teuerungsrate war der gesunkene Ölpreis. Dass die Teuerung in den Krisenländern niedriger liegt, folgt aus**

dem Versuch, verlorene Wettbewerbsfähigkeit zurückzuerlangen. Dafür müssen die Kosten und Preise gesenkt werden.

Vor der EZB-Sitzung vergangene Woche gab es unverhohlene Forderungen aus der **italienischen Politik** und Industrie, schnellstmöglich die Zinsen weiter zu senken. Auch **Paris** und **Londoner Finanzkreise** forderten das. Mit seiner Zinsentscheidung, die zudem schlecht kommuniziert war, **setzt sich EZB-Chef Mario Draghi dem Verdacht aus, empfänglich für solche Einflussnahme zu sein. Der Rat der Notenbank war wieder einmal gespalten.** Bundesbankpräsident **Jens Weidmann**, unterstützt von ein paar mittel- und nordeuropäischen Notenbankern, versuchte den übereilten Beschluss zu verhindern.

Die Südländer, allen voran Draghi, überstimmten ihn. So hatten sich die Deutschen das nicht vorgestellt, als ihre Politiker sie in die Währungsunion führten: Damals hieß es, die Europäische Zentralbank werde einen strikten Kurs wie die Bundesbank vertreten; **nun wandelt sich die EZB eher in eine Banca d'Italia.** Die **Lagerbildung** spiegelt die Tatsache wider, dass im Euroraum zu ungleiche Volkswirtschaften unter ein gemeinsames Währungsdach gezwängt wurden.

Den hochverschuldeten Ländern bringt die Zinssenkung kurzfristig Erleichterung, weil ihre Banken mit dem billigen Geld Staatsanleihen kaufen und so die Renditen drücken. **Die EZB erleichtert die Staatsfinanzierung.** Profiteur der Zinssenkung ist in besonderer Weise **Italien**, dessen Banken viel stärker als andere von der EZB-Liquidität abhängen. Die Halbierung des Zinses bedeutet für sie jährlich eine **Milliarden-Ersparnis.** Wenn von **Zombie-Banken** die Rede ist, so sind diese wohl am ehesten in Italien zu finden. **Einige Banken, die zu viele faule Kredite in den Büchern haben, können sich wohl nur noch dank billigen Zentralbankgeldes flüssig halten.**

Die **Lektion aus Japans Dauerkrise** lautet aber: Es ist **fatal, todkranke Banken am Leben zu halten.** Nach dem Platzen der Immobilien- und Aktienmarktblase in Japan in den frühen neunziger Jahren wurde die **Bereinigung der Bankenkrise über Jahre verschleppt** – so wie in einigen Ländern Europas. Japan scheut Reformen zum Aufbrechen wettbewerbsfeindlicher Strukturen – **so, wie die südeuropäischen Staaten nur widerwillig darangehen, überregulierte Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und klientelistische Sozial- und Rentensysteme zu beschneiden.** Die Deflation in Japan war eine Folge der jahrelang verschleppten Reformen. **Es ist wichtig, Ursache und Wirkung der Wirtschaftsschwäche nicht zu verwechseln.**

Auf der ganzen Welt versuchen die großen Zentralbanken derzeit mit einer Flut Billiggeld die Wirtschaft zu stimulieren. Dies bringt zunehmende Risiken mit sich: Die Geldschwemme erzeugt Vermögenspreisblasen, die Finanzstabilität ist durch kreditfinanzierte Spekulationen gefährdet, verzerrte Wirtschaftsstrukturen werden **perpetuiert.** Mit der falschen Medizin bleibt der Patient Europa länger auf der Intensivstation – und wird weiter geschwächt.

November 11, 2013

Skeptics See Euro Eroding European Unity

90,16

By [DANNY HAKIM](#)

LONDON — Europe’s slow emergence from its second recession in the last five years is raising new questions about whether the euro currency is doing more harm than good.

Five years of crisis have laid bare deep differences in national policies, politics and priorities across the European Union. The 28-member bloc is increasingly confronting a more fundamental problem: whether it is too unwieldy to address the multiplying array of challenges it faces. And in many ways, the most divisive issues involve the 17-member subset of the union that was supposed to give them something in common — the euro currency.

The notion that the European Union has structural deficiencies has been debated almost since its founding. The tension between economic integration and political harmonization is nothing new. But as the global financial crisis is beginning to fade, Europe’s troubles persist, exacerbated by the fissures of the currency union that have impeded the region’s economic recovery.

“My worst fears are confirmed,” George Soros, the Hungarian-born former hedge fund titan, said in an interview.

“This is what I was afraid of, that the euro would be preserved and it would pervert the venture and destroy the European Union,” he said. “Instead of the solidarity that was supposed to be embodied, it became every country by itself.”

The strains are evident at many levels. Hopes for greater political cooperation are falling victim to domestic economic stress in many countries and the rise of populist politics heading into European parliamentary elections next spring. An interest-rate cut by the European Central Bank last week reportedly came over the objections of the German members of the bank’s governing council.

And there are deep divisions within the European Union over a plan to unify the process for identifying and closing down troubled banks — and paying the costs of doing so. Those disagreements could get a further airing this week when euro zone finance ministers meet in Brussels.

The core of the trouble, critics say, stems from the structure of the euro currency union. Unlike a single-currency country like the United States or Britain, it lacks a common treasury and the ability to issue common debt. That has created a poisonous dynamic between creditor nations, like Germany, and debtor nations, like Greece.

True, there have been glimmers of good news lately. Consumer confidence among Europeans has improved, and recession has ended in countries like France and Spain. European stock indexes are up for the year. And yes, the euro in recent months has risen in value against other main currencies — although that is more curse than blessing, because it makes exports relatively more expensive outside the euro zone.

But the big worry lately is the specter of deflation, a doom loop of falling prices, wages and profits that, once underway, is a tailspin hard to pull out of. The fear of years of stagnation was the main impetus for the European Central Bank’s decision to reduce interest rates, over the objections of Germany, which worries that looser money will only encourage profligacy by its weaker euro neighbors.

It is not evident, though, that anything has been gained by the austerity policies that Germany long preached, which have been a drag on economic growth; government debt in the euro zone has risen sharply over the last half decade.

Perhaps worst of all, the various economic afflictions have reinforced the kind of nationalism and xenophobia that the broader European Union project was supposed to chase away.

Nicholas Spiro, founder of a London economic consultancy, said that Europe was “stuck in a halfway house between a shaky and ill-managed monetary union and a more secure economic and political one.” The risks are increasing of “one of these countries’ politically imploding,” Mr. Spiro said.

Fabrizio Saccomanni, the Italian finance minister, said in a speech last week that the European Union needed to have a philosophical reckoning of sorts, as his country prepares for a stint next year holding the six-month revolving presidency of the union.

“The time has come for a frank discussion of what we want to do with the European construction in the future,” he said in a speech at the London School of Economics. “What went wrong was not the fact that the project was imperfect, it was that it was not carried out to its full realization.”

“People want to know,” he said, “whether what we’re building is a common market with no rules, except perhaps general principles about fair trade, whether we want to build a confederation of states, whether we want to build a federal state, or a superstate, or just a monster bureaucracy that has no legitimacy whatsoever.”

A few numbers shed some light on the euro zone’s struggles. In the United States, gross domestic product is forecast to be up 5.9 percent this year from its level in 2008, using data provided by the European statistical agency, Eurostat. It will be down 2.1 percent in the euro zone over the same period. At the same time, overall government debt has increased in the euro zone from 70 percent of G.D.P. in 2008 to about 90 percent last year.

There are still voices of optimism, to be sure. Mario Draghi, the president of the European Central Bank, brushed off suggestions last week that Europe was sinking into the kind of long-term stagnation that plagued Japan for decades.

“If you look at the euro area from a distance, you see that the fundamentals in this area are probably the strongest in the world,” he said at a news conference. “This is the area that has the lowest budget deficit in the world,” he said, as well as the highest trade surplus.

An assessment last week from Olli Rehn, the European Union’s commissioner for economics and monetary affairs, was bleak. He said economic output would shrink slightly this year in the euro zone, and while he forecast growth of 1.1 percent next year, he said unemployment would remain high at 12.2 percent. Mr. Rehn, who is under pressure to do more to push Germany to reduce its trade surplus with other member states, will issue annual report cards on the national budgets of euro zone members on Friday. He is expected to chide France once again for not doing more to meet key deficit-reduction targets.

François Heisbourg, a military expert at the Foundation for Strategic Research in Paris, said the currency union’s problems have been a debilitating distraction from the broader European project. “We have been paying too much attention to the euro and not enough attention to the European Union,” he said.

Mr. Heisbourg is author of a recent book, “The End of the European Dream.” While he is pro-European, he said the euro was not viable without a major shift toward a more federal structure. But that, he said, is not politically feasible.

As a result, **Mr. Heisbourg** said, European officials should begin to “look actively at the possibility of unraveling the euro in an orderly manner,” he said. “I’m not saying it’s a great option. I’m not saying it’s easy to do and it’s not traumatic. And I do say it’s dangerous, but what are the other options? The federal option is not on the table, and what is currently occurring, the transfer of major liabilities to the creditor countries like Germany, is economically and politically corrosive.”

Mr. Soros largely agrees. He said that an orderly division of the currency zone into northern and southern parts “could cure the disparity in competitiveness much faster than sticking together.”

“But Germany does not support that,” Mr. Soros said, “and the other countries can’t impose it. Therefore it is not going to happen.”

11/11/2013 04:52 PM

Easy Money

ECB Embarks on Risky Experiment

90,18

By *Martin Hesse* and *Anne Seith*

Last week's ECB interest rate cut was aimed at averting deflation and shows that the central bank is following the risky policy of monetary expansion adopted by Japan and the United States. Despite the latest figures, inflation is by no means banished.

It was one of those days when Mario Draghi just couldn't seem to please anyone. When a journalist accused the president of the European Central Bank of having duped financial markets, he flashed his trademark ironic smile. With his head tilted and his mouth turned up at the corner, it looked as if he was laughing at the complexity of the situation.

Last Thursday, Draghi once again announced a decision that could end up in the history books. The main refinancing rate, the central bank's most important tool, was cut to a new record low. Banks now only have to pay 0.25 percent for money they borrow from Draghi. That's less than ever before.

The rate cut followed heated debate in the ECB's Governing Council which includes the heads of the euro zone's national banks. The decision boosted share prices and caused the euro to depreciate sharply.

Draghi said it made no sense to comment on such market reactions. "It is usually quite useless because they do what they want, no matter what," he quipped. The former investment banker, whom critics accuse of being too focused on pleasing the markets, meant it as a joke.

But it also summed up the powerlessness of the euro's supreme guardian. A statistic announced last week sent alarm bells ringing not just inside the Frankfurt-based ECB headquarters but in national capitals as well. That figure is 0.7 percent, and it refers to the euro zone year-on-year rate of inflation for October, the lowest rate since November 2009. A rate of two percent is regarded as healthy for the economy. What's worse is that the 0.7 seems to contradict all conventional monetary policy wisdom.

In his battle against the euro crisis, Draghi has pumped more money into the financial system than any other ECB president before him. He didn't just embark on a high-speed reduction in interest rates to almost zero; he also launched all kinds of special loan programs for banks. Hundreds of billions of euros poured into the monetary system in that way.

Loose Money Has Helped Japan and US -- So Far

Conservative colleagues, among them Jens Weidmann, the head of the Bundesbank German central bank, warned that this could lead in the long term to a repeat of Germany's historic nightmare: massive inflation leading to the impoverishment of large parts of the population.

But now, suddenly, the euro zone is showing the first symptoms of a quite different disease: deflation, meaning a broad decline in prices which deters people from spending money. That phenomenon paralyzed Japan's

economy for almost two decades and turned the former economic paragon into a problem case. It's a nightmare scenario for the euro zone.

That is why Draghi argued forcefully in favor of an interest rate cut last week while around half a dozen members of the Governing Council warned that such an abrupt response to a single monthly figure was too hasty. Critics see the move as yet another sign that Draghi is increasingly following the example set by his central bank colleagues elsewhere around the world.

Outside the euro zone, central banks have shown far less restraint in intervening in their respective economies -- and their efforts appear to have met with considerable success.

Draghi's Japanese counterpart Haruhiko Kuroda has been particularly aggressive. The Bank of Japan's governor purchases some €55 billion (\$73.6 billion) worth of securities and government bonds from banks each month, thereby reinforcing a massive stimulus program launched by Shinzo Abe, the new Prime Minister. Abe wants to put a stop to his country's economic stagnation by massively depreciating the yen and investing in gigantic infrastructure projects. As a result, Japan's debt has soared to the unimaginable sum of some €7.8 trillion -- but the economy has finally awoken from its chronic slumber to show marked growth. Between April and June, Japan's GDP grew 3.8 percent, a bigger growth rate than any other industrial nation. Companies like carmaker Toyota, boosted by the cheaper yen, are finally performing better after years of woe.

Ben Bernanke, the head of the US Federal Reserve, is spending \$85 billion per month on mortgage-backed securities and government paper. The key interest rate in the world's biggest economy has long been at a historic low of 0.25 percent. In the US, too, the economy is picking up after the traumatic financial and economic crisis of recent years. Unemployment is slowly declining, the housing market is recovering and industrial production is rising. Despite these gigantic stimulus programs there is no sign of inflation in the US either -- the figure hasn't risen above two percent in any month this year.

Risk of Inflation Persists

The phenomenon confronting Bernanke and Draghi is easy to explain. They can't inject their money straight into the economy and have to go via the banks instead. But if those banks hoard the cheap money instead of lending it to businesses, the system doesn't work.

This doesn't just pose the question how much of the recovery is really down to the Fed's policy. It also suggests that the risk of medium-term inflation hasn't been averted just because the current figures are headed in a different direction. "The dynamic can change very quickly," says John Silvia, chief economist for Wells Fargo. Once the masses of money have squeezed through the bottleneck, deflation can quickly turn into high inflation.

The dangerous monetary policy medicine can have further side effects: a dramatic depreciation in the value of the currency, and so-called financial repression, whereby inflation exceeds the interest rates paid on secure investments and eats into the assets of small savers, among others. Even many Americans who don't share the German trauma of hyperinflation are worried about the Fed's experiment. The president of the Federal Reserve Bank of Kansas, Esther George, has warned about the risks of aggressively putting money in the economy and said there was no historical experience the US central bankers could rely on.

In Germany, the debate is being led by economists like Michael Heise who have the country's [angst of uncontrollable inflation in their DNA](#). Heise, the chief economist of insurer Allianz, doesn't tend to paint extreme scenarios, but the debate over deflation and inflation gets him rattled. "An interest rate cut is the wrong message; it could really get deflationary expectations going," he says. If the ECB sees the necessity to make such a cut, the argument goes, the risk of deflation must be greater than hitherto thought. If that view takes hold

in people's minds, it could turn into a self-realizing expectation, because people will stop buying goods and firms will have to lower their prices.

Euro-Zone Countries Need Different Medicines

But Draghi's biggest problem is his currency zone. "Whether Tokyo or Osaka, the whole of Japan has the same problem and needs the same medicine," explained Thomas Mayer, the former chief economist of Deutsche Bank. "But in the 17 countries of the euro zone conditions differ widely." The countries all have the same currency but they're not equally competitive. "That's why prices have to fall in the Latin European states from Greece to France or they have to rise in Germany and other states."

So the euro zone needs inflation and deflation at the same time -- depending on what country you're looking at. It's no wonder that Germany is worried about rising prices while Southern Europe fears declining ones.

But what price direction is more dangerous for Europe? The euro crisis managers want downward pressure on prices in Greece or Spain, where governments, private households and companies are cutting back on expenditure and wages have fallen. That makes those countries more competitive, but it causes a decline in price levels and lower inflation rates in those countries.

"The problem is that if deflation lasts for any length of time the debt mountain will get even bigger and be harder to reduce," says Mayer. And if investors start worrying again that the government may default on its debts, the countries could quickly sink into the same mess they were in last year.

That's why ever more European economists believe the ECB has no option but to follow the examples of Japan and the US. "The states on the periphery are clearly heading in the direction of deflation," warns Guntram Wolff of the Brussels-based think tank Bruegel. He believes the rate cut was the right move, but didn't go far enough. "The banking system has to be restructured to ensure that the cheap money gets to the economy."

No Alternative to Cheap Money?

The ECB and the European Commission, the EU's executive, share that view, which is why they want to conduct thorough reviews of the banks' financial health, and to get them in shape over the next 12 months. Until that has been achieved, the ECB, it seems, wants to keep buoying euro-zone sentiment with cheap money. It's also under pressure because the Fed and the Bank of Japan are proceeding so aggressively. "The strong euro is a result of this policy," says Guntram Wolff. The more expensive the euro, the cheaper the imports into the euro zone, which in turn increases the risk of deflation.

As a result, some European economists regard rising inflation in Germany as the lesser evil. "The fear of inflation in Germany is exaggerated," says Wolff.

Even German economists concede that there's little sign of inflation in Germany at present. "But I don't think that the laws of economics have been suspended," says Heise of Allianz. According to his reading, loose monetary policy must at some point lead to higher inflation. **When the economy starts picking up and confidence in banks and companies returns, "inflation will rise," he says. Then the ECB will have to respond with countermeasures, he adds.**

The question is: Will it still be able to?

EU opens door to showdown with Germany on trade surplus

90,21

EC report said Germany's surplus will narrow slightly from 7pc of GDP this year to 6.6pc in 2014 and 6.4pc in 2015, but this still breaches "macro-imbalances" rules



A supporter holds a book called 'Crime Scene Euro (currency)', at a meeting of Germany's anti-euro party 'Alternative fuer Deutschland', near Frankfurt Photo: Reuters

By **Ambrose Evans-Pritchard** 7:28PM GMT 05 Nov 2013

 [383 Comments](#)

The European Commission has warned Germany it could face disciplinary action for running excess trade surpluses at the expense of EU partners, joining the US Treasury in criticising Berlin for doing too little to help lift Europe out of its slump.

“We will discuss this question next week,” said EU economics chief Olli Rehn after releasing the commission’s Autumn report. The text said Germany’s current account surplus will remain far above tolerable levels into the middle of the decade.

Mr Rehn said Berlin had been told by EU leaders at a summit in June that Germany has a duty to help boost demand and “create sustained conditions” for German wage rises. This would help rebalance the EMU system and lift pressure off the crisis states in the South.

The report said Germany’s surplus will narrow slightly from 7pc of GDP this year to 6.6pc in 2014 and 6.4pc in 2015, but this still breaches the EU’s new “macro-imbalances” rules. It could ultimately lead to sanctions, with a vote taken by a qualified majority of EU states. Such a dispute would in effect be a court of judgment on Germany by EU peers.

While a confrontation is unlikely, the tougher talk from Brussels raises the political temperature in Europe. An attempt to indict Germany would prompt fury in Berlin, where politicians rejected US criticism last week that the country was acting as a free-rider on scarce global demand and creating a “deflationary bias” for the whole world. Berlin has called such attacks “incomprehensible”, insisting that export success helps the whole of Europe and should be prized.

The Commission's report cut the eurozone growth forecast for next year from 1.2pc to 1.1pc, and said a “sudden stop” in emerging markets is now the biggest potential threat to recovery.

“It is too early to declare the crisis over. Risks and uncertainty remain elevated,” it said. The report predicted a “subdued recovery” as banks continue to shrink their balance sheets to meet tougher EU rules, curb lending in the process. Unemployment will remain at a record 12.2pc until 2015. “The norm for the eurozone is still pretty dreadful. Even these forecasts are still likely to be too optimistic,” said Jonathan Loynes from Capital Economics.

Mr Rehn brushed aside warnings that Europe is sliding into a Japan-style deflation trap, insisting that inflation will rebound after sliding over recent months and stabilise near 1.5pc next year. “Although there is a lot of slack in the economy, the risk of deflation seems remote at the current juncture,” he said.

Lars Christensen from Danske Bank said the EU authorities are repeating mistakes made in Japan in the early 1990s when deflation became lodged in the system. “Several eurozone countries are already in outright deflation, and that is making it even harder to deal with banking problems and the debt trajectory. There is no growth in the money supply, so this is going to get worse, not better.

“This is just like Japan. The central bank thought money was easy when in fact it was much too tight. But effects could be much worse in Europe because unemployment is so much higher.”

The commission slashed its growth estimate for Spain from 0.9pc to 0.5pc in 2014, and warned that the structural budget deficit will rise instead of falling, reaching 4.2pc in 2014 and 5.8pc in 2015. This will push public debt to 104pc of GDP.

“Things are going from bad to worse and any talk of recovery is woefully misplaced,” said sovereign bond strategist Nicholas Spiro. “What is so shocking is the number of countries where public debt is going above 100pc of GDP.”

Slower growth could cause several states to miss their budget deficit targets again, creating pressure for further austerity cuts in a vicious cycle. The EU Fiscal Compact allows some leeway for missing targets but remains rigid.

Italy will contract 1.8pc this year, before eking out 0.7 growth in 2014. The turnaround is based on hopes of resurgent investment - from -5.2pc to +2.7pc - a forecast described as “Panglossian” by analysts, given the pervasive credit crunch among small firms.

Cyprus is in the eye of the storm, facing economic contraction of 8.7pc this year after its banking collapse, and 3.9pc next year. Investment dropped 19.6pc last year, and will fall 29.5pc this year and 11.9pc in 2014.

The report said the new risk is an upset in Asia, Latin America and Africa as the US Federal Reserves prepares to withdraw dollar liquidity from the global financial system.

It stated: “The external environment for the EU economy has become more challenging. Growth in some key emerging market economies has slowed down: triggered by the anticipation of less expansive monetary policies in the US. Many emerging markets appear vulnerable to sudden stops of external financing. The over-reliance of the Russian model on commodities does not appear sustainable.”

Emerging markets have rebounded from their May to June sell-off. This is chiefly because the Fed has delayed plans to wind down stimulus. This is a reprieve, not a pardon. Trouble could return once the Fed turns hawkish again.

Kommentar

Reform der Energiewende

90,23

12.11.2013 · Wegen der Energiewende wird in Deutschland Energie immer teurer. Zugleich beglückt Amerika dank Fracking seine Industrie mit Niedrig-Energiepreisen. So geht es nicht weiter.

Von CARSTEN KNOP

Artikel Lesermeinungen (0)

Die Welt braucht alle Energie, nur die Deutschen legen eine Energiewende hin, die in ihrer Ausgestaltung nicht von dieser Welt zu sein scheint: Energie wird deshalb teurer, als es mit einer behutsameren Umstellung auf erneuerbare Energien wie Wind und Sonne nötig gewesen wäre. Zugleich werden neue Methoden der Gewinnung fossiler Energien wie etwa von Öl und Schiefergas aus tiefen Gesteinsschichten (Fracking) noch nicht einmal erprobt.

Deutschland hat auch nicht die Netze, um den Strom so zu transportieren, wie er von der Sonne im Süden und vom Wind im Norden erzeugt wird. Deshalb werden die Netze von Nachbarländern genutzt, was dort zu Schwierigkeiten führt. Auch laufen 2017 die Subventionen für Kohlebergwerke aus.

Doch beklagt die Chefin der Energieagentur zu Recht, dass Deutschland zur gleichen Zeit sehr viel Kohle importiert, um Strom zu erzeugen. Das torpediert in der Folge die CO₂-Ziele.

Zugleich wird Amerika seine Industrie auf lange Sicht mit sehr niedrigen Energiepreisen beglücken können und schon ganz bald zum größten Energieexporteur der Welt werden. Deutschland braucht dringend den Mut für eine umfassende Reform der Energiewende.

Euro-Krise

Portugal rutscht in die Deflation

90,24

13.11.2013 · Einige Ökonomen hatten immer wieder vor negativen Folgen der Sparpolitik gewarnt. Nun scheint es in Portugal so weit zu sein. Das Preisniveau sinkt.



© REUTERS

„Wir werden bestohlen, lang lebe Portugal“: die Krise in dem Land könnte sich verschärfen

Gesunkene Verbraucherpreise haben im Euro-Krisenland Portugal Befürchtungen vor einer Deflation aufkommen lassen. Wie das Nationale Statistik-Institut (INE) am Dienstag in Lissabon mitteilte, gingen die Preise im Oktober im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,2 Prozent zurück. Verglichen mit dem Vormonat September blieb das Preisniveau in Portugal unverändert. Die Statistiker führten die Entwicklung vor allem auf Preissenkungen im Verkehrssektor zurück. Mineralöl und Autoersatzteile seien deutlich billiger geworden.

Die Online-Zeitung „publico.pt“ wies darauf hin, dass das Absinken der Inflationsrate bis in den negativen Bereich aufgrund der geschrumpften Kaufkraft der Portugiesen absehbar gewesen sei. Halte dieser Trend an, gerate die Erholung der portugiesischen Wirtschaft in Gefahr.

Ein sinkendes Niveau der Absatzpreise führt üblicherweise zur Investitionszurückhaltung und zu einer geringeren Nachfrage nach Arbeit. Das übt wiederum Druck auf das Lohnniveau aus. Dadurch geht der Konsum zurück und die Preise sinken weiter. Erwarten die Verbraucher irgendwann weiter fallende Preise, kommt es zu einer weiteren Konsumzurückhaltung und weiter fallenden Preisen. Aus dieser Spirale ist es schwer zu entkommen. Vor diesen Folgen warnen Kritiker der Sparpolitik immer wieder.

Jeunes : les armes anti-chômage qui marchent ailleurs en Europe

90,25

o Par [Anne Cheyvialle](#) Mis à jour le 12/11/2013 à 18:41 Publié le 12/11/2013 à 17:53



Apprentissage, «garantie jeunesse», «smics jeunes» : ces recettes anti-chômage permettent à l'Allemagne, à l'Autriche, à la Suisse et aux pays nordiques d'afficher des taux d'emploi de leurs jeunes bien meilleurs qu'en France et dans le sud de l'Europe.

Une fois encore, l'emploi des jeunes marque une ligne de fracture en Europe. Les bons élèves qui affichent un taux de **chômage** des moins de 25 ans inférieur à la moyenne européenne (23,3 % en septembre) se situent au Nord quand les pays du Sud - **Grèce**, Espagne, Italie, Portugal - enregistrent des chiffres de sous-emploi records. L'**Allemagne** est de loin le champion avec le taux de chômage des jeunes le plus bas (7,7 %).

Allemagne, Autriche, Suisse: l'apprentissage

À l'évidence donc, les solutions mises en place outre-Rhin depuis plusieurs années, axées sur l'alternance et l'**apprentissage**, qui s'appliquent aussi en Suisse et en Autriche, fonctionnent. Si l'on compare avec le système français, les apprentis allemands font un cursus de trois ans contre un an et demi en France. Surtout, il est nettement plus valorisé. Pour preuve, 60 % des jeunes Allemands de moins de 20 ans choisissent cette voie et peuvent récupérer ensuite l'enseignement général. Un bémol cependant, l'apprentissage est en perte de vitesse. Les contrats ont enregistré l'an dernier une baisse de 3 % et, en août, il restait encore des milliers de places vacantes. En cause, des problèmes d'adéquation entre l'offre et la demande et surtout un recul de la démographie avec de moins en moins de jeunes scolarisés. C'est pour cette raison que **Angela Merkel** pousse auprès de ses partenaires européens le projet «Erasmus de l'apprentissage», sur le modèle des étudiants qui a fait ses preuves.

Pays nordiques: la «garantie jeunesse»

En Autriche, l'accent est mis sur la formation. Le pays applique depuis 2008 une garantie «d'emploi et de formation». Concrètement, les jeunes de moins de 18 ans sortis du système scolaire, sans apprentissage ou stage, suivent une formation financée par les services publics. Ceux âgés de 18 à 24 ans ne doivent pas rester plus de six mois inscrits au chômage sans qu'on leur propose une formation, un stage ou un contrat aidé. La «garantie jeunesse», principe acté l'an dernier par la Commission européenne, s'applique aussi dans les pays nordiques: Danemark, Finlande et Suède. Le Danemark, en particulier, mise sur une politique active de recherche d'emploi. Un jeune qui n'a pas trouvé un emploi au bout de six mois intègre un programme intensif obligatoire.

Pays-Bas, Royaume-Uni: le «Smic jeunes»

Aux Pays-Bas, il y a une culture des «petits boulots» dès l'âge de 14 ans, qui facilite l'insertion sur le marché du travail. Ainsi, 60 % des 20-24 ans combinent études et travail, contre moins de 30 % en France. Une démarche facilitée par l'existence de «smics jeunes» progressifs qui augmentent avec l'âge et les qualifications. Cela existe aussi en Grande-Bretagne. Enfin, pour éviter le décrochage, les Pays-Bas ont rendu l'enseignement secondaire obligatoire.

November 12, 2013

Pressure Is on Germany to Narrow Its Trade Gap 90,26

By [JACK EWING](#) and [JAMES KANTER](#)

FRANKFURT — Germany’s huge trade surplus, a source of pride for Germans but an irritant to the rest of Europe, could undergo much tougher European Union scrutiny, officials in Berlin acknowledged on Tuesday.

Olli Rehn, the commissioner overseeing economic and monetary policy for the European Union, is expected to step up pressure on Germany on Wednesday when he issues growth prescriptions for the 28-country bloc. German officials acknowledged on Tuesday that the pressure could eventually include opening a review that at least in theory could lead to financial penalties.

Because European Union agreements require members to maintain balanced economies, Germany’s trade surplus — a whopping 45.9 billion euros (\$61.7 billion) in the second quarter of this year — makes a conspicuous target for a type of review known as a macroeconomic imbalance procedure.

The German Finance Ministry said that it would welcome a review of the economy but that fines were out of the question. German officials noted that the imbalance procedure was normally aimed at countries that were considered insufficiently competitive, not those that were too competitive.

“In light of the significant current account surplus, the government sees no grave weaknesses in competitiveness,” the finance ministry said.

The ministry said any decision on invoking the review would be made by the European Commission, the administrative arm of the European Union, and would require several months for any formal procedure to begin. But the statement was tacit acknowledgment that a review was under consideration.

In theory, the commission could recommend fining Germany up to one-tenth of 1 percent of its gross domestic product if the government in Berlin does not take steps to fix the problem. But the chance that Germany will face such a fine is very low, since European Union finance ministers agreed in 2011 that large and sustained current account surpluses do not raise the same issues about the stability of the euro zone that ballooning budget deficits do and “will not lead to sanctions.”

The trade surplus has become a source of friction not only with euro zone partners but also with the United States. Washington has warned that Germany’s export success, with no offsetting demand for imports, has depressed demand in the euro zone and increased the risk of deflation.

Germany's trade partners want it to increase domestic demand, which has long been weak because of an aging population focused on saving. Economists generally agree that large trade surpluses are unhealthy because they mean that the fruits of a country's labor remain abroad.

But Germans see their trade surplus as confirmation of their prowess in world markets, and any sanctions would be met with indignation. German companies dominate the luxury car market, and German industrial machinery is ubiquitous in the world's factories.

Frank Appel, chief executive of Deutsche Post DHL, which manages the German postal system and operates the DHL global shipping network, said it was "nonsense" that "Germany should be penalized because it's too competitive."

But in speaking to several reporters in Frankfurt, Mr. Appel did say that Germany and other wealthier euro zone countries should do more to help stricken countries in Southern Europe. "We are all in one boat," he said.

Officials at the European Commission have long made clear their concerns that Germany's export strength might come at the expense of other members of the euro zone.

The decision about Germany forms part of an alert mechanism that has given the European Commission a greater role in coordinating economic policy, a change made in response to the debt crisis that threatened to sink the euro. On Wednesday, Mr. Rehn will also issue prescriptions for growth across the European Union, including an update on change in areas from employment to public finances.

Jack Ewing reported from Frankfurt, and James Kanter from Brussels.

Die Welt 13.11 08:08

VIDEO Inflation

Geldpolitik

Deutsche Angst vor Inflation hat handfeste Gründe 90,28

Die Notenbanken bewegen sich derzeit geldpolitisch an der Grenze. Besonders der exportstarken Nation Deutschland ist die Angst vor einer Geldentwertung tief verwurzelt. *Von Daniel Eckert und Holger Zschäpitz*

Als das Geld der Deutschen seinen Wert verlor^{1/9}



Foto: picture-alliance / Mary Evans/Ro

Verschiedene politische und ökonomische Faktoren führten zu einer galoppierenden Geldentwertung während der Weimarer Republik.

Das Thema Inflation treibt von jeher die Wirtschaftshistoriker um. Denn am Wert des Geldes lässt sich das Wesen einer Gesellschaft ablesen. Inflation ist kein rein ökonomisches Phänomen, sondern immer auch ein politisches. Der Bielefelder Professor Werner Abelshauser hat sich auf die Spuren der Teuerung begeben. Demnächst erscheint seine Geschichte der Inflation bei C. H. Beck. Die "Welt am Sonntag" sprach mit dem Experten über das Trauma der Deutschen, Gewinner und Verlierer von Geldentwertung und die Frage, ob sich eine Hyperinflation heute wiederholen kann.

Welt am Sonntag: Welche Lehren lassen sich aus der Hyperinflation ziehen?

Werner Abelshauser: Viele Ökonomen glauben, Inflation lasse sich jederzeit beherrschen und gezielt für wirtschaftspolitische Zwecke nutzbar machen – etwa um das Investitionsverhalten oder den Arbeitsmarkt zu beeinflussen. Deshalb definiert die EZB Geldstabilität bei einer Inflationsrate von knapp zwei Prozent. In Wirklichkeit ist Inflation aber allein vom Vertrauen in die Stabilität der Währung abhängig. Das kann rasch verloren gehen. Dann gilt: Kurz vor ihrem Tode war sie noch am Leben!

Welt am Sonntag: Könnte sich das Phänomen heute in Deutschland wiederholen?

Abelshauer: Im Prinzip ja. Die EZB, aber auch andere wichtige Zentralbanken, wie die Fed, sind gerade dabei herauszufinden, wie weit sie gehen können, ohne den geldpolitischen Rubikon zu überschreiten.

Welt am Sonntag: Stellt die Grundangst der Deutschen auch eine Gefahr für die Euro-Zone dar, da momentan deflatorische Tendenzen dominieren?

Abelshauer: Die Angst der Deutschen vor der Inflation hat handfeste Gründe. Ihre exportstarke Qualitätsproduktion braucht eine nachhaltige Kalkulationsgrundlage. Ein Anlagenbauer muss wissen, ob er ein Projekt in fünf oder gar zehn Jahren mit Gewinn abschließen kann. Andere Länder in der Euro-Zone sind dagegen auf Märkten unterwegs, die kürzer getaktet sind, wie Dienstleistungen oder Agrarprodukte. Sie haben traditionell auf Weichwährungen gesetzt.

Welt am Sonntag: War 1923 die Geburtsstunde des deutschen Inflationstraumas?

Abelshauer: Die archaische Grundangst der Deutschen resultiert nicht allein aus der Hyperinflation von 1923, die viele Deutsche um ihr Vermögen brachte. Vielmehr lässt sich diese urdeutsche Angst bis tief ins Mittelalter mit seinen unübersichtlichen Währungs- und Münzreformen hinein nachvollziehen. Viel stärker als dieses Trauma wirkt aber die seit 150 Jahren wirksame deutsche Hartwährungskultur. Dagegen fällt der Schock der Hyperinflation von 1923 heute kaum mehr ins Gewicht.

Welt am Sonntag: Wie das?

Abelshauer: Es gab auch viele Gewinner, Immobilienbesitzer oder Besitzer von Produktivkapital. Deren Schulden verschwanden praktisch über Nacht. Auch der Staat entledigte sich elegant seiner Lasten – zum Nutzen aller. Selbst Arbeiter waren nicht so schlecht dran. Die Mieten waren fixiert, die Löhne stiegen mit der Inflation. Allein Menschen, die der Geldillusion unterlagen, verloren alles, etwa Kapitalrentner. Und auch Beamte litten darunter, dass Bezüge fix waren. Alles in allem war die Inflation aber eher ein Segen. Deutschland blieb von der Weltwirtschaftskrise 1920/21 verschont, die inflationsfinanzierte Vollbeschäftigung war für Weimar unverzichtbar.

12.11.2013, 13:38 Uhr · Was soll daran schlecht sein, wenn alle Welt unsere Waren kaufen will? Fast nichts.
Von Winand von Petersdorff

Ausgerechnet jetzt hat Deutschland einen neuen Rekord in der Handelsbilanz erreicht: Im September übertrafen die Exporte die Importe um 20,4 Milliarden Euro. Das gab es noch nie. Diese Rekordmeldung stößt hinein in eine Welle von Verbalattacken gegen die deutsche Exportstärke.

Das amerikanische Finanzministerium verbreitet, Deutschland verhindere die Gesundung der Eurozone ([Bericht als PDF](#)). Die EU-Kommission droht Deutschland eine Untersuchung des Handelsbilanzüberschusses an, die sogar theoretisch mit einem Bußgeld in Milliardenhöhe enden kann. Nobelpreisträger, Chefökonom internationaler Institutionen und bekannte Kolumnisten nennen uns unsolidarisch, wenn sie noch wohlwollend gestimmt sind. Im Kern werfen sie Deutschland vor, ihre Nachbarn auszuplündern, Europa in Armut zu stürzen und die Gefahr einer weltweiten Deflation mit daraus folgender Massenarbeitslosigkeit heraufzubeschwören.

An so etwas will man eigentlich nicht gerne schuld sein. Aber wie kommen diese anerkannt klugen Leute überhaupt auf den Gedanken? Vielen Deutschen kommt er deshalb abstrus vor. Sie sind sogar ziemlich empfindlich, weil sie für etwas angegriffen werden, was der Quell des nationalen Stolzes ist, besonders, wenn gerade keine Fußballweltmeisterschaft anliegt, spottet der Ökonom Martin Hellwig. Die Deutschen finden, dass er ein Ausdruck unserer unter Kanzler Gerhard Schröder zurückeroberten internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist. Die anderen lieben unsere Autos und Maschinen nun einmal.

Der umstrittene Handelsbilanzüberschuss entsteht, weil Deutschland seit 2001 wieder mehr produziert als wegkonsumiert. Vereinfacht gesagt, wird der Produktionsüberschuss dann ins Ausland verkauft. Das Land praktiziert dieses Modell seit vielen, vielen Jahren, eigentlich nur unterbrochen durch eine Phase nach der Wiedervereinigung.

Die Kritik rührt aber nicht nur am Selbstgefühl, sondern einem ehernen Gesetz der Marktwirtschaft. Sie ist ein System, das Bedürfnisse und Präferenzen der Leute grundsätzlich respektiert und damit den Handel als zentrale Möglichkeit, die individuellen Wünsche zu erfüllen. Es ist ihr egal, ob ein Grieche oder ein Kasache den Mercedes erwirbt, solange souveräne Akteure sich darüber einigen. Leistungsbilanzüberschüsse und Leistungsbilanzdefizite sind das Ergebnis individueller souveräner Entscheidungen von Wirtschaftsakteuren. Im Gegensatz dazu spielt im Denken der oft keynesianischen Kritiker nicht das Individuum, sondern Wirtschaftspolitik eine große Rolle. Sie sehen Handelsüberschüsse als Ergebnis staatlicher Steuerung, die vor allem die Binnennachfrage beeinflussen könnte. Sie würden sich auch gar nicht lange mit deutscher Exportstärke aufhalten, wenn diese nicht mit einer notorischen Importschwäche gepaart wäre.

Das Problem ist in den Augen [des amerikanischen Nobelpreisträgers Paul Krugman](#) und seiner Mitstreiter der Überschuss: Deutschland verkauft seit längerem viel ins Ausland und kauft wenig aus dem Ausland. Das heißt, Deutschland spart.

Exportieren gleich sparen? Das muss kurz erklärt werden mit einem Beispiel: Wenn in einer klitzekleinen Volkswirtschaft in einem Jahr nur zwei Autos im Wert von je 20000 Euro produziert und verkauft werden, dann beläuft sich das Volkseinkommen auf 40000 Euro. Wenn diese Volkswirtschaft aber nur eines dieser beiden Autos selbst kauft, dann hat sie gleichzeitig 20000 Euro gespart. Diese 20000 Euro kommen aus den Exporterlösen. Unser Exportüberschuss entspricht unserer Ersparnis.

Auch hier geht es letztlich um souveräne Entscheidungen: Jedes Land hat theoretisch die Wahl, was es mit den Einkünften aus seiner Jahreswirtschaftsleistung, dem Volkseinkommen, anfängt: verkonsumieren oder sparen.

Die Deutschen sparen. Das ist eine gute Sache, lehrt die schwäbische Hausfrau: Denn sparst du in der Zeit, so hast du in der Not. Übersetzt heißt das, deutsche Sparer geben sich der Hoffnung hin, durch aktuellen Konsumverzicht den späteren Konsum bezahlen zu können. Tatsächlich mögen sich gerade die deutschen Babyboomer denken, die schließlich von 2020 an in Rente gehen, dass Sparen als Konsumverzicht in Form privater Vorsorge dringend nötig ist, weil die Zahl der dann aktiven Werktätigen, die die gesetzliche Rente zu schultern haben, dramatisch schrumpft. Dieses Problem trifft Deutschland wegen seiner demographischen Struktur stärker als viele andere Länder. Damit ist die Sparentscheidung aber nicht, wie die Kritiker gerne verbreiten, dem deutschen Nationalcharakteristikum Geiz zu verdanken, sondern Folge ziemlich vernünftiger Überlegungen.

Gleichwohl bleibt das Modell Sparen nicht unproblematisch, wegen der schlichten Arithmetik. Länder wie Deutschland müssen immer Länder finden, die ihrerseits Leistungsbilanzdefizite in Kauf nehmen. Ein Defizit bedeutet, dass ein Land mehr kauft, als es selbst an Wert produziert hat. Dieses Defizit erzwingt, dass es sich im Ausland Geld leiht. Und Deutschland ist wahrlich kein kleiner Gegenüber gemessen am Handelsbilanzüberschuss. Voriges Jahr hat das Land China abgelöst, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ist der Handelsüberschuss sogar doppelt so groß wie in China.

Ein Handelsdefizit muss nicht schädlich sein

Nun muss ein Handelsdefizit nicht schädlich sein. Wenn die Länder mit den Auslandskrediten Investitionen finanzieren, die in Zukunft Erträge abwerfen, ist das sogar wünschenswert und ein probater Weg zum Aufstieg eines Landes. Wenn es aber auf Dauer Defizite produziert, türmen sich die Auslandsschulden zu einer Höhe, die die Finanziers dieser Schulden, die Kapitalmärkte, irgendwann nicht mehr hinnehmen. Dann kann eine Schuldenkrise entstehen, wie sie die Eurozone gerade erlebt, für die zunehmend Deutschland verantwortlich gemacht wird.

Wenn man der Kritik folgte, wären nicht Defizitländer mit ihren strukturellen Problemen ursächlich für die Schuldenkrise, sondern der Gegenüber. Tatsächlich generierten die von der Regierung Schröder angestoßenen Reformen im öffentlichen und Unternehmenssektor große Sparüberschüsse, die der deutsche Finanzsektor unter anderem nach Südeuropa transferierte. Großer Profiteur dieser Entwicklung war, wie der Leipziger Ökonom Gunther Schnabl notiert, die deutsche Industrie, deren Exporte seit 2001 auch deshalb stark angestiegen sind, weil die Kapitalexporte den Kauf deutscher Produkte ermöglichten. Nur: Aufgezwungen wurde den Defizitländern weder Geld noch Gut.

Für das Jahr 2008 konnte man noch sagen, Deutschland führte viele Güter an die Peripherieländer aus und finanzierte auch diese Deals selbst. Für das Jahr 2013 aber stimmt selbst das nicht mehr. Der Leistungsbilanzsaldo gegenüber den Peripherieländern ist in den vergangenen fünf Jahren kräftig geschrumpft. Die deutsche Wirtschaft profitiert nicht mehr von den Einkäufen aus Südeuropa.

Unabhängig von der Schuldfrage gibt es aber noch die Forderung, dass Deutschland im Sinne einer europäischen Gesamtverantwortung trotzdem mehr tun müsste, um seinen europäischen Freunden zu helfen. Schließlich habe es nicht nur womöglich als einziges Land vom Euro profitiert, es habe den Ländern auch ein Austeritätsprogramm aufgezwungen, das den Gesellschaften die Luft abschnürt.

Vehement gefordert wird ein Programm zur Stärkung der Binnennachfrage mit dem Ziel, Importe zu stimulieren und den Überschuss schrumpfen zu lassen.

Nun gibt es zweifelsohne Politiken, die das leisten könnten. Deutschland könnte (die Schuldengrenze außer Acht gelassen) die Staatsausgaben deutlich erhöhen, etwa in großem Stil Brücken, Straßen und Wasserwege

ausbauen. Es könnte auch in großem Stil Steuern senken für Privatleute und Unternehmen, damit die Leute mehr Geld in der Tasche haben, um es dann auszugeben. Die Folge wäre in beiden Fällen vermutlich eine höhere Verschuldung, eine zentrale Ursache für die aktuelle Krise.

Die andere theoretische Möglichkeit wäre, den Binnenkonsum durch höhere Löhne auf breiter Front direkt zu stimulieren. Das senkte im Sinne der Deutschland-Kritiker die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Güter und würde gleichzeitig die reicheren Arbeitnehmer veranlassen, mehr zu konsumieren, etwa als Mallorca-Tourist. In der zweiten Runde drohten allerdings Arbeitslosigkeit und Konsumzurückhaltung. Krugman & Co. verlangen von Deutschland paradoxerweise eine Politik, die man auch auf internationalen Druck hin in der Schröder-Zeit hinter sich ließ. Das klingt wie eine ziemlich schlechte Idee.

Deutschland vernachlässigt die Finanzierung

Allerdings vernachlässigt auch Deutschland einen Aspekt, der Handelsbilanzüberschüsse fragwürdig erscheinen lassen muss. Es geht um die Finanzierung. Nach der bisherigen Lektion entspricht der Exportüberschuss der Ersparnis, die wir im Ausland anlegen. Sparen ist stets mit der Hoffnung auf Erträge und Rückzahlung verbunden.

Genau diese ist fraglich, sagt Ökonom Schnabl. Denn die Rückzahlung internationaler Kredite ist nur dann sichergestellt, wenn die Kapitalimporte der Schuldnerländer für Investitionen genutzt werden, die in Zukunft Renditen abwerfen. Genau das ist nicht passiert. „In den Krisenstaaten – und anderen wichtigen Kapitalimporteuren wie den Vereinigten Staaten – wurden die Kapitalimporte der Jahre 2001 bis 2007 dem Konsum und der Spekulation zugeführt“, weist Schnabl nach. Mit dem Platzen der Immobilien-, Finanzmarkt- und Konsumblasen in den Jahren 2007/08 seien damit die Forderungen deutscher Banken über den Deister gegangen.

Die deutschen Banken und ihre Sparer bekamen ihre Kredite zurück durch öffentliche Notkredite an die Krisenländer. Diese Kredite haben die Sparer in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler selbst finanziert. Die Ausfallrisiken sind von den Bilanzen der Banken in die Bilanzen öffentlicher Institutionen gewandert, wie zum Beispiel des ESM und der Europäischen Zentralbank. Es steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Kosten der Krise in Form von Inflation und geringer Verzinsung auf die europäischen Sparer überwältzt werden. Diese sind vor allem in Deutschland zu Hause.

Die Agenda-Setter der globalen Volkswirtschaft sind zunehmend die Zentralbanken, die mit ihrer Nullzinspolitik die Gefahr der Bildung spekulativer Blasen erhöhen. Und Blasen platzen! Damit gehen in der Regel Auslandsvermögen verloren, auch die der deutschen Banken.

In dieser Betrachtung ist Sparen plötzlich keine Tugend mehr, sondern riskant bis dumm. Handelsbilanzüberschüsse werden automatisch letztlich zu Transfers in andere Länder. Deutschland verschenkt Ersparnisse, damit das Ausland Nobelkarossen kaufen kann. Da wäre es vielleicht doch lustiger, wenn die Deutschen ihre Ersparnisse selbst auf den Kopf hauen könnten.

Bruxelles ouvre une enquête contre les excédents commerciaux allemands 90,33



La première puissance de l'euro est critiquée de longue date pour sa dépendance aux exportations et pour la faiblesse relative de ses salaires.

L'économie modèle a brillamment traversé cinq ans de crise, mais elle se retrouve écornée: l'**Allemagne** est tombée sous le coup d'une «enquête approfondie» de la **Commission européenne**, à cause de ses excédents commerciaux.

La première puissance de l'euro est critiquée de longue date pour sa dépendance aux exportations et pour la faiblesse relative de ses salaires. Le FMI et la France - qu'elle soit gouvernée à droite ou à gauche - s'inquiètent d'un modèle qui nourrit les déséquilibres en Europe, à l'instar de la Chine avec le reste du monde. Récemment, le Trésor américain a dénoncé l'«addiction» de l'Allemagne aux marchés extérieurs et l'«anémie» de sa demande interne.

Jusqu'ici, l'UE s'était gardée de nourrir la controverse, célébrant au contraire la parcimonie budgétaire et les succès de compétitivité chers à **Angela Merkel**. Deux raisons expliquent un revirement à Bruxelles. D'abord, un souci inavoué mais palpable de peser sur les tractations gouvernementales entre le parti de la chancelière et le SPD, réputé plus ouvert à l'inquiétude de l'UE. Ensuite, la crainte qu'une Allemagne commercialement impériale ne torpille la reprise de ceux des pays de l'euro qui brident leurs déficits et regagnent de la compétitivité.

«Il s'agit d'une analyse, pas d'une inculpation»

L'examen macroéconomique de l'Allemagne serait la 14^e procédure engagée par la Commission. Aucune n'a encore débouché sur des sanctions. Seule l'Espagne et la Slovaquie ont été convaincues de déséquilibre «excessif». La République fédérale devra attendre le diagnostic jusqu'à la fin de l'hiver. «Il s'agit d'une analyse, pas d'une inculpation», insiste Bruxelles. L'excédent des comptes courants allemands devrait atteindre 7% du PIB cette année.

José Manuel Barroso a décidé de défendre lui-même la décision. Berlin ne donne aucun signe de contrition. **Wolfgang Schäuble**, voix décisive dans l'euro, fait savoir que son pays n'offre «aucun déséquilibre qui mériterait correction». Des alliés de la chancelière dénoncent déjà un complot contre la réussite allemande...

13 November 2013

[DIÁRIO ECONÓMICO](#) LISBON



The European Commission has opened a “thorough investigation” into Germany’s export surpluses, which stand accused of damaging the Eurozone’s balance. However, working towards banking union would be wiser, writes [Diario Economico's](#) director.

[António Costa](#)

European solidarity is certainly one of weakest elements of the European project, but no solution will be found if we continue to undermine the project’s virtues and fail to address its flaws.

The idea is simple: the Germany [must spend more](#) so that the countries of the south, such as Portugal, can expand their markets and sell their products. The idea is noble-minded, and it’s based on a conviction that the Germans are taking advantage of the Eurozone.

Why? Because if they had the German mark instead of the euro, their currency would be even stronger, which would undermine their competitiveness – their exports. What’s more, due to the financial fragmentation of the euro, the German banks and the state itself have become the refuge of international investors capable of paying the high price of enjoying the security of the largest economy in the single currency.

Yes, solidarity is being demanded from Germany, particularly as some countries, such as Portugal, must adjust their economies the hard way and do it quickly. The question is: what should Germans do to promote the economic power of Europe and a project that they claim they want to defend?

Merkel Plan for infrastructure?

At the risk of being accused of a lack of patriotism, I do not believe that the solution involves an increase in spending in Germany

At the risk of being accused of a lack of patriotism, I do not believe that the solution involves an increase in spending in Germany. Firstly, there’s the question of who must spend more: businesses or the state? It is difficult, if not impossible, to impose on German companies salary increases that would eat away at their competitiveness. Therefore, only intervention by the government could guarantee that they would do that.

As we have been seeing in Europe, this solution is not possible. This leaves the state. Is that the idea? To take advantage of historically low interest rates – and even lower for Germany – to inject liquidity into the European economy, putting in place for example a kind of Merkel Plan for infrastructure? Is this the right answer? The recent past advises us against these practices, because the results will certainly be just as bad.

We live in a single monetary zone, stamped by large disparities in the financial blueprints. It is here, at this level, where Europeans should demand another type of solidarity from Germany, to rebalance the external imbalances within the euro. If a deficit of 6 per cent in the balance of current transactions is bad, a surplus of 6 per cent in another country of the same monetary area is not desirable either. How to correct these imbalances?

For example, by putting in place a genuine economic government of the Eurozone, in which more sovereignty would be shared, and by establishing a true banking union, which has not yet seen the light of day. These are the two aspects that the European Commission and the leaders of the countries of the south should focus on, instead of wasting their time asking the Germans not to be German.

EUROPEAN UNION

German economy too competitive for Europe



“Brussels accuses Germany of exacerbating the crisis,” headlines *Le Monde*, in the wake of the November 13 decision by the European Commission “to open a comprehensive investigation of Germany’s current account surplus [due to its high level of exports].” Brussels believes that this year the surplus will amount to 7 per cent of GDP, as it did in 2012: “that is to say that it will be over the 6 per cent threshold identified when this macroeconomic monitoring instrument was established in 2011.”

“This is a major first for Germany,” [notes the daily](#).

For its part, *Il Sole 24 Ore* [explains](#) that the imbalance undermines the single currency, because it gives Germany a competitive advantage over other Eurozone countries which is not offset by a re-evaluation of its own currency. The procedure launched by Brussels will not be completed before the spring of next year, remarks the Italian daily, adding —

Some economists believe that the reduction of the imbalance should come from Berlin, which ought to increase imports from Eurozone countries in difficulty or increase wages. [...] But it seems that Germany is not keen to embark in this direction: the main German industrial firms are targeting alternative prospects to Europe, which currently accounts for around half of the trade surplus.

Graphs !

LE MONDE | 13.11.2013 à 11h25 • Mis à jour le 13.11.2013 à 14h57 | Par [Philippe Ricard](#)

Abonnez-vous

à partir de 1 € Réagir Classer

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest

(Bruxelles, bureau européen). Pour l'Allemagne, c'est une grande première ; pour la France, presque une habitude. Les deux principales puissances de la zone euro ont été invitées par la Commission européenne, mercredi 13 novembre, à mettre un peu d'ordre dans leurs économies.

José Manuel Barroso, le président de la Commission, et son équipe ont ouvert une enquête approfondie sur les excédents des comptes courants engrangés par l'Allemagne. Une perspective longtemps rejetée bec et ongles par la chancelière Angela Merkel. Quant à la France de François Hollande, elle doit, d'après Bruxelles, accélérer encore ses efforts de réforme pour redresser la compétitivité de son économie.

"Si la France et l'Allemagne mettaient réellement en application les recommandations du Conseil européen, elles rendraient un grand service à la zone euro", a prévenu ces derniers jours Olli Rehn, le commissaire chargé des affaires économiques et monétaires.

"MÉCANISME D'ALERTE"

Ce double avertissement est sans précédent depuis la mise en place, voici deux ans, du "mécanisme d'alerte" destiné à prévenir l'émergence de déséquilibres macroéconomiques au sein de l'Union européenne et de la zone euro. A ce titre, la Commission surveille déjà les faiblesses de l'économie française, mais elle a longtemps hésité avant de pointer du doigt les excédents allemands.

Au grand dam de la France, de l'Espagne ou de l'Italie, la prudence de Bruxelles à l'égard de Berlin tranchait jusqu'ici avec les positions prises par les Etats-Unis, et le Fonds monétaire international (FMI), qui réclament de longue date à l'Allemagne de rééquilibrer son économie pour la rendre moins dépendante des exportations, et stimuler sa demande intérieure.

"Personne ne veut critiquer les succès des entreprises allemandes dans la concurrence mondiale. Il s'agit plutôt de maîtriser les évolutions qui pourraient mettre en danger sur la durée la poursuite de cette réussite", a justifié M. Rehn pour préparer les esprits outre-Rhin.

Lire l'analyse (édition abonnés) : [L'Allemagne n'a aucune raison de changer son modèle](#)

Pour le commissaire, il est temps de réagir dans la mesure où les excédents allemands vont se situer, cette année comme en 2012, à 7 % du produit intérieur brut (PIB), c'est-à-dire au-dessus du seuil de 6 % identifié lors de la mise en place, en 2011, de cet instrument de surveillance macroéconomique. A l'époque, Berlin avait tout fait pour éviter d'être mis en cause.

ENCOURAGER L'ACTIVITÉ OUTRE-RHIN

Cette fois, la Commission renvoie dos à dos Allemagne et France pour mieux défendre son approche auprès des deux pays. Afin d'apaiser la première, M. Rehn rappelle que treize Etats ont fait l'objet, en 2012, d'enquêtes approfondies diligentées par Bruxelles, dont la France, le Royaume-Uni, l'Italie, les Pays-Bas, la Suède ou l'Espagne, pour des raisons diverses.

"En Allemagne, il s'agit de réduire les goulets d'étranglement de la consommation intérieure : diminuer les impôts des plus modestes, accroître les investissements publics et privés, améliorer la concurrence dans les services", plaide M. Rehn. Une façon, à ses yeux, d'encourager l'activité outre-Rhin, pour le plus grand bénéfice de l'ensemble du continent.

A la France, le commissaire rappelle cependant que l'Allemagne n'est pas le seul pays à influer sur la prospérité de la zone euro. Pour lui, l'Hexagone détient, lui aussi, *"la clé d'un retour à la croissance et à l'emploi"*, à condition d'approfondir les réformes engagées par M. Hollande.

Le parallèle s'arrête là. L'Allemagne reste la référence au sein de l'union monétaire. L'enquête approfondie annoncée mercredi doit être menée d'ici à mars 2014. Elle pourrait déboucher sur des recommandations non contraignantes.

NE PAS RELÂCHER L'EFFORT

En revanche, la France est de plus en plus montrée du doigt. Vendredi 15 novembre, la Commission devrait dire ce qu'elle pense du programme économique présenté début octobre par Paris, en échange du délai de deux ans consenti pour ramener les déficits en deçà du seuil de 3 % du PIB, d'ici à 2015.

Sur le plan budgétaire, la Commission s'apprête à décerner un satisfecit au projet de loi de finances français pour 2014 : il serait *"globalement satisfaisant"*, a jugé, mardi, M. Barroso. Bruxelles devrait toutefois indiquer que les marges de manoeuvre du gouvernement français sont désormais quasiment inexistantes, et qu'il ne faut pas relâcher l'effort. *"La politique fiscale de la France a atteint les limites de l'acceptabilité"*, a dans ce contexte prévenu M. Barroso.

Pour les autorités européennes, la priorité doit être de baisser les dépenses publiques, étant donné le niveau record des prélèvements fiscaux et sociaux. La Commission devrait surtout reprendre les grands axes de la recommandation adressée en mai à Paris, pour tenter de régler le *"grave"* problème de la compétitivité française. A l'époque, six domaines d'action prioritaire avaient été identifiés : réforme du marché du travail, coût du travail, libéralisation des services, environnement des entreprises, simplification de la fiscalité, sans oublier la réduction des déficits.

Pour M. Rehn, il est grand temps d'agir, quitte à aller au-delà des initiatives prises, ou annoncées, par M. Hollande. Pour ne prendre qu'un exemple, la réforme des retraites en cours d'adoption n'a pas tout à fait convaincu à Bruxelles.

Dans cet exercice d'évaluation détaillée des réformes engagées, la France côtoie l'Espagne, les Pays-Bas, Malte et la Slovénie, autres pays qui bénéficient, depuis juillet, de délais supplémentaires pour assainir leurs comptes publics. *"Il s'agit des pays qui connaissent les tensions les plus graves"*, affirme un proche de M. Rehn : *"L'idée est de s'assurer que la réduction des déficits s'accompagne, pour être durable, de réformes."* L'Allemagne, qui n'est plus en déficit excessif, n'est pas concernée par ce genre de rappel à l'ordre. L'Italie non plus.

Kommentar

Wer dem Markt vertraut

90,39

13.11.2013 · Die EU-Kommission prüft, ob sie Deutschlands hohe Wettbewerbsfähigkeit bestrafen will. **Das ist grotesk.** Man hilft den Euro-Krisenländern nicht, wenn man den Norden schwächt.

Von HOLGER STELTZNER

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Volksrepublik China hat beschlossen, dass im Reich der Mitte künftig der Markt bei der Verteilung der Ressourcen die entscheidende Rolle spielen soll. Unterdessen verhandeln in Deutschland, wo die Soziale Marktwirtschaft erfunden wurde, Hunderte Politiker von Union und SPD darüber, wie sie mit noch mehr staatlichen Eingriffen den Markt weiter außer Kraft setzen können. Das ist ein Treppenwitz der Geschichte, an dem vor allem diejenigen Gefallen finden, die in Sarah Wagenknecht, der Vize-Chefin der Linkspartei, die vermeintliche Nachfolgerin von Ludwig Erhard sehen.

Wie weit sich Europa von der Idee des freien Austauschs von Gütern und Dienstleistungen schon entfernt hat, lässt sich auch in Brüssel beobachten. Dort steht Deutschland am Pranger, weil hiesige Unternehmen angeblich zu viele Waren in die Welt verkaufen. **Die EU-Kommission prüft nun, ob sie Deutschland für seine besonders hohe Wettbewerbsfähigkeit bestrafen will. Das ist grotesk. Als ob man den Euro-Krisenländern hilft, wenn man den Norden schwächt. In den Defizitländern sind Preise und Lohnkosten aus dem Ruder gelaufen, nicht im Norden. Der Süden muss wettbewerbsfähiger werden, damit Europas Wirtschaft voran kommt. Die Arbeitslosen in Spanien, oder Griechenland haben nichts davon, wenn auch noch Deutschland stagniert. Der Vorwurf auch aus Washington, die hiesige Wirtschaft verschaffe sich auf unfaire Art Vorteile, wird durch Wiederholung nicht wahr. Denn auch der Preis für Arbeit wird hierzulande am Markt (noch) ohne staatlichen Eingriff zwischen den Tarifpartnern ausgehandelt. Im Unterschied etwa zu China interveniert die Bundesregierung nicht täglich am Devisenmarkt mit dem Ziel, die eigene Exportwirtschaft zu fördern. Man kann Berlin den niedrigen Eurokurs nicht vorwerfen; Ziel der Währungsunion war doch, das ständige Spiel von Auf- und Abwertungen in Europa zu beenden.**

Würden die Kritiker Deutschlands die Koalitionsverhandlungen so aufmerksam verfolgen wie die von der Regierung bestellten „Wirtschaftsweisen“, wären sie viel gelassener. Dann wüssten sie, dass Berlin dabei ist, die Vorteile der flexiblen Wirtschaft mit einem reformierten Sozialsystem zu verspielen. Schwarz-Rot wird mit einem hohen Mindestlohn, mit Fesseln für die Zeitarbeit, der Aufstockung niedriger Renten, Ausnahmen von der Rente mit 67 und anderem mehr den Erfolg der rot-grünen Agenda 2010 kassieren, der im Ausland als deutsches Jobwunder bestaunt wird.

November 13, 2013

Big Surplus Draws Plenty of Criticism for Germany 90,40

By [JACK EWING](#), [ALISON SMALE](#) and [JAMES KANTER](#)

FRANKFURT — Germany, which has often scolded other countries for accumulating too much debt and not being competitive enough in the global economy, now finds its own economic policy under attack.

It is a debate with fundamental implications for world growth. And the criticism took on new intensity Wednesday when the European Commission began an extensive review into whether Germany's huge trade surplus, which stood at 45.9 billion euros, or \$61.7 billion, in the second quarter of this year, is threatening the rest of the bloc.

The United States drew attention to the issue last month when it called on Germany to do more to stimulate domestic demand — to become a better customer for the rest of Europe's goods and services, rather than just a consummate seller of German products.

Though couched in diplomatic language, the critique on Wednesday from the European Commission's president made clear that resentment toward Germany in the euro zone had boiled up from the fringes of the region's heavily indebted countries to become part of the official conversation in Brussels.

There was also criticism Wednesday from within Germany itself. The government's own Council of Economic Experts accused political leaders of undercutting future growth by failing to invest enough in education and by undoing changes to the labor market that had helped cut unemployment in half.

The broadsides come at a sensitive time for Chancellor Angela Merkel, who has been in negotiations to form a new government since the German elections almost two months ago. Economic issues, like whether to impose a nationwide minimum wage, play a central role in the talks between Ms. Merkel's more fiscally conservative Christian Democrats and the left-leaning Social Democrats. The Social Democrats advocate more social spending, which could be one way to stimulate domestic demand.

Germany stands accused of not doing enough to encourage spending at home as a way to redress the imbalance between its enormous exports of goods like cars and machinery and its more meager imports. Many economists and policy makers argue that Germany would help itself as well as its neighbors by cutting taxes, investing more in aging infrastructure like roads and water treatment plants, and increasing spending on education.

Such projects would create jobs and increase incomes in Germany, the argument goes, and the money would spread to the rest of the euro zone when Germans bought products such as Alfa-Romeo cars from Italy or took vacations in Greece or Spain.

“Let’s be clear,” Olli Rehn, the European Union commissioner for economic and monetary affairs, said on Wednesday. “We are not criticizing Germany’s external economic competitiveness or its success in global markets. In fact that is what we want from all E.U. member states.”

“German themselves debate whether they invest enough in their own country,” Mr. Rehn said. “More demand in Germany can also spill over to the vulnerable countries in varying degrees.”

The debate in Brussels is analogous to the argument that has taken place for years about the United States’ trade deficit with China, said Mujtaba Rahman, director for Europe at Eurasia Group, a political consulting firm.

“These large imbalances aren’t good for global growth,” Mr. Rahman said. “What’s happening in Europe is a microcosm of that conversation.”

In Berlin, officials of the finance and economic ministries reacted more calmly to criticism from the European Commission than they did two weeks ago, when the United States Treasury suggested that Germany’s trade surplus was a threat to the world economy.

In a report that ignited anger in Berlin, the Treasury said Germany’s trade surplus — which was bigger than China’s last year — made it difficult for the rest of Europe to recover from recession and raised the risk of deflation, a self-fulfilling downward spiral of prices that can lead to depression.

If someone has good suggestions for Germany, Berlin is all ears, said one German official, speaking on condition of anonymity because he is not authorized to speak for the government. But like some outside analysts, he noted that the export surplus might well be declining anyway, given that most demand has come from developing nations whose own growth is now slowing.

Jens Weidmann, president of the German central bank, said in a speech on Wednesday that Germany’s export surplus was primarily with countries outside the euro zone. He questioned whether efforts to stimulate the German economy would help other European countries very much.

“The crisis countries in the euro zone would profit only barely from an expansive fiscal policy here in Germany,” Mr. Weidmann said.

By beginning a formal review of German economic policy, the European Commission was exercising new powers that were originally designed to put pressure on countries like Greece that had lost their ability to attract investments and sell their products abroad. In theory, Germany could face financial sanctions for its trade imbalance, but finance minister have effectively ruled that out, leaving Brussels wielding political pressure.

The commission’s review complicates efforts by Ms. Merkel to overcome differences between her conservative bloc and her new coalition partners, the Social Democrats. The two parties are supposed to wrap up complex negotiations on the new government in just over two weeks.

Numerous points are still in dispute, including energy policy, a minimum wage, improving infrastructure, introducing highway tolls, adjusting family allowances, allowing dual citizenship and supporting gay marriage and adoption.

Representatives of the German parties emerged from the talks Wednesday to announce one point of agreement: They were united in opposition to proposals under which euro zone countries would issue common debt. While hardly a surprise, the declaration illustrated how little support there is in Germany for measures to share the country's wealth with the rest of the euro zone.

Ms. Merkel could well use the Council of Economic Experts report as ammunition in the coalition talks. As is typical of her political demeanor, she did not tip her hand when receiving the report at the Chancellery Wednesday morning, but she noted that over the last half-century the annual report had proved to contain "valuable indications."

"It's good that we now have it in our hands," she said.

The report, by a panel of leading economists whose recommendations often influence policy, was in general more critical of measures sought by the Social Democrats — in particular the proposed minimum wage of 8.50 euros an hour. Many economists have scathingly dismissed the minimum wage as a way to kill jobs, particularly for poorly qualified workers and those in eastern Germany.

The country's healthy employment situation — only 5.2 percent of Germans are jobless — is viewed throughout the government as the basis for Germany's current prosperity, and Ms. Merkel emphasized that the basic questions were how to maintain employment and increase growth.

That Berlin currently has a caretaker government is typical for Europe's coalition-driven politics. But the absence of a new, majority-elected government may also be encouraging more strident criticism than in recent years, when troubled neighbors and a worried United States depended on Germany's largess to help flailing members of the euro zone.

The German government clearly regards its prescription of spending cuts and structural overhauls for troubled neighbors as the right way forward, pointing to strides made by Portugal, Spain and Ireland. "Ireland is a success story, period," Martin Kotthaus, spokesman for the German Finance Ministry, said at a news conference in Berlin on Wednesday.

The European Commission president, José Manuel Barroso, said at a news conference in Brussels that the review of Germany's surplus was "not about questioning Germany's competitiveness." But he asked "whether Germany, the European Union's economic powerhouse, could do more to help the rebalancing of the European Union economy."

Mr. Barroso also scolded 15 other countries, including France, for high taxes and levels of public spending.

The Council of Economic Experts warned that in the eight years that Ms. Merkel has been chancellor, the German government has not built on the deregulation of the labor market

that was begun by her predecessor, Gerhard Schröder, at great cost to his political career. The changes helped cut German unemployment in half, but the council warned that, if anything, the government seemed to be backtracking on some of the changes.

Essentially, the council was stating what many people in other euro zone countries have grumbled about for years, that German leaders do not follow their own economic advice.

“The German government,” the council wrote, “should not give the impression that it expects — or even demands — painful adjustment processes from other countries, but shies away from unpopular measures for Germany.”

Jack Ewing reported from Frankfurt, Alison Smale from Berlin and James Kanter from Brussels.

Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit

90,44

OECD fordert von Frankreich mehr Reformen

14.11.2013 · Die Lohnstückkosten steigen weiter, die Sozialabgaben zählen zu den höchsten der Welt. Das Bildungssystem zementiert die sozialen Unterschiede. Die OECD mahnt die Regierung in Paris deshalb, endlich Strukturreformen einzuleiten.

Von CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS

Frankreich habe wichtige Reformen auf den Weg gebracht, müsse aber zur Modernisierung seiner Wirtschaft noch ehrgeiziger werden und schneller voranschreiten. Diesen Aufruf richtete der OECD-Generalsekretär Angel Gurría am Mittwoch bei der Vorlage eines Berichts über die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs an die Regierung in Paris. Als wichtige Baustellen nannte er unter anderem das Bildungswesen sowie den Arbeitsmarkt, der zwischen Beschäftigten mit hohem Kündigungsschutz sowie solchen mit geringer Absicherung gespalten sei.

Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit forderte der Generalsekretär vor allem dazu auf, die Steigerung der Lohnstückkosten einzudämmen. „An dieser Messgröße lassen sich die Anstrengungen eines Landes direkt ablesen“, sagte Gurría. Spanien, Griechenland, Portugal und Irland hätten seit der Euro-Krise ihre Lohnstückkosten gesenkt – nicht aber Frankreich und Italien. Auch in Deutschland steigen sie wieder, allerdings nach jahrelanger Stagnation von einem deutlich niedrigeren Niveau aus. „Die französische Wirtschaft verliert auf den Weltmärkten mehr Marktanteile als alle anderen Länder des Euroraums mit Ausnahme von Italien“, warnte der OECD-Ökonom Hervé Boulhol.

Die Lohnkosten übersteigen die Produktivität in Frankreich seit vielen Jahren. Besonders stark waren die Anstiege Ende der neunziger Jahre, dann aber auch wieder seit 2009, berichtet die OECD. Dafür macht sie die Tarifpartner und die Regierung verantwortlich. Die Sozialabgaben, die Arbeitgeber für ihre Beschäftigten abführen, seien die höchsten unter den 34 OECD-Ländern, erklärte Boulhol. Die Ökonomen der OECD räumen ein, dass eine Senkung der Lohnstückkosten den für das Wachstum wichtigen Konsum der Haushalte einschränken würde. Doch die Regierung müsse sich entscheiden zwischen einer auf den kurzfristigen Erfolg orientierten Politik und langfristigen Strukturreformen. Die OECD plädiert für dauerhafte Strukturreformen.

„Die Arbeitskosten im Niedriglohnbereich sind noch zu hoch“

Für die hohen Lohnstückkosten macht die Organisation auch den hohen staatlichen Mindestlohn verantwortlich, der in Frankreich um 80 Prozent über dem Durchschnitt der OECD liegt. Länder wie die Niederlande und Australien hätten noch höhere Mindestlohnkosten, doch für die jungen Arbeitnehmer herrschten in diesen Ländern Ausnahmen. In Frankreich dagegen litten besonders die vielen Schulabbrecher unter dem einheitlich hohen Mindestlohn.

„Die Arbeitskosten im Niedriglohnbereich sind noch zu hoch, um die Nichtqualifizierten anzustellen“, heißt es in dem OECD-Bericht. 150.000 junge Menschen verlassen jährlich das französische Bildungssystem ohne jeden Abschluss. Die OECD kritisierte die wachsende Spreizung. Am oberen Ende würde eine kleine Zahl von Absolventen der „Grandes Ecoles“ Karriere machen, doch gleichzeitig blieben viele Junge auf der Strecke. 16,6 Prozent der Franzosen zwischen 20 und 24 Jahren hätten heute gar keinen Schul- oder Berufsabschluss. Die berufliche Lehre sei nicht ausreichend verbreitet. Die Verlierer des Bildungssystems stammten dabei oft aus Familien, deren Eltern bereits zu den Benachteiligten gehörten.

November 13, 2013

Germany's Neighbors Admonish It Over Surplus

90,45

By [JACK EWING](#), [ALISON SMALE](#) and [JAMES KANTER](#)

FRANKFURT — Germany, which has often scolded other countries for accumulating too much debt and not being competitive enough in the global economy, now finds its own economic policy under heavy attack.

The European Commission on Wednesday began an extensive review into whether Germany's huge trade surplus, which stood at 45.9 billion euros, or \$61.7 billion, in the second quarter of this year, is threatening the rest of the bloc, a question with fundamental implications for world growth.

Though couched in diplomatic language, the critique on Wednesday from the European Commission's president made clear that resentment toward Germany in the euro zone had boiled up from the fringes of the region's heavily indebted countries to become part of the official conversation in Brussels.

There was also criticism Wednesday from within Germany itself. The government's own Council of Economic Experts accused political leaders of undercutting future growth by failing to invest enough in education and by undoing changes to the labor market that had helped cut unemployment in half.

The United States drew attention to the issue last month when it called on Germany to do more to stimulate domestic demand, to become a better customer for the rest of Europe's goods and services rather than just a consummate seller of German products.

The broadsides came at a sensitive time for Chancellor Angela Merkel, who has been in negotiations to form a new government after the German elections almost two months ago.

Germany stands accused of not doing enough to encourage spending at home as a way to redress the imbalance between its enormous exports of goods like cars and machinery and its more meager imports. Many economists and policy makers argue that Germany would help itself as well as its neighbors by cutting taxes, investing more in aging infrastructure like roads and water treatment plants and increasing spending on education.

Such projects would create jobs and increase incomes in Germany, the argument goes, and the money would spread to the rest of the euro zone when Germans bought products like Alfa-Romeo cars from Italy or took vacations in Greece or Spain.

The Council of Economic Experts warned that in the eight years that Ms. Merkel had been chancellor, the German government had not built on the deregulation of the labor market that was begun by her predecessor, Gerhard Schröder. The changes helped cut German unemployment in half, but the council warned that the government seemed to be backtracking on some of the changes.

Essentially, the council was stating what many people in other euro zone countries have grumbled about for years: that German leaders do not follow their own economic advice.

“The German government,” the council wrote, “should not give the impression that it expects — or even demands — painful adjustment processes from other countries, but shies away from unpopular measures for Germany.”

Olli Rehn, the Europe’s commissioner for economic and monetary affairs, said on Wednesday that “We are not criticizing Germany’s external economic competitiveness or its success in global markets. In fact, that is what we want from all E.U. member states.

“Germans themselves debate whether they invest enough in their own country,” Mr. Rehn said. “More demand in Germany can also spill over to the vulnerable countries in varying degrees.”

The debate in Brussels is analogous to the argument that has taken place for years about the United States’ trade deficit with China, said Mujtaba Rahman, director for Europe at Eurasia Group, a political consulting firm.

“These large imbalances aren’t good for global growth,” Mr. Rahman said. “What’s happening in Europe is a microcosm of that conversation.”

In Berlin, officials of the finance and economic ministries reacted more calmly to the criticism from Europe than they did two weeks ago, when the United States Treasury Department suggested that Germany’s trade surplus was a threat to the world economy.

In a report that ignited anger in Berlin, the United States said Germany’s trade surplus — which was bigger than China’s last year — made it difficult for the rest of Europe to recover from recession and raised the risk of deflation, a self-fulfilling downward spiral of prices that can lead to depression.

Germany’s export surplus might well be declining anyway, given that most demand has come from developing nations whose own growth is now slowing. Jens Weidmann, president of the German central bank, said in a speech on Wednesday that Germany’s export surplus was primarily with countries outside the euro zone, the 17 members of the European Union that use the euro. He questioned whether efforts to stimulate the German economy would help other European countries very much.

“The crisis countries in the euro zone would profit only barely from an expansive fiscal policy here in Germany,” Mr. Weidmann said.

In theory, Germany could face financial sanctions for its trade imbalance, but finance ministers have effectively ruled that out, leaving European leaders wielding only political pressure.

Ms. Merkel did not tip her hand when receiving the Council of Economic Experts report on Wednesday but noted that over the last half-century the annual report had proved to contain “valuable indications.”

“It’s good that we now have it in our hands,” she said.

The report, by a panel of leading economists whose recommendations often influence policy, was in general more critical of measures sought by the Social Democrats — in particular the proposed minimum wage of 8.50 euros (\$11.40) an hour. Many economists have scathingly dismissed the minimum wage as a way to kill jobs, particularly for poorly qualified workers and those in eastern Germany.

The country's healthy employment situation — only 5.2 percent of Germans are jobless — is viewed throughout the government as the basis for Germany's current prosperity, and Ms. Merkel emphasized that the basic questions were how to maintain employment and increase growth.

The German government still regards its prescription of spending cuts and structural overhauls for troubled neighbors as the right way forward, pointing to strides made by Portugal, Spain and Ireland. "Ireland is a success story, period," Martin Kotthaus, spokesman for the German Finance Ministry, said at a news conference in Berlin on Wednesday.

Jack Ewing reported from Frankfurt, Alison Smale from Berlin and James Kanter from Brussels.

Kommentar

Deutschland importiert doch

90,48

14.11.2013 · Amerika und die EU schelten die Deutschen, weil sie so wenig importieren. Dabei dreht sich der Trend schon - ganz von selbst. Weil Deutschland so wettbewerbsfähig ist.

Von PATRICK BERNAU

Vor einigen Tagen haben sich die Vereinigten Staaten über Deutschlands Exportstärke beschwert, gestern erst hat die Europäische Kommission ein Verfahren gegen Deutschland auf den Weg gebracht, weil Deutschland ihnen zu wettbewerbsfähig ist: Es verkauft mehr Waren ins Ausland, als es einführt.

Doch heute wird deutlich: Der Trend hat sich schon im Sommerquartal gedreht. Der Außenhandels-Überschuss ist zurückgegangen. Während der Export stagniert, kaufen die Deutschen fröhlich ein - im eigenen Land, und auch in anderen. Und zwar lange bevor der Streit überhaupt begonnen hat.

Deutlicher kann die Wirklichkeit gar nicht zeigen: Es ist nicht die Politik, die Export und Import steuern sollte. Jeder einzelne entscheidet selbst am besten, wem er seine Waren verkauft und wo er seine eigenen Güter her bekommt.

Am Ende konsumieren auch die Deutschen von ganz alleine, im Inland und im Ausland. Sie müssen nur genug Geld verdienen. Und was braucht es dazu? Sichere Arbeitsplätze, für die sie hohe Gehälter durchsetzen können. Und Unternehmen, die sich hohe Gehälter leisten können. Das gibt es dann, wenn die Unternehmen wettbewerbsfähig sind.


CSU will Schuldenstaaten aus dem Euro drängen

90,49

14.11.2013 · Nach einem Bericht hat die CSU unionsintern eine Protokollnotiz durchgesetzt, südeuropäische Schuldenstaaten notfalls aus dem Euro auszuschließen.

[Artikel](#) [Bilder](#) (1) [Lesermeinungen](#) (60)



© DPA  Pocht offenbar auf die Möglichkeit, südeuropäische Länder vom Euro ausschließen zu können: der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer

Nach der weitgehenden Einigung von Union und SPD in Fragen der Europapolitik droht womöglich neuer Ärger: Wie „Spiegel Online“ am Donnerstag berichtete, beharrte die CSU in den Koalitionsverhandlungen auf der Möglichkeit, südeuropäische Schuldenstaaten aus dem Euro auszuschließen. Ein entsprechende Protokollnotiz sei deshalb auf Drängen der CSU-Vertreter in der Unterarbeitsgruppe Europa dem Europapapier von Union und SPD hinzugefügt worden.

In der Notiz heißt es dem Bericht zufolge, „die CSU setzt sich dafür ein, dass Mitgliedsstaaten, die auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein werden, die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrags zu erfüllen, die Möglichkeit erhalten, den Euro-Raum vorübergehend zu verlassen“. Die CSU wiederhole darin auch ihre Forderungen nach Volksabstimmungen bei „europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite“ sowie nach einer Rückübertragung von Kompetenzen der EU an die Mitgliedsländer.

In ihrer Verhandlungsrunde am Mittwoch hatten Union und SPD ein Europapapier beschlossen, das unter anderem vorsieht, Schulden in der EU nicht zu vergemeinschaften und verstärkt gegen Jugendarbeitslosigkeit in der EU vorzugehen. Keine Einigung gab es bei den Themen Doppelpass, Volksentscheide und finanzielle Hilfen für Schulen.

Compétitivité : l'OCDE accable la France

90,50

○ Par [Alexandrine Bouilhet](#) Publié le 14/11/2013 à 06:00



L'organisation internationale pointe dans son rapport les tares profondes de l'économie française : baisse du niveau d'éducation et de formation, fiscalité excessive, généralisation des 35 heures, smic trop élevé... On comprend mieux, à sa lecture, pourquoi la publication de ce brûlot a été différée à deux reprises cette année.

C'est un rapport accablant. Publiée un an après le rapport Gallois, [l'étude commandée par l'Élysée à l'OCDE sur la compétitivité de la France](#) est presque angoissante. Et l'on comprend mieux, à sa lecture, pourquoi sa publication a été différée à deux reprises cette année.

Pour répondre aux pertes records de parts de marché de la France depuis les années 2000, [Louis Gallois proposait une recette](#), somme toute, assez simple: un choc de [compétitivité](#) de l'ordre de 30 milliards d'euros, à travers une baisse massive des charges pesant sur les entreprises. Le gouvernement y a partiellement répondu à travers le [CICE](#), le «crédit d'impôt compétitivité emploi». Ce CICE est d'ailleurs l'un des rares bons points accordé par l'organisation internationale au gouvernement français.

Pour le reste, l'OCDE est sans indulgence pour la France. Très sévère, son rapport dénonce les tares les plus profondes de l'économie hexagonale - de l'excès de réglementation à la baisse du niveau d'éducation des jeunes ou du niveau de formation des adultes - comme autant d'obstacles à sa compétitivité. La fiscalité excessive pesant sur les entreprises françaises - la plus élevée d'Europe - est aussi montrée du doigt. Mais les experts du Château de la Muette insistent sur deux points politiquement embarrassants pour le gouvernement: le smic, bien trop élevé à leurs yeux, et le passage aux 35 heures.

Baisse de la productivité

Les 35 heures ne sont pas citées en tant que telles dans le rapport. Pour expliquer les pertes de parts de marché, le rapport de l'OCDE insiste toutefois sur la baisse de productivité française. Si la productivité horaire des salariés compte parmi les plus élevées de l'OCDE, il y a eu, en France, «un recul prononcé du nombre d'heures travaillées», souligne le rapport, «recul tout juste compensé par des gains de productivité horaire». D'après les auteurs du document, le passage aux 35 heures généralisées en 2000 expliquerait une bonne partie du décrochage français.

L'OCDE ne pouvait pas dénoncer plus directement la semaine de 35 heures, qui, malgré ses aménagements, reste la règle en France. «L'écart de niveau de vie entre la France et les pays les plus riches de l'OCDE tient largement à la sous-utilisation du facteur travail...», ajoute l'organisation économique.

Comparés à leurs voisins européens, qui sont leurs concurrents directs, les Français ne travaillent pas assez, et lorsqu'ils travaillent, ils sont trop payés pour ce qu'ils font, estime en résumé l'OCDE. Le salaire minimum est «de 80 % plus élevé que dans la moyenne des pays de l'OCDE». C'est, pour l'organisation économique internationale, l'un des principaux obstacles à l'emploi des jeunes.

«Ajustement par le haut»

À l'inverse de l'Allemagne, les salaires ont augmenté plus vite que la productivité, ce qui a détérioré la «compétitivité coût» relative de la France. La crise, qui a servi de détonateur dans le sud de l'Europe, n'a pas abaissé le coût du travail en France, au contraire. Ce qui explique la dégradation continue du solde commercial, jusqu'à ces derniers mois. «Les salaires horaires réels ont baissé en 2008, puis sont repartis à la hausse dès 2009, alors que la productivité horaire continuait de baisser, rappelle l'OCDE. Cela affecte les parts de marché de la France en Europe comme dans les marchés tiers, mais aussi plus globalement l'attrait de la France pour les investisseurs.»

Si la France refuse de baisser les salaires, ce qui paraît compréhensible politiquement - même aux yeux de l'OCDE -, elle doit faire «un ajustement par le haut» pour accroître sa productivité. Cela signifie travailler plus et mieux pour fabriquer des produits plus innovants, plus compétitifs, à haute valeur ajoutée. «En comparaison internationale, les efforts français en matière de recherche et de développement sont faibles, déséquilibrés et peu efficaces», note l'OCDE.

Perte rapide des compétences

Il y a surtout urgence à agir sur l'éducation des enfants et la formation des adultes, dit l'OCDE, qui déplore une perte rapide des compétences en France. Non seulement elle ne cesse de perdre des places dans les enquêtes (Pisa) de l'OCDE sur le niveau scolaire des enfants de 15 ans, mais elle est en queue de peloton pour ce qui concerne les compétences des adultes, passées au peigne fin par l'organisation depuis cette année, dans ses nouvelles enquêtes (PIAAC).

L'Éducation nationale a beau être l'un des principaux budgets de l'État, elle a visiblement failli à sa tâche. «L'école ne joue plus son rôle d'ascenseur social. La France est l'un des pays où l'origine sociale des parents a le plus d'impact sur les performances scolaires des enfants, regrette Anguel Gurria, le secrétaire général de l'OCDE. C'est la même chose pour la formation: il y a beaucoup d'argent pour la formation professionnelle, 32 milliards d'euros en 2012, mais cet argent ne fait que creuser les inégalités scolaires.»

Conclusion de l'OCDE: «la dégradation de la compétitivité française apparaît avant tout comme le symptôme des faiblesses économiques sous-jacentes de la France». Pour y remédier, l'organisation recommande à la France, non seulement de réformer sa fiscalité, son marché du travail, de mieux former ses jeunes et ses salariés, mais aussi de rendre son secteur public plus efficace, de renforcer la recherche et l'innovation, et d'accroître la concurrence dans les industries de réseau et le commerce de détail. Un travail de Sisyphe, en somme....

11/13/2013 12:24 PM

Job Crisis

Unequal Allies Tackle Youth Unemployment 90,52

By *[Stefan Simons](#)*

A deeply unpopular French President François Hollande and a triumphant Chancellor Angela Merkel met in Paris with other EU members to discuss Europe's unemployment crisis. More money seems forthcoming -- but it's unclear whether it will suffice.

Two hours and 55 minutes: That's how long the 24 European heads of state took at an emergency summit in Paris on Tuesday to tackle the perennial problem of youth unemployment. After dinner and talks, summit host François Hollande, Chancellor [Angela Merkel](#) and the leaders of the European Union's Council, Commission and Parliament gathered for group press photos, as well as mutual praise. "At stake," urged Hollande, "is the future of an entire generation."

Big words, but little actual progress: The summit participants only managed to reaffirm the previously introduced "youth guarantee," stipulating that no young person should remain without employment, apprenticeship, traineeship or instruction for longer than four months.

The high-profile round of talks, which also included directors of various European trade unions and youth organizations, as well as the head of the European Investment Bank (BEI), is the second act in a European political spectacle. In early July, the German chancellor [summoned the EU's political elite to Berlin](#) to confront the pressing problem of joblessness among 15- to 24-year-olds. Then, as now in Paris, Merkel warned that "the fate of Europe" was at stake.

According to the European Commission, there are 7.5 million young people in the EU who lack both employment and training. With a youth unemployment rate of 7.7 percent, Germany is well under the European average of 23.5 percent. [France](#) hovers just above, at 25 percent, while Greece and Spain have reached [frightening record levels](#) of more than 50 percent.

Europe's leaders have fallen into battle formation: Chancellor Merkel, often referred to in France as the "Iron Lady," now presents herself in Paris as the radiant victor and incumbent head of government.

Rumbling in France

Host [François Hollande](#), on the other hand, is more unpopular than ever. Bankruptcies, severance schemes, layoffs -- widespread frustration is turning into tangible protest in

anticipation of impending tax increases. On the heels of riots in Brittany, in which anti-tax protesters wearing "Made in France" red caps dismantled toll bridges and speed traps, Paris decided to shelve its newly adopted environmental levy.

But the retreat did not help. The government has long feared a snowball effect, and there is currently much talk of "civil revolt," "tax protest," and even "revolution." More than 70 percent of French people believe they are, according to the survey, on the eve of a "societal and social Fronde," referring to a series of 17th-century civil wars in which revolutionary armed bands terrorized parts of France. Jean-Claude Mailly, head of the Force Ouvrière trade union, says the situation is "like a volcanic eruption: There is smoke, the earth is not yet shaking, but there's a rumbling from below."

In an occurrence rife with symbolism, the French president was even whistled and booed during a memorial for the Nov. 11 armistice at the Tomb of the Unknown Soldier in front of the Arc de Triomphe. Protesters yelled "Hollande step down," before the police intervened. Minister of the Interior Manuel Valls said there was currently an "identity and self-confidence crisis" in France. And a Socialist lawmaker demanded an immediate government shake-up and the resignation of Prime Minister Jean-Marc Ayrault.

Not a good background for the negotiations about [EU](#) funding, from which France would like to divert €600 million into its own coffers next year. Hollande made the lowering of youth unemployment one of the key promises of his election campaign. Although he can point to a paper-thin decrease, that change mostly comes from subsidized "future jobs" or "generation contracts," that have brought 10,000 young French people off the streets. In order to create jobs through economic growth, there needs to be 1.5 percent annual growth -- the Banque de France currently predicts 0.4 percent growth by the end of the year.

High Hopes

The symbolic proceedings between Hollande, Merkel and other prominent members of the EU allowed Berlin to strengthen its plan to release €45 billion in the next three years and thus finance the "youth guarantee." This is all to be implemented within two years, with offers to be exchanged in job markets across Europe.

The measures must be "fast, unified and qualitatively appealing," argued Hollande. He was also glad the EU money would begin flowing in on Jan. 1 2014 to countries that had already organized their job programs. Merkel then took a potshot at her host: "Growth is the most important factor in the eradication of unemployment." She underlined the importance of entrepreneurs and ended by commending "new initiatives," which she admiringly called the "Pact of Paris."

But such positivity relies heavily on hope. It remains unclear whether the planned billions will suffice. In the just released EU budget for next year, €3.9 billion has been set aside for youth aid out of a total of €135.5 billion. The next youth unemployment conference is planned for Rome next year.

November 14, 2013

German Growth Slips as French Economy Contracts 90,54

By [JACK EWING](#) and [DAVID JOLLY](#)

FRANKFURT — The euro zone economy marked time in the third quarter of the year, growing just 0.1 percent from the second quarter, disappointing hopes that the region was finally recovering after five years of recession or very slow growth.

The economy of the 17-country currency bloc stagnated as output slowed in Germany, Europe's largest economy, and declined in France, the second largest, Eurostat, the statistical agency of the [European Union, reported](#) from Luxembourg.

On an annualized basis, Europe's 0.4 percent growth compares poorly with the United States' annualized 2.8 percent third-quarter growth and the [1.9 percent Japan](#) reported Thursday. China, the world's fastest growing major economy, expanded at a robust 7.8 percent rate in the third quarter.

The overall European Union, made up of 28 countries, grew 0.2 percent from the second quarter, and 1 percent on an annualized basis, Eurostat said.

There was some positive news, as Spain and the Netherlands broke out of recession with 0.1 percent quarterly gains, and Britain led major E.U. economies with 0.8 percent growth. But Italy continued to limp along with a 0.1 percent quarterly contraction.

In Germany, growth slowed to 0.3 percent, as domestic consumption picked up and helped compensate for flat growth of exports. Growth in the three months that ended in September amounted to an annualized rate of 1.2 percent. That was slower than in the second quarter, when the German economy grew at an annualized rate of 2.8 percent, according to the Federal Statistical Office.

The French economy contracted [0.1 percent in the July to September period](#) from the April to June period, when it grew 0.5 percent, as business investment fell further, disappointing hopes for sustained recovery just months after the country broke out of a shallow recession.

The decline, at an annualized rate of about 0.4 percent, came as investment by nonfinancial companies fell by a quarterly 0.6 percent, after falling 0.4 percent in the second quarter, according to Insee, the national statistics institute. Spending by households decelerated, rising just 0.2 percent on a quarterly basis, from a 0.4 percent rise in the second quarter.

While the French figure was disappointing, it was only slightly worse than the consensus forecast of a 0.1 percent expansion. The country's unemployment rate stands at more than 11 percent, and a report Wednesday showed industrial production turning [down sharply in September](#). Last week, Standard & Poor's cut the country's credit rating to AA from AA+, saying it doubted that the government's current policy course would be able to restore growth.

The growth in Germany was in line with expectations. It came primarily from increased consumer spending as well as domestic investment by German companies, the statistical office said. The pickup in domestic spending should help placate criticism that Germany has not been using its enormous trade surplus to help stimulate its own economy, and by extension the euro zone.

On Wednesday, the European Commission said it would begin an in-depth review of the German economy, and look into whether the country's trade surplus — 45.9 billion euro, or \$61.7 billion, in the second quarter of this year — was so large as to pose a threat to the rest of the bloc.

The German growth figures were preliminary and the Federal Statistical Office, in Wiesbaden, did not give a detailed breakdown of where the increased output was coming from. But it said domestic spending by households grew. In addition, companies spent more on new machinery and equipment as well as on construction projects.

Imports also grew, the statistical office said, without giving exact figures, while exports declined.

“The German economy is already in a longer process of rebalancing,” Carsten Brzeski, an analyst at ING Bank, said in a note to clients. “Looking ahead, there is little reason to doubt the stability of the German economy.”

November 13, 2013 11:01 pm

OECD issues warning on French economy

90,56

By Hugh Carney in Paris



France is lagging behind other European countries in reforming its economy and needs to take comprehensive steps to restore its competitiveness, a stark report from the OECD, the club of rich countries, has warned.

In one of the most wide-ranging critiques by an international institution of France's competitive weaknesses, the 87-page report sent a clear message to President François Hollande's Socialist government that it has not done enough to overhaul Europe's second-largest economy.

The Paris-based organisation said France had seen "no significant improvement" in its external position since the onset of the financial crisis in 2008.

"Over several years, many European countries have accelerated the adoption and implementation of essential reforms. This adjustment has not happened in France," the report said.

Driving home the message, Angel Gurría, OECD secretary-general, wrote in a preface: "The efforts under way [by the government] should be written into a strategy of more comprehensive and coherent, fundamental reforms to increase productivity and restore the competitiveness of the French productive fabric."

Mr Hollande, struggling against rising opposition from both left and right to his administration, insists that reforms he has undertaken to reduce the budget deficit, lower France's high labour costs, loosen its restricted labour market and tackle its pension system deficit are starting to bear fruit.

But the report listed a catalogue of remaining structural problems that contributed to France's greater loss of global market share than that seen by other big economies since 2000.

It cited France's high minimum labour costs (80 per cent above the OECD average), high cost of public services (27.4 per cent of gross domestic product), heavy tax burden on employment (50 per cent of wage costs) and *millefeuille* of central and local government (including 36,700 municipalities) as among the factors holding back French competitiveness.

It said earnings per head in France had grown slower than in other "advanced" OECD countries, economic growth had been below the OECD average and levels of employment, especially among young and older workers, were damagingly low.

The report acknowledged the government's move to give companies a €20bn tax break to lower labour costs. But it said this only dealt with half of the gap between the "tax wedge" in France – the difference between labour costs to the employer and the employee's take-home pay – and the OECD average.

On pensions, the report said the government should consider “more ambitious measures focused on spending cuts”. It specifically called for lower indexation of pensions, more rapid introduction of longer contribution periods and a higher statutory retirement age – all measures rejected by Mr Hollande in his pensions reform earlier this year.

The OECD added that the “corner stone” for improving growth and competitiveness was further **reform of the labour market, including more flexibility in contract conditions and moderation of minimum wage costs.**

It also called for liberalisation of product and service markets, especially in areas such as energy, retail and transport, and an overhaul of training and education.

Schönster Roman der Welt

Marcel Prousts Suche nach dem willigen Verlag

14.11.2013 · Triumph für den Autor, Leidensgeschichte für den Verleger: Die verschlungenen Wege, auf denen Marcel Prousts Romanzyklus „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ vor genau hundert Jahren begonnen wurde.

Von ANDREAS PLATTHAUS



© FOTO FONDATION MARTIN BODMER COLIGNY/E-CODICES Das größte Schlachtfeld der Literaturgeschichte: Prousts Korrekturen für „Du Côté de chez Swann“, 1913

Am 14. November 1913, heute genau vor hundert Jahren, erschien in Paris ein Buch mit dem Titel „Du Côté de chez Swann“, ausgewiesen als erster Teil eines Romanzyklus namens „À la Recherche du temps perdu“ (Auf der Suche nach der verlorenen Zeit). Sein Autor war Marcel Proust, der Verleger hieß Bernard Grasset. Beide zusammen sollten damit Literaturgeschichte schreiben. Doch bis es so weit war, hatten sie sich schon wieder zerstritten.

Grasset war die vierte Wahl des Verfassers. Als der zweiundvierzigjährige Proust das Manuskript zu seinem späten Romandebüt – seit dem miserabel verkauften symbolistischen Prosabändchen „Les Plaisirs et les jours“ (auf Deutsch „Tage und Freuden“) waren achtzehn Jahre vergangen, aber Proust stammte aus vermöglicher Familie – beendet hatte, umfasste es 712 Seiten. Die schickte er nacheinander an die Pariser Verlage Fasquelle, Gallimard und Ollendorff. Alle lehnten ab.

Grasset wittert seine Chance

Besonders schmerzte die Absage von Gallimard, dem Verlag der erst 1909 gegründeten, aber literarisch äußerst einflussreichen „Nouvelle Revue Française“. Kein Geringerer als deren Chefredakteur André Gide hatte Prousts Manuskript geprüft. In seinem jetzt zum hundertjährigen Jubiläum der „Recherche“ erschienenen Bändchen „Proust 1913“ (Verlag Hoffmann und Campe) revidiert Luzius Keller, der beste deutschsprachige Proust-Kenner, die alte Legende, dass Gide gar nicht erst ausgepackt habe, was er da versiegelt auf den Tisch bekam. Vielmehr las er immerhin fast ein Zehntel des Romans, bis er auf eine orthographische Unklarheit bei einer Frisurbeschreibung stieß und die Lektüre abbrach, weil er den Autor für sprachlich schludrig hielt (wie einem so nie abgeschickten erklärenden späteren Briefentwurf an Proust zu entnehmen ist). Auf diese Weise verpasste das Haus Gallimard die Erstpublikation der „Recherche“ buchstäblich um Haaresbreite.

Zum Zuge kam dann ein junger Verleger, der noch keine besondere Reputation besaß und Prousts Buch nur deshalb akzeptierte, weil der reiche, aber mittlerweile verzweifelnde Autor (das Buch, schreibt Proust im Februar 1913, „verlangt jetzt nach einem Grab, das bereit ist, bevor sich meines über mir schließt“) zugestimmt hatte, die Publikation selbst mitzufinanzieren. Als am 11. März 1913 der Vertrag mit Bernard Grasset abgeschlossen wurde, schickte Proust erst einmal 1750 Francs an den Verleger, vereinbart wurde eine Auflage von 1250 Exemplaren. Da Proust pro verkauftes Buch 1,50 Francs zugesprochen bekam und 250 Stück als Presseexemplare gedacht waren,

durfte der Verfasser nicht erwarten, mit der Publikation seines Romans etwas zu verdienen. Zumal er vor Drucklegung noch weiteres Geld zuschießen würde.



© ULLSTEIN BILD Bernard Grasset (1881 bis 1955): Der Verleger war nicht Prousts erste Wahl

Das lag daran, dass Proust die ihm von April an übersandten Druckfahnen nicht einfach nur korrigierte, sondern völlig neu schrieb. Die in der Schweizer Bibliotheca Bodmeriana aufbewahrten von Proust bearbeiteten Bögen gleichen einem Schlachtfeld: neu zusammengeklebte Teile aus zwei Fahnensätzen, zahllose handschriftliche Ergänzungen, ausgiebige Streichungen. Bei diesem kreativen Gemetzel änderte er auch die ursprünglich verwendeten Titel: Aus „Les Intermittences du cœur“ wird als Obertitel „À la Recherche du temps perdu“, weil aus der vorgesehenen Titulierung des ersten Teils, „Le Temps perdu“, zunächst „Combray“ und schließlich „Du Côté de chez Swann“ geworden war.

Tricks und Kniffe

Durch die vielen Ergänzungen drohte das Buch so dick zu werden, dass der vorgesehene Ladenpreis von 3,50 Francs nichts zu halten gewesen wäre. Grasset zwang seinen Autor deshalb zu einem früheren Roman-Ende, da ja ohnehin noch weitere Bände des Zyklus erscheinen sollten. Aber auch das vorgesehene Erscheinungsdatum im Herbst war durch das Ausmaß der Änderungen, die Proust wünschte, in Gefahr. Grasset war offenbar so pessimistisch, dass er den Drucker anwies, als Erscheinungsjahr „1914“ auf das Titelblatt setzen zu lassen. Als der Band dann doch noch im November 1913 erschien, wurde bei den ersten ausgelieferten Exemplaren die falsche Jahreszahl nicht mehr korrigiert. In diesen fehldatierten Büchern wurde zudem der Verlagsname durch einen sinnlosen senkrechten Strich verunstaltet – ein Druckversehen, das bezeichnend ist für die traurige Geschichte, die Grasset mit dem Buch erleben sollte.

Allerdings hatte Bernard Grasset seinen Autor auch betrogen, denn neben der ohnehin schon gegenüber der Vereinbarung erhöhten Erstauflage von 1750 Exemplaren ließ Grasset ohne Rücksprache mit Proust zwei weitere Auflagen von jeweils fünfhundert Stück drucken, um bei dem vereinbarten Verkaufspreis besser auf seine Kosten zu kommen. Ob Proust davon erfahren hätte, wenn das Buch nicht sofort ein Verkaufserfolg geworden wäre, darf man bezweifeln. Da aber schon bald der Druck von weiteren 1380 Exemplare in Auftrag gegeben werden konnte, die Grasset dann zu Werbezwecken als vierte und fünfte Ausgabe auswies, konnte Proust im Dezember gleichfalls gegenüber Korrespondenzpartnern damit protzen, dass sein Buch bereits in die vierte Auflage gehe.

Und Gide will ihn doch

Ihm selbst war es am meisten zu verdanken, dass der Roman solche große Aufmerksamkeit fand – dreitausend Exemplare waren seinerzeit ungewöhnlich viel. Fast fünfhundert davon hatte Proust jedoch gratis unter Pressevertreter und Freunde gebracht, und diese beiden Gruppen überschritten sich häufig, was der Publicity nutzte. Unmittelbar vor dem 14. November 1913 waren mehrere Hinweise auf das Buch sowie Interviews mit Proust in verschiedenen Publikationen erschienen. Doch die Rezensionen fielen dann schlechter aus als erhofft. Vor allem Paul Souday, ein Starkritiker der Pariser Vorkriegszeit, bemängelte am 9. Dezember die Komposition des Romans: „Es will uns scheinen, ..er sei ebenso maßlos wie chaotisch, doch er berge kostbare Elemente, mit denen der Autor ein exquisites kleines Buch hätte schreiben können.“ Bei dem gewaltigen Umfang von 520 Seiten von „Du Côté de chez Swann“ war das ein vernichtendes Urteil. Die zahlreichen Druckfehler, die durch Prousts Änderungen bis zur letzten Minute in den Satz geraten waren, wurden von Souday besonders angeprangert.



© KATALOG Marcel Proust (1871 bis 1922): Der zweite Band von „À la Recherche du temps perdu“ erschien 1919 bei Gallimard

Auch Proust war enttäuscht von den Mängeln der Erstausgabe, nahm sie aber nicht auf die eigene Kappe, sondern schob die Verantwortung dafür dem Verlag zu. Das machte es ihm leicht, im Folgejahr doch wieder Kontakt zu Gallimard aufzunehmen, auch wenn in der „Nouvelle Revue Française“, die das Buch ja nicht hatte drucken wollen, im Januar 1914 ein weiterer Verriss erschienen war. Doch einer der Zeitschriftenmitarbeiter, Jacques Rivière, schickte Proust im Februar nach der Lektüre von „Du Côté de chez Swann“ einen enthusiastischen Brief, den der Schriftsteller postwendend so beantwortete: „Endlich finde ich einen Leser, der ahnt, dass mein Buch ein wohldurchdachtes, streng konstruiertes Werk ist.“ Darf man es einen Zufall nennen, dass André Gide sich dann im März für seine Ablehnung des Manuskripts bei Proust entschuldigen und ihn bitten sollte, die Fortsetzung seines Zyklus Gallimard anzuvertrauen?

Das Band ist zerrissen

Proust war sofort dazu bereit und verhandelte mit Grasset über eine Auflösung des Vertrags, obwohl er schon die Fahnen zum damals geplanten zweiten Band, „Le Côté du Guermantes“, erhalten hatte. Doch Ende Mai verunglückte Prousts ehemaliger Chauffeur und Geliebter Alfredo Agostinelli tödlich, zudem brach wenige Monate später der Erste Weltkrieg aus, der große Teile des französischen Verlagswesens zum Stillstand brachte. Der Fahnenatz blieb unkorrigiert liegen – eine Momentaufnahme aus der Entstehungsgeschichte der „Recherche“, die einen Zustand dokumentiert, der späteren Änderungen Prousts zum Opfer fallen sollte. Die irgendwann zu einem Buch gebundenen unangetasteten Fahnen blieben in Privatbesitz erhalten und wurden vor wenigen Wochen von dem deutschen Proust-Sammler Reiner Speck erworben.

Für die Geschäftsbeziehung Grasset-Proust bedeutete der Weltkrieg das traurige Ende. Da der Verleger zum Militärdienst eingezogen worden und rasch danach an Typhus erkrankt war, witterte André Gide seine zweite Chance und bot Proust 1916 noch einmal an, mit der Fortsetzung der „Recherche“ zu Gallimard zu wechseln. Der Verlagschef Gaston Gallimard legte mit wahren Zaubersätzen nach: „Die Länge Ihres Buches ist unwichtig...Ich nehme die formelle Verpflichtung auf mich, fortan alle Ihre Bücher... zu den von Ihnen gewünschten Bedingungen zu verlegen.“ Er wolle Proust finanziell bei Grasset auslösen. Doch der alte Verleger zeigte sich derart erbost darüber, dass sein Autor ihm den Rücken kehren wollte, dass er aus dem Krankenhaus heraus beleidigt entschied, Proust auch ohne Entschädigung ziehen zu lassen.

Dem Verleger bleibt die Verbitterung

So erschien schließlich ein Jahr nach Kriegsende nicht nur der zweite Band von „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ unter dem Titel „À l’Ombre des jeunes filles en fleurs“ bei Gallimard, sondern auch die Neuausgabe von „Du Côté de chez Swann“, nunmehr übrigens in tadelloser Rechtschreibung. Als Proust für seinen zweiten Teil der „Recherche“ im Herbst 1919 den Prix Goncourt, die wichtigste französische Literaturauszeichnung, zugesprochen bekam, setzte der endgültige Siegeszug des Romans und seines Autors ein.

Davon profitierte Bernard Grasset nicht mehr. Bis zu seinem Tod im Jahr 1955 konnte er nicht verwinden, dass Proust zu Gallimard gewechselt war. Luzius Keller zitiert in „Proust 1913“ eine späte gehässige Äußerung des Verlegers bei der Übergabe einer der ihm verbliebenen Erstausgaben an einen Krimiautor: „Es ist unleserlich, aber wir haben es auf Kosten des Verfassers veröffentlicht.“ Grasset wollte lieber als geschäftstüchtiger Unternehmer dastehen denn als Mann, der dem schönsten Roman der Welt den Weg geebnet hatte.

Une posture victimaire

90,61

LE MONDE | 01.11.2013 à 11h47 | Gilles Kepel (Politologue et professeur à Sciences Po)

Le 15 octobre, pour la première fois dans l'histoire de la République, un premier ministre en exercice s'est rendu à la Grande Mosquée de Paris, à l'occasion de l'Aïd el-Kébir, la grande fête du calendrier islamique. Dans une brève allocution, Jean-Marc Ayrault s'est adressé aux millions de nos compatriotes fidèles de ce qu'il a nommé « *une grande religion de France* » pour leur présenter ses vœux. Il leur a rappelé « *la détermination du gouvernement à faire respecter la liberté de conscience et le libre exercice des cultes, qui comptent parmi les fondements de notre nation (...) dans le respect des lois de la République, de la laïcité et des convictions de chacun* ».

Ces propos prennent tout leur sens alors que des polémiques sur la place de l'islam dans notre pays battent leur plein en France. Tandis que, d'un côté, on prophétise le malheur de notre identité nationale face à des forces qui voudraient la dissoudre au nom d'une conception vindicative d'un islam exacerbé par le salafisme et exalté par le djihad, on multiplie de l'autre les incantations contre une « islamophobie » que les élites françaises seraient coupables de propager, avatar post-moderne de l'antisémitisme dont les musulmans seraient désormais les victimes par excellence.

Ce débat est basé sur des prémisses fausses. L'idéologie s'y est substituée à l'observation raisonnée de la réalité de la France d'aujourd'hui. Elle ne sert à ceux qui forcent ainsi le trait qu'à construire des positions de pouvoir dans le champ intellectuel pour les premiers, religieux pour les seconds, afin de mobiliser des soutiens politiques sur une base identitaire à l'occasion des prochaines échéances électorales notamment. Et ces politiques identitaires, qui assignent à nos concitoyens des appartenances figées à partir de déterminants confessionnels, sont la négation même du pacte laïque qui est aux fondements des valeurs de la République. Car elles veulent nous confiner d'un côté ou de l'autre d'un « choc des civilisations » promu en ligne de faille de notre nation, en lieu et place de ses fractures sociales.

On ne saurait nier que des phénomènes préoccupants pour notre civilité se sont récemment produits. D'un côté, l'affaire Merah de mars 2012 a rappelé que le terrorisme d'inspiration djihadiste savait toujours faire des adeptes notamment dans les banlieues. Et dans celles-ci, les préceptes du rigorisme salafiste, fondés sur une rupture en valeurs avec la culture politique de la France laïque, corsètent des individus en perdition face aux malédictions du chômage et à la prégnance croissante de dealers. De l'autre côté, ont eu lieu des agressions contre des personnes, et notamment des femmes qui portaient sur leurs cheveux le voile que prescrivent les divers mouvements de réislamisation, mais qui ne contreviennent pas à la loi ; des profanations contre des mosquées se sont produites, des attentats ont été évités de justesse. Lorsque des délits ou des crimes sont commis, la loi doit être appliquée pour en rechercher et réprimer les auteurs - le premier ministre l'a rappelé solennellement en se rendant à la Grande Mosquée de Paris à l'occasion des vœux de l'Aïd el-Kébir. Et lorsque des élèves d'une école juive ou des militaires sont assassinés au nom du djihad, les coupables doivent être poursuivis et condamnés.

Une nouvelle génération

La gravité de ces faits ne saurait fournir prétexte à diviser notre société en deux camps identitaires dont chacun se drape dans les habits de la victime et rejette l'autre dans le camp des coupables. La dénonciation tous azimuts de « l'islamophobie » est aussi, dans le débat actuel, une ressource victimaire dont se servent certains acteurs politico-confessionnels afin de souder une communauté sous leur houlette et d'exercer leur hégémonie sur ses membres au nom de ce slogan mobilisateur. Les événements d'Argenteuil ou de Trappes cet été, notamment, sont intervenus au moment où une sorte de « coup d'Etat » dans l'islam de France, mené par les mêmes acteurs

qui dénoncent sans relâche l'islamophobie, parvenait à reculer d'un jour la date du début du ramadan qu'avait fixée le Conseil français du culte musulman - précipitant ainsi la faillite de cette instance portée sur les fonds baptismaux par l'ancien président Nicolas Sarkozy, et se posant en alternative de combat pour exercer le leadership sur l'islam de France.

Nos compatriotes, musulmans ou non, méritent mieux que ces débats qui veulent les prendre en otage de causes particulières. Et c'est ce que montre, dans la réalité, le phénomène remarquable et tout récent de la participation très importante à la vie politique, après les émeutes de 2005, d'une nouvelle génération de jeunes issus de l'immigration, dont les familles venaient en majorité de pays musulmans du sud de la Méditerranée. Ce sont ces milliers d'élus municipaux ou régionaux, ces centaines de candidats aux dernières élections législatives de juin 2012, qui sont en train, en s'emparant pleinement de leurs droits de citoyens, de transformer l'identité des populations au sein desquelles s'exprime l'islam de France. Les dix mille voix, dont beaucoup de jeunes qui votaient pour la première fois, que la sénatrice Samia Ghali a recueillies sur son projet citoyen au second tour de la primaire socialiste à Marseille, sont un phénomène bien plus important pour le devenir de notre société que les vociférations des petits prophètes de l'identité et de la phobie.

Gilles Kepel (Politologue et professeur à Sciences Po)

Gilles Kepelest l'auteur de *Passion arabe : Journal, 2011-2013* (Gallimard, 496 pages, 23,50 euros). Il vient de réaliser avec l'Institut Montaigne une étude sur le renouvellement de la vie politique dans les quartiers populaires, à paraître au printemps 2014.

ECB ready to print, Germany ready to scream

90,63

By **Ambrose Evans-Pritchard** **Economics** Last updated: November 14th, 2013

[243 Comments](#) [Comment on this article](#)



The doves are seizing control of the European Central Bank. They are already laying the ground work for a blitz of Anglo-Saxon QE, whatever the Germans, Dutch, Austrians, and Finns (?) have to say about such wicked Latin conduct.

Welcome to the next fascinating phase of the EMU opera buffa, opera tragica.

The ECB's Peter Praet – the board member in charge of setting economic policy debates – has given an astonishing interview to Brian Blackstone at The Wall Street Journal, opening the floodgates for bond purchases.

It is clear that the slide towards deflation and Euroland's fizzling recovery have caused a revolt at long last. The ECB's Latin (plus) majority simply refuses to accept Bundesbank orders any more.

"If our mandate is at risk we are going to take all the measures that we think we should take to fulfil that mandate. That's a very clear signal," said Mr Praet.

"The balance sheet capacity of the central bank can also be used. This includes outright purchases that any central bank can do. The rules do not exclude that you intervene in the markets outright."

"For some decisions it's easier than others [to gain consensus]. One thing is clear: the Governing Council has been able to decide. That's really the message."

So there you have it. This had to happen since deflation in southern Europe is causing debt dynamics to go berserk, defeating any of the alleged gains from the rest of EMU policy. Nations have to protect themselves.

"That is a radical change of position for the ECB and a very welcome one in our view," said Ken Wattret from BNP Paribas.

"This is the most explicit signal yet from an ECB official that balance sheet expansion via asset purchases is on the radar."

"The patience of the majority of Council members towards the 'blocking minority', which has led to a worryingly slow policy response to persistent below-objective inflation to date, has been exhausted. The plunge in inflation in October has been the trigger."

Quite so. But that is not the end of the story, of course. Today we have an FT oped piece by IFO grizzly bear Hans Werner Sinn castigating the ECB for cutting rates at all last week.

We have Bild Zeitung firing off tabloid anathemas over the destruction of German savings by an Italian-controlled ECB.

We had the Bundesbank's Andreas Dombret saying this morning that the ECB's near zero rates are posing "risks for financial stability" in Germany.

The North-South crisis goes on. It merely changes shape. German political consent for the EMU Project will be tested further.

The nub of the matter is that any policy set at this stage for Club Med needs is destructive for Germany, and any policy set for German needs is destructive for Club Med. You cannot set a workable policy. The intra-EMU gap is already too wide.

I happen to think the levels of destruction are asymmetric. A bout of deflation for Italy is far more serious (for everybody in the end), than a bout of inflation in Germany. But that is a macroeconomic analysis. This drama will be decided by politics.

The German people have their own firmly-held view. As an amateur anthropologist, I respect the idiosyncratic cultures of Europe's historic nations, so I don't wish to join Romano Prodi in denouncing the Germans for being as obsessed with inflation as teenagers are obsessed with sex. Mr Prodi should have thought about that a little harder when he took Italy into a currency union with Germany in the first place.

Europe's peoples are what they are. That is precisely why we Euro-sceptics have always argued that forcing the pace of EU integration is a very dangerous thing to do.

As for the looming civil war within EMU over monetary policy, there is an easy solution. Germany can politely withdraw from the euro, and the South can politely agree that this would on balance be an understandable action. Everybody could be on best behaviour, seeking to demonstrate to the world that matters are under control.

Just takes a little statesmanship. Not that difficult.

<http://blogs.telegraph.co.uk/finance/ambroseevans-pritchard/100025983/italys-mr-euro-urges-latin-front-warns-germany-wont-sell-another-mercedes-in-europe/>

Italy's Mr Euro urges Latin Front, warns Germany won't sell another Mercedes in Europe 90,65

By **Ambrose Evans-Pritchard** **Politics and society** Last updated: November 4th, 2013

[1013 Comments](#) [Comment on this article](#)



Romano Prodi. (Photo: Getty)

The plot is thickening fast in Italy. Romano Prodi – Mr Euro himself – is calling for a Latin Front to rise up against Germany and force through a reflation policy before the whole experiment of monetary union spins out of control.

"France, Italy, and Spain should together pound their fists on the table, but they are not doing so because they delude themselves that they can go it alone," he told *Quotidiano Nazionale*

Should Germany persist in imposing its contractionary ruin on Europe – "should the euro break apart, with one exchange rate in the North and one in the South", as he puts it – Germany itself will reap as it has sown. "Their exchange rate will double and they will not sell a single Mercedes in Europe. German industrialists know this but all they manage to secure are slight changes, not enough to end the crisis."

Professor Prodi is the prime minister who prepared Italy for EMU in the 1990s, and then presided over the launch of the euro as European Commission chief. Some readers may remember that I crossed swords with him 15 years ago, but that dispute is ancient history now and has no bearing on today's economic debate.

He rightly warns that nothing of substance will change as a result of the Bundestag elections. "German public opinion is by now convinced that any economic stimulus for the European economy is an unjustified help for the 'feckless' South, to which I have the honour of belonging. They are obsessed with inflation, just like teenagers obsessed with sex. They don't understand that the real problem today is deflation, as I have been saying for a year," he said.

This is the nub of the matter. The policy regime has become maniacally restrictive because every decision is filtered through "game theory" calculations, the belief in Berlin that the naughty Latins will somehow cheat unless their feet are held to the fire.

The ECB is playing this game too. It is no longer a central bank. It has become an enforcer of political pressure. The ECB is not even trying to meet its 2pc inflation target. It has abandoned its 4.5pc M3 money growth target and its twin pillar monetary structure.

As the Richmond Fed wrote in a paper earlier this year: "The ECB needs to start recognising that Europe's problems are more than structural. It needs to stop using monetary policy as a lever for achieving structural changes and to end its contractionary policy."

Be that as it may, Il Professore said the European Union – which he led for five years – has broken down as functioning system. "Today there is only one country and only one in command: Germany. "

He said it has long been obvious that Italy cannot restore control over its public finances in recession conditions. "The debt to GDP ratio has been rising for three years despite austerity. It is a failed policy." (119.3pc in 2010, 120.8pc in 2011, 127pc in 2012, 132.3pc in 2013, according to the IMF's Fiscal Monitor).

This too goes to the heart of the matter. Italy is a fiscal saint, the only major country in the industrial world to run a primary budget near balance for over seven years, and a surplus this year of 2.5pc of GDP. Yet the debt trajectory is accelerating upwards.

This is entirely due to the "denominator effect". The contraction of nominal GDP – the result of a quadruple whammy of tight fiscal, tight money, tight credit, (regulatory overkill) and a Teutonic exchange rate – has forced Italy to service a rising debt burden on a shrinking economic base. It is a classic debt-deflation trap, as described by Irving Fisher 1933.

Il Professore says Italy should be given a waiver on the €51bn put aside in budget deficit calculations for EU bail-out policies, giving the country leeway for a mini-blitz on investment. Better still, the Maastricht treaty should be changed to eliminate the 3pc deficit ceiling. "It is stupid that this has not been changed for 20 years. A 3pc deficit makes sense at certain moments, at other times it should be zero, at others 4pc or 5pc."

Stupidissimo indeed. But instead of revising Maastricht, Berlin has rammed through the even stupider Fiscal Compact, locking Europe into 20 years of chronic deflation and depression. (Yes, you could in theory offset that with monetary stimulus, but the opposite is happening. EMU monetary policy is becoming tighter and tighter as incipient deflation raises the "real" interest rate.)

Prof Prodi says Germany is living in an Alice-in-Wonderland world of intellectual confusion, thinking that it can run a current account surplus of 7pc of GDP (almost three time's China's surplus), with an inflation rate of almost zero, without at the same time blocking recovery. But no amount of protest makes any difference. "It has not effect on German policy because France, Italy, and Spain lack any common approach, even though all these countries they have identical interests."

As readers know, I have been arguing for a long time that the Greco-Latin Bloc and those with shared interests such as Ireland should seize control of the European institutions and dictate the policy with a very sharp knife held to the throat of Berlin's über-bully Wolfgang Schauble.

They have the majority votes in the EU Council of Ministers. They have a majority on the ECB's Governing Council, and indeed on other bodies such as the European Investment Bank, which could be mobilised for a Marshall Plan (that empty promise from some wretched and now forgotten EU summit, never delivered like all those New Deal EMU pledges that came before).

They have natural justice, economic authority, and the EU treaties on their side. They can and should deploy their combined political power to impose a full fiscal and monetary reflation strategy on the EU, Abenomics for Europe. Germany might find that a few years of 3pc inflation and a mini-boom are not so painful after all. But if it finds this outcome so intolerable, the exit door is wide open. It can leave EMU. (And destroy part of its banking system in the process.)

As Prof Prodi says, nothing is being done to break the vicious circle – vicious too for Germany in the end, if only they could shake their collective heads free of so many economic shibboleths – because no Latin leader has yet emerged to carry the fight. The issue has apparently become less urgent over the summer as Europe's recession touched bottom. A few green shoots allowed everybody to engage in another round of wishful thinking, but this is a trap.

In the end, the leadership must come from France, still the great and generous heart of Europe. That may happen yet, even if Francois Hollande gives every impression of being a vacillating amateur, buffeted by events, incapable of saying boo to a mouse. Record unemployment must ultimately stiffen his spine, and if he cannot rise to the challenge, his governing authority in France will collapse, and perhaps the Fifth Republic will collapse with it. We must not let this happen to France.

But the fact that Italy's Mr Euro is saying such extraordinary things is itself a sign of the tectonic rumblings in the Latin world. Every week it seems that yet another towering figure of the European cause joins the rebels. For me personally, it is refreshing to be part of consensus at last.

Une inversion du chômage impossible dans les faits

○ Par Marc Landré Publié le 14/11/2013 à 19:22



ANALYSE - Avec la nouvelle baisse enregistrée au troisième trimestre 2013, l'emploi salarié retrouve son niveau de mi-2005.

Rien n'y fait! La France continue inexorablement de détruire des emplois: 17.000 au troisième trimestre, selon la première estimation de l'Insee, portant à 107. 700 la saignée sur un an. Ceux qui voient le verre à moitié plein remarqueront que les destructions d'emplois entre juin et septembre ont été deux fois moins importantes que les trois mois précédents. Et que l'intérim, un indicateur avancé du marché du travail, semble sortir la tête de l'eau, après huit trimestres quasi ininterrompus dans le rouge. Ceux qui voient en revanche le verre à moitié vide objecteront qu'il s'agit du 6e trimestre d'affilée de baisse de l'emploi salarié - le 9e même, si on exclut le léger rebond de début 2012. Quant à **l'intérim**, ses effectifs restent inférieurs (de plus de 20%) au niveau record enregistré en 2007.

La situation devient particulièrement préoccupante dans l'industrie qui, malgré l'ensemble des mesures prises par les gouvernements successifs, continue sa descente aux enfers entamée début 2001. Ses effectifs ont encore fondu de 16.500 au troisième trimestre 2013, pour glisser sous la barre de 3,2 millions de salariés. Pis, il s'agit du 9e trimestre d'affilée de décrue et le 48e de baisse... sur 50! Résultat, **le compteur des destructions d'emplois** industriels tangente désormais les 900.000 sur douze ans et les 2,5 millions depuis 1974, l'année du premier choc pétrolier qui marque le début de la phase de déclin.

Avec cette nouvelle baisse au 3e trimestre 2013, l'emploi salarié retrouve ainsi son niveau de mi-2005. Un retour huit ans en arrière qui complique «l'inversion de la courbe du chômage à la fin de l'année», une promesse réitérée jeudi après la publication des statistiques de croissance et d'emploi salarié. «L'objectif est maintenu et, je le crois, tout à fait solide», a confirmé sur RTL, **Pierre Moscovici**, le ministre de l'Économie. «La pente est bien orientée pour parvenir au retournement durable à la fin de l'année», a abondé l'entourage de **Michel Sapin**, son homologue du Travail. Et ce, alors que tous les instituts de conjoncture et organisations internationales prédisent une hausse du taux de chômage jusqu'à début 2015, au mieux.

Contrats aidés

Si la courbe du nombre de demandeurs d'emploi inscrits à Pôle emploi parvient à s'inverser d'ici à la fin de l'année - grâce aux **contrats aidés dans le public**, non pris en compte dans l'emploi salarié marchand -, on sera encore loin d'une amélioration sur le front de l'emploi. Outre le décalage traditionnel d'un à deux trimestres pour qu'un rebond de croissance se traduise par des embauches dans les entreprises, 1,5 % de taux de croissance et 150.000 créations d'emploi sont, peu ou prou, nécessaires par an pour obtenir une inflexion effective de la courbe du taux de chômage. «Le principal objectif devrait être de faire baisser de manière drastique le taux de chômage en dessous de 7%, observe Hervé Boulhol, de l'OCDE. Mais cela suppose d'approfondir les réformes structurelles dans les domaines clés (concurrence, marché du travail, éducation, dépenses publiques).»

Plus d'un tiers des 18-34 ans veut s'expatrier 90,69

- Par Julie-Anne De Queiroz, Aude Sérès Publié le 14/11/2013 à 17:58



Plus de deux tiers des jeunes estiment que la société de demain ne leur permettra pas de réaliser leurs rêves, révèle un sondage Opinion Way pour le Figaro Etudiant et France TV à l'occasion des Rencontres capitales qui se tiennent jusqu'au 16 novembre.

Génération désenchantée. Avec quelques années de retard, la génération Y confirme le tube de Mylène Farmer. Comme en témoigne un sondage réalisé pour leFigaro Étudiant et France TV par Opinion Way (*), à l'occasion des Rencontres capitales, un ensemble de débats autour de la société de demain, qui se tient jusqu'au 16 novembre à Marseille.

A la question, «pensez-vous que la société de demain vous permettra de réaliser vos rêves», ils sont plus des deux tiers, à répondre par la négative. A l'instar de Chloe, 23 ans, en IUT de gestion urbaine, qui avoue «je n'ai pas confiance en l'avenir. Même en faisant des études, on n'est plus sûr de rien... J'espère pouvoir avoir un job qui me plaise, mais j'ai peur que ce ne soit pas le cas. Je ne crois pas que les jeunes pensent à réaliser leurs rêves en ce moment, ils veulent avant tout sécuriser leur avenir». Signe du pessimisme ambiant, 14% des jeunes de 18 à 35 ans se montrent très négatifs et indiquent en réponse à la question citée «Non pas tu tout». Certes, ils ne sont que 33% à avoir un petit espoir en l'avenir. «Mais dans le climat actuel, ce chiffre est finalement une bonne surprise», note Pauline Misset, chargée d'études senior chez Opinion way. Emmanuel, étudiant en journalisme à Sciences Po, fait partie de la frange «combative» de la jeunesse. Voire encore pleine d'idéaux. «Je suis très optimiste, déclare-t-il. Je pense que si l'on se bat pour ce qu'on veut, on peut l'obtenir». Reste que les étudiants sont paradoxalement les moins pessimistes - à 60% - que les jeunes actifs. Parmi ces derniers, les catégories socioprofessionnelles les moins aisées sont les plus touchés clairement par la morosité. Puisque le taux de ceux qui ont perdu l'espoir de réaliser leurs rêves dans la société de demain atteint l'inquiétant chiffre de 73%.

Quand ils sont étudiants, la moitié des jeunes sont tentés par l'expatriation

Face à une société de demain peu encourageante, la solution des jeunes est claire: le départ. Ils sont plus d'un tiers à souhaiter s'installer à l'étranger. Un chiffre confirmé dans la pratique par la Conférence des Grandes Écoles, qui indique qu'un quart des jeunes diplômés obtiennent leur premier poste à l'international. A l'ESCP-Europe, le chiffre atteint même...44%.

Plus alarmant, selon le sondage d'Opinion way, parmi les candidats au départ, quelque 41% envisage de s'installer définitivement hors de France. Comme Aude, 22 ans, étudiante en droit des affaires à Paris qui dit «souhaiter s'installer définitivement à l'étranger si un emploi s'offre à elle après un second master hors de France». Mais ce souhait est corrélé avec l'âge. Si la moitié des étudiants veut partir à l'étranger, mais ils ne sont plus que 31% de 25 à 29 ans et 22% de 29 à 34 ans. «Les ruptures de vie comme l'installation en couple, l'achat d'un premier appartement et l'arrivée du premier enfant diminue ce désir de départ et semble ancrer les jeunes actifs en France», note Pauline Misset.

Plus de travail en perspective

Mais la morosité ambiante a une autre conséquence. On les croyait attachés à leur bien être, soucieux d'équilibrer plus que leurs parents vie familiale et vie professionnelle et moins enclins à enchaîner les métro-boulot-dodo. Las. Il semble que la crise ait fait voler en éclat aussi l'espoir d'un meilleur équilibre. Car ils ne sont que 15% à penser que leur vie professionnelle occupera une place moins importante dans leur vie par rapport à leurs parents. Et 29% pensent que cette part sera plus importante. «Ce sentiment est surtout présent chez les jeunes actifs de catégories socioprofessionnelles aisées, avec 37% qui pense devoir consacrer plus de place à leur travail» note Pauline Misset. A l'instar de Chloe, qui lâche: «Mes parents travaillaient déjà beaucoup, et je crois que je devrais en faire encore plus pour arriver à un niveau similaire...».

Dernier élément de l'étude, on y note plus que jamais un défilance vis à vis de l'engagement politique et syndical. Ils sont ainsi 80% à ne pas souhaiter dans les années à venir s'engager dans un mouvement politique, ni dans un syndicat. Et même plus de 40% à répondre: «Certainement pas». Seul engagement qui trouve grâce à leurs yeux, l'engagement associatif. Désenchantés peut-être, mais pas totalement défaitistes...

(*) Sondage réalisé du 7 au 12 novembre 2013 sur un échantillon représentatif de 505 jeunes âgés de 18 à 34 ans constitué selon la méthode des quotas, au regard des critères de sexe, d'âge, de catégorie socio-professionnelle après stratification par région.

November 14, 2013

Ireland Is to Exit Its Bailout, and Without a Safety Net 90,71

By [STEPHEN CASTLE](#)

LONDON — Ireland announced on Thursday that it would make a clean break from its international bailout program next month and do it without first seeking a precautionary credit line.

Ireland would become the first of four euro zone bailout nations to end its reliance on huge loans made during the worst months of the debt crisis. Ireland's bailout program will have totaled 67.5 billion euros or \$91 billion.

Ireland is seen as the best-performing of the four bailed-out economies; the others are Greece, Portugal and Cyprus. Its return to economic normalcy is an important psychological moment for Europe's single-currency zone, which is spasmodically emerging from its near-death experience.

Ireland's decision to improvise without a prearranged credit line from international lenders was seen as especially daring given Europe's shaky economic stance. The economy of the euro zone — the 17 E.U. members that use the euro — stagnated in the third quarter as output slowed in Germany, Europe's largest economy, and declined in France, the second-largest, Eurostat, the European Union's statistical agency, [reported](#) on Thursday.

Jonathan Loynes, chief economist at Capital Economics in London, said the gross domestic product report was "a clear blow to hopes that the period of market stability seen over the last year or so would translate into a solid and sustained economic recovery."

Ireland's banks are still laboring under a mountain of bad debt incurred during the property boom that preceded the country's economic crash, and extra capital may still be needed.

But a credit line might have come with conditions attached, and the Irish government said that, after discussions with other governments and with Chancellor Angela Merkel of Germany, it was confident it could manage a full return to economic sovereignty without the need for a special credit line.

In a statement, the Irish government contended that, having already raised some money on the bond markets, it held €20 billion, or \$27 billion, in cash reserves that could be used to meet maturing commitments and funding costs until early 2015. The interest rates on its sovereign debt are low and public finances under control, it added.

"This is the right decision for Ireland, and now is the right time to take this decision," Enda Kenny, the prime minister, told the Irish Parliament. "This is the latest in a series of steps to return Ireland to normal economic, budgetary and funding conditions."

Within the euro zone, there had been an intense debate over whether Ireland should request a credit line. Some said doing so would set a precedent and subsequently make it easier for other nations, like Portugal, to leave bailout programs with a credit line.

The decision to do without a credit line was also seen as a statement of confidence in the Irish economy and was welcomed by Christian Schulz, senior economist at Berenberg, who said Ireland could afford to "go it alone."

"Markets have been giving Ireland, much earlier than the Southern European countries, the benefit of the doubt."

Mr. Schulz added that a successful Irish exit from the bailout program could lift Portugal's prospects of regaining its economic sovereignty next year, possibly with some transitional help from international lenders. The four countries received bailouts from the troika of international lenders: the International Monetary Fund; the European Commission, which is the European Union's administrative arm; and the European Central Bank.

But economists are still concerned about the strength of the overall European economy and the latest G.D.P. figures did little to assuage that. The overall European Union, made up of 28 countries, grew 0.2 percent from the second quarter, and 1 percent on an annualized basis, Eurostat said.

On [an annualized basis](#), Europe's 0.4 percent growth compares poorly with the United States' annualized 2.8 percent third-quarter growth and the [1.9 percent Japan](#) reported on Thursday. China, the world's fastest-growing major economy, expanded at a robust 7.8 percent rate in the third quarter.

In Germany, growth in the three months that ended in September amounted to an annualized rate of 1.2 percent. France experienced a decline of about 0.4 percent. There was some positive news, as Spain and the Netherlands broke out of recession with 0.4 percent gains, and Britain led major European Union economies with 3.2 percent growth. But Italy continued to limp along with a 0.5 percent quarterly contraction.

Some Irish ministers did say publicly that they did not want to accept new economic conditions, beyond the steps they were already committed to taking under the bailout, in exchange for a standby credit line.

Ireland has been seen as a laboratory for the type of austerity measures favored by some Northern European creditor nations like Germany.

Christine Lagarde, the I.M.F. managing director, said on Thursday that the Irish authorities had established "a very strong track record of policy implementation."

"This bodes well as Ireland exits its E.U.-I.M.F.-supported program," she said in a statement. "Although uncertainties remain in Europe and the global economy more broadly, Ireland is in a strong position in terms of its bond yields and has built a sizable cash buffer. We look forward to continuing to work with the authorities as they address the challenges that remain."

By quitting the bailout scheme, Ireland will become fully reliant on bond markets to help finance its continuing operations and make good on payments to investors who have bought its debt.

But Ireland's existing loans to those international lenders will still need to be paid back and these repayments will take many years to complete, with the final one due in 2042.

Ireland has already tested its market access with some bond issues and in March sold €5 billion worth of 10-year bonds. The yield on the debt was 4.15 percent.

November 14, 2013

European Banking Unity Is No Easy Target

90,73

By [JACK EWING](#) and [JAMES KANTER](#)

FRANKFURT — Low interest rates have a dark side, the German central bank warned on Thursday, sounding a gloomy note as European finance ministers gathered in Brussels to discuss the politically tricky question of how to share responsibility for fixing sick banks.

Given that some German banks are among the euro zone's sickest, the confluence of events was a reminder of what is likely to be a long, hard struggle for the European banking system to regain its health.

A week after the European Central Bank cut its benchmark interest rate to 0.25 percent, the German Bundesbank issued a report on Thursday saying that banks and insurers in Germany were under a severe strain because interest rates were too low.

German banks, which traditionally generate most of their revenue from loans, can no longer charge interest high enough to make them as profitable as they need to be, the Bundesbank said. And German insurance companies are having trouble earning enough interest to deliver promised returns on life insurance policies.

The Bundesbank report illustrates how difficult it is to write policy that will help rebuild the euro zone's damaged banking system. What may be good for banks in some countries can be bad for others.

"When one looks at the low-interest-rate environment, one is tempted to say: One person's joy is another's pain," said Andreas Dombret, a member of the executive board of the Bundesbank.

He and other Bundesbank officials were careful not to criticize the European Central Bank. Mr. Dombret did not comment specifically on **last week's decision to cut rates**, but said he thought that low interest rates were justified because inflation was extremely low. Still, he said it was important to recognize that the low rates also have negative consequences.

"The low-interest-rate environment is placing a growing strain on the German financial system," Mr. Dombret said.

The Bundesbank warning came as euro area finance ministers began meetings in Brussels that will include work on the creation of a banking union to replace the current Balkanized system. **Europe's dysfunctional banks and the inability of many of them to issue credit are major impediments to growth**, which was only 0.4 percent in the 17 euro zone countries on an annualized basis in the third quarter, according to official data published Thursday.

One goal of the meetings, which will continue on Friday with the arrival of 11 other finance ministers from the European Union's non-euro countries, is to agree on how to help banks that are deemed short of capital, as a result of a review by the E.C.B. In that review, which is about to begin, the central bank plans a thorough assessment of about 130 of the zone's largest banks to determine if any have hidden problems and need to be recapitalized or shut down.

The finance ministers are expected to seek agreement to give countries with failing banks limited access to a shared pot of European money. **The ministers may also announce an accord making clear that creditors of failing banks will have to suffer and that national funds must be used before a country is permitted to apply for European funds as a last resort.**

The ministers could also recommend measures that would encourage mergers and acquisitions among banks from different euro zone countries, Mujtaba Rahman, the director for Europe of the Eurasia Group, a political consulting firm, wrote in a note to clients on Thursday.

Takeovers of weak banks by stronger ones would be another way to address problems in the euro zone financial system, as well as to reduce the oversupply of banks in countries like Germany, which makes it difficult for them to be profitable.

During the two days of meetings, the ministers will also try to make progress on creating an agency that could make decisions about when to restructure failing banks and **could reduce pressure on taxpayers to bail them out.** **Countries remain far from an agreement on the so-called Single Resolution Mechanism,** which European finance ministers have said they want in place by the end of the year. If the ministers cannot agree in coming weeks, European Union leaders might be left to decide at a meeting in December.

The seemingly endless debates among the bloc's finance ministers highlight a deepening gulf between countries like France, which advocate rapid access to shared European resources in the name of solidarity, and Germany, which remains reluctant to open the spigot because of fears it may be difficult to turn off.

The standoff is undermining the broader plan for a banking union in Europe that is aimed at breaking the link between banks and heavily indebted states, which has threatened to sink the single currency.

When the central bank cut its benchmark interest last week, it was reacting to a sudden drop in euro zone inflation, which fell to an annual rate of 0.7 percent in October, well below the bank's official target of about 2 percent. The decline raised the specter of deflation, a sustained fall in prices that can destroy the profits of companies and the jobs they provide.

Despite the extremely low rates, though, a scarcity of credit for small companies continues to plague the euro zone economy, the central bank said in a report it published Thursday.

The central bank surveyed 8,300 companies, most with fewer than 250 employees, on their access to credit. The companies reported that loans continued to become harder to get and that market interest rates rose.

Banks in Italy and other countries in Southern Europe are still struggling with huge portfolios of bad loans and are short of money to make new loans. At the same time, many companies have scant profits and so are not considered creditworthy. **Those problems have largely nullified the effects of a succession of E.C.B. rate cuts.**

German companies, by contrast, said that credit had become more available, according to the survey, in another indication of **the big gap in economic performance between Northern and Southern Europe.**

The problem for Germany is that interest rates are too low, the Bundesbank said in its report. German insurance companies are suffering because they cannot earn a reasonable return on money they collect in premiums and reinvest in safe assets. The low rates are a particular problem for companies offering life insurance that pays an annuity when the insured person reaches retirement, the Bundesbank said.

The Bundesbank also warned **that low interest rates could fuel asset bubbles, as investors buy risky assets in a desperate search for better returns.**

Partly as a result of low mortgage rates, property values in seven major German cities soared 24 percent from 2009 to 2012, the Bundesbank said, nearly five times the rate of the previous three years. They are expected to rise an additional 9 percent this year, the Bundesbank said.

The German central bank said it did not think the increase in property prices had become a threat to financial stability yet. But, Mr. Dombret said, "We will continue to keep a close eye on the situation."

Jack Ewing reported from Frankfurt and James Kanter from Brussels.

Haushaltspläne 2014

EU warnt Frankreich, Italien und Spanien

90,75

15.11.2013 · Nach Prüfung ihrer Haushaltspläne für 2014 warnt die EU-Kommission Frankreich, Italien und Spanien. Deutschlands Entwurf bekommt Lob. Kritik gibt es allerdings am hohen Exportüberschuss.

Die EU-Kommission hat Frankreich, Italien und Spanien nach Prüfung ihrer Haushaltspläne für das kommende Jahr eine Warnung erteilt. Der Budgetentwurf Frankreichs folge den EU-Vorgaben, lasse der Regierung in Paris aber „keinen Spielraum“, sagte EU-Währungskommissar Olli Rehn am Freitag in Brüssel. Deutschlands Haushaltsentwurf bekam Lob, allerdings soll auch die Bundesregierung noch Aufgaben erfüllen.

Es ist das erste Mal, dass die EU-Kommission eine Stellungnahme zu den Haushaltsentwürfen der Euro-Länder für das kommende Jahr abgibt. Diese verstärkte Überwachung hatten die Europäer als Reaktion auf die Schuldenkrise beschlossen. Zwar ist die Stellungnahme der Kommission nicht bindend, sie kann aber überarbeitete Budgetpläne verlangen. Ausgenommen waren die Staaten, die Hilfe aus dem Euro-Rettungsfonds erhalten und deswegen sowieso unter strenger Aufsicht stehen; Griechenland, Irland, Portugal und Zypern.

Mit Frankreich, Italien und Spanien erhalten die nach Deutschland drei größten Volkswirtschaften der Eurozone eine Warnung aus Brüssel. Frankreichs Haushalt und bereits beschlossene Maßnahmen seien ausreichend, um fristgerecht bis 2015 sein Defizit abzubauen, urteilte die EU-Kommission. Allerdings habe die Regierung in Paris „keinen Spielraum“, warnte Rehn. „Ziemlich umfassende Anstrengungen werden in den kommenden Jahren benötigt, um in der Spur zu bleiben.“

Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici zeigte sich zufrieden mit dem Zeugnis aus Brüssel. „Das ist eine Art von Beglaubigung der haushaltspolitischen Ernsthaftigkeit der französischen Politik“, sagte Moscovici der Nachrichtenagentur AFP. Die Finanzpolitik seiner Regierung sei „vollkommen bestätigt“ worden.

Ermahnung auch für Deutschland

Sorge bereitet der EU-Kommission Italien: Ausgehend von ihrer Herbstprognose 2013 sieht die Kommission das Risiko, dass die Haushaltsplanung 2014 Rom „möglicherweise nicht in die Lage versetzen wird, 2014 den Richtwert für den Schuldenabbau einzuhalten“, hieß es. Spanien droht demnach, im Rahmen des Haushalts 2014 sein Defizitziel nicht zu erreichen. Rehn forderte die Regierung in Madrid auf, ihren Haushaltsplan zu überarbeiten.

Deutschlands Budgetentwurf halte die EU-Vorgaben zu Schuldenstand und Defizit „sicher“ und „ohne Zweifel“ ein, sagte der EU-Wirtschaftskommissar. Sobald die neue Bundesregierung steht, solle sie einen aktualisierten Haushaltsplan abgeben. Doch ohne Ermahnung kommt auch Deutschland nicht davon: Die Regierung in Berlin habe „keine Fortschritte“ bei der Umsetzung der haushaltspolitischen Empfehlungen der EU aus dem Sommer gemacht, hieß es.

„Diese Empfehlungen gelten noch immer“

Dabei wurde die Bundesregierung etwa aufgefordert, die Steuer- und Abgabenlast besonders für Geringverdiener zu senken und den Dienstleistungssektor zu öffnen, um die Binnennachfrage zu stärken - dies war in dieser Woche schon einmal Thema, als Deutschland von der EU-Kommission einen Rüffel für seinen anhaltend hohen Exportüberschuss bekam. Zudem solle die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt gestärkt werden durch mehr Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, forderte die Kommission.

„Diese Empfehlungen gelten noch immer“, sagte Rehn. „Ich kann nur darauf vertrauen, dass sie während der Koalitionsverhandlungen ernst genommen werden.“ Rehn bezeichnete die erstmalige Prüfung der Haushaltsentwürfe als „Meilenstein“ auf dem Weg zu einer gestärkten gemeinsamen Wirtschaftspolitik. In einer Wirtschafts- und Währungsunion könnten nationale Haushaltsentscheidungen Auswirkungen weit über nationale Grenzen hinaus haben.

Inflation

The price is a blight

90,76

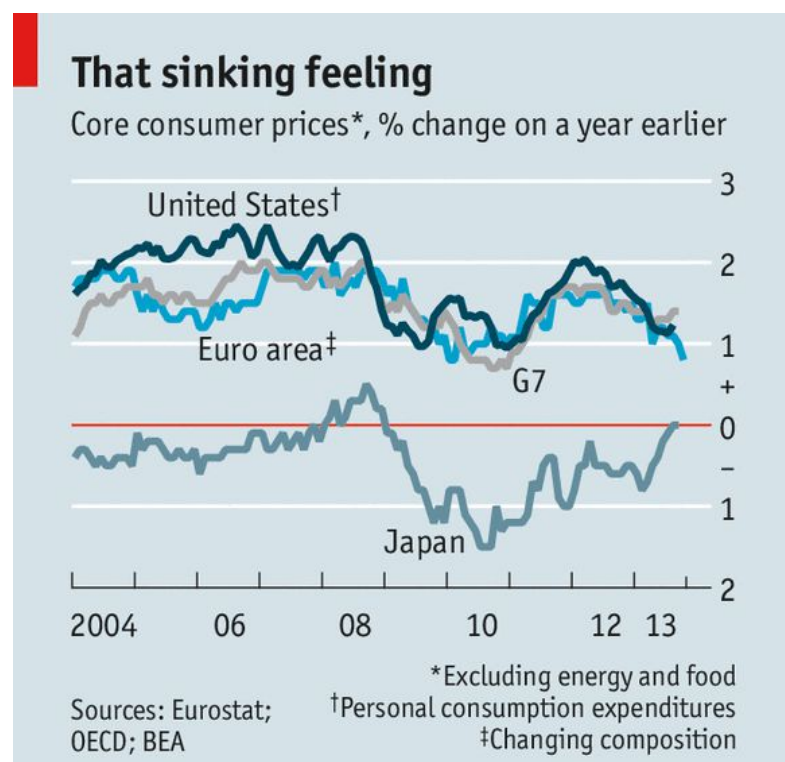
The rich world, and especially the euro zone, risks harmfully low inflation

Nov 9th 2013 | [From the print edition](#)

WHEN central banks adopted “quantitative easing” (printing money to buy financial assets) and other unorthodox means to buoy economies holed by the financial crisis, many feared that the result would be out-of-control inflation. Asset prices have certainly soared. But consumer prices have not. Indeed, the growing fear is that rich countries may be entering a twilight zone of ultra-low inflation.

A downward lurch has been most notable in the euro area, where annual inflation dropped from an already low 1.1% in September to 0.7% in October; a year ago it stood at 2.5%. It is now a percentage point lower than the European Central Bank’s inflation target of “below but close to 2%”. The ECB lowered its main policy rate to 0.5% in May; on November 7th its governing council, responding to the weak inflation figures, reduced the interest rate further, to 0.25%.

Elsewhere, too, inflation is low and falling. Almost five years after the Federal Reserve led the way with quantitative easing, inflation is well below the Fed’s 2% target (which relates to a somewhat broader measure of consumer prices than the better-known consumer-price index). In August this wider measure stood at little more than 1%. Across the G7 economies, inflation has been weak this year and has recently fallen back to 1.3%; a year ago it was 1.8%. Even in Britain, which has the highest inflation (2.7%) in both the G7 and the European Union, the rate has been broadly stable this year.



Slack energy prices have contributed to recent declines in overall inflation. That is a welcome development, boosting the purchasing power of both businesses and households. But core inflation, which by excluding the more volatile elements of energy and food offers a surer guide to underlying price pressures, tells a less

heartening story. Across the G7 core consumer-price inflation has been stuck over the past year at 1.4% (see chart). On the Fed's measure it is just 1.2%. And in the euro zone, core inflation has fallen over the past year from 1.5% to 0.8%, matching the record low of early 2010.

One bright spot that has helped to keep G7 inflation from falling further is Japan, where the reflationary drive of Shinzo Abe, the prime minister, is stoking hopes that the past decade and a half of deflation may at last be coming to an end. Overall inflation has risen to 1.1%—higher than in the euro area—and core inflation is now at zero. But the immense difficulty that successive Japanese governments have encountered in trying to escape the shackles of deflation serves as a warning of the danger of letting inflation fall too low. Once people start to anticipate declining rather than rising prices, it can be very hard to reverse their expectations.

Abandoning reserve

That danger is less acute in America than in the euro area largely because the Fed is more proactive than the ECB. It surprised the markets in September by sustaining quantitative easing at its present pace of \$85 billion of asset-purchases a month, rather than starting to curb it. A study by economists at the Federal Reserve, published this week, has fuelled speculation that it may keep interest rates at rock bottom even longer by lowering the level of unemployment at which it will consider rate increases from the current 6.5% (see [Free Exchange](#)).

By contrast, the euro area looks increasingly vulnerable to a slide into deflation. Although the region emerged this spring from a painfully protracted double-dip recession, the recovery is expected to be a feeble one. GDP will fall by 0.4% this year and rise by only 1.1% in 2014, according to forecasts from the European Commission published on November 5th.

Such weak growth is unlikely to overcome the forces pushing inflation down. Output will remain well below its full potential next year, estimates the commission; all that idle capacity acts as a drag on prices. Unemployment across the euro area will stay stuck at a woefully high 12.2%, which will keep wages down. The strength of the euro will also exert a downward pull. It has been trading this week at \$1.35, more than 5% higher than a year ago; on a trade-weighted basis it is 8% higher.

Very low inflation in the euro zone makes it much more difficult for uncompetitive countries, predominantly in southern Europe, to regain lost ground. Workers tend to resist nominal cuts in pay more fiercely than they do the subtler erosion of their income through inflation. If inflation in the countries with which the weak economies trade is high, they can improve their competitiveness simply by keeping their rate lower. That is in essence how Germany gained a big edge in the first decade of the euro.

But with overall inflation so low, peripheral countries must instead adjust through outright deflation or something close to it, meaning a freeze or absolute cuts in wages. Already, in September, when euro-wide inflation was 1.1%, prices were falling by 1% in Greece. They were flat in Ireland and rising by just 0.3% in Portugal.

A sustained period of deflation would be particularly hard on the euro zone's periphery, weighed down by debt. Cyprus, Ireland, Portugal and Spain have high public and private debt; Greece and Italy have high public debt. When prices are falling, debt, which is fixed in nominal terms, becomes more onerous in real terms. Higher inflation, in contrast, makes escaping heavy debt much less burdensome.

Central banks have had to move beyond past orthodoxies in order to coax a modest recovery from the ruins of the financial crisis. Now, to avoid the blight of stagnating or falling prices, they may have to venture still further into unconventional territory.

Dr Jens Weidmann President of the Deutsche Bundesbank

The euro area caught between individual responsibility and joint liability: might Switzerland point the way? 90,78

Speech at the Swiss-German Chamber of Commerce

- [1 Introduction](#)
- [2 The flaws in European Monetary Union](#)
- [3 Might Switzerland point the way?](#)
- [4 Conclusion](#)

1 Introduction

Ladies and gentlemen, thank you very much for your invitation. I am delighted to have the opportunity to speak to you today.

The title “birthplace of the euro” has not been officially given, but in the public perception there is probably one clear favourite. If an opinion poll were held, the Dutch city of Maastricht would surely have the best chance of taking the title. After all, the treaty was signed in Maastricht in 1992 and has since been the foundation underpinning European Monetary Union.

Yet the Maastricht Treaty was the result of long and intensive negotiations which, in turn, were largely based on the report presented by a group of high-level experts under Jacques Delors, then President of the European Commission. Between June 1988 and April 1989, the Delors Committee, as it was called, met here in Basel – on neutral ground, as it were. Thus, Basel would also have some justification in calling itself the “birthplace of the euro”.

Up until then, the birth of the euro was the pinnacle of the process towards European unity, a process which many did not imagine possible following the devastations of the Second World War. Yet the inconceivable became conceivable as a result, amongst other things, of a speech which Konrad Adenauer later described in his memoirs as giving “decisive impetus” to European unity. That celebrated “speech to the academic youth” was delivered by Winston Churchill at the University of Zurich in September 1946.

After reminding his audience in vivid terms of the horrors of the Second World War, he painted a vision of a united Europe: “Yet all the while there is a remedy which, if it were generally and spontaneously adopted by the great majority of people in many lands, would as if by a miracle transform the whole scene, and would in a few years make all Europe, or the greater part of it, as free and as happy as Switzerland is today. What is this sovereign remedy? It is to recreate the European Family, or as much of it as we can, and to provide it with a structure under which it can dwell in peace, in safety and in freedom. We must build a kind of United States of Europe.”

True, Switzerland is not a member of the European Union, but on a number of occasions it has proved itself to be the midwife to European ideas – and when we compare Switzerland with the euro area it soon becomes obvious that it can continue to play this part.

The debt crisis has laid bare cracks in the architecture of monetary union. The founders of the single currency area were only too aware that excessively high public or private debt levels or a lack of competitiveness on the part of individual countries could jeopardise the stability of monetary union as a whole. But as we discovered the hard way, the precautions that had been taken to ward off these dangers were insufficient.

By contrast, Switzerland shows itself to be remarkably stable – even though the Swiss fiscal policy structures in particular resemble those in the euro area in many respects. This is the case, for instance, with regard to the high degree of autonomy the Swiss cantons enjoy in defining their fiscal policy.

That is why I want to talk today about what the euro area can learn from Switzerland. My speech is composed of two parts. In the first part I will look at the institutional framework of European Monetary Union and examine what caused the euro area to flounder. In the second part, based on my comparison with Switzerland, I will make some suggestions as to how European Monetary Union might be strengthened. So let me begin with the architecture of monetary union.

[To the top](#)

2 The flaws in European Monetary Union

The introduction of the euro was, at that point, the most significant step towards economic integration in the history of the European Union. Given its vast implications, it was a leap rather than a step. The remarkable thing about this jump is its asymmetry. In ski jumping one would speak of a Telemark landing, for whereas monetary policy was communitised, fiscal policy remained a matter of national responsibility.

This is not necessarily a bad thing in itself – after all, the Telemark landing has become an established standard in ski jumping. But to be sure of a safe landing and to maintain control after landing, certain points have to be heeded.

And so it is with monetary union. The combination of a single monetary policy and decentralised fiscal policy can further compound the tendency of governments to finance their spending through debt, thereby undermining the stability of monetary union.

If all the other countries were to leave their fiscal policy unchanged, the additional debts of one country would have the effect of increasing the overall demand for loans, and with it the level of capital market interest rates in the euro area, only slightly. Nevertheless, the increase would affect all the countries because part of the cost of debt would be passed on to others, producing a greater incentive to take on more debt.

To keep monetary union on track in spite of these dangers, the founders of European Monetary Union drew up the fiscal rules enshrined in the Stability and Growth Pact, which cap deficits at 3% and total debt at 60% of GDP.

However, these rules had only a limited effect. If one country breached the rules, it was down to the finance ministers of the other euro-area countries to decide on possible sanctions. Game theory leaves us in little doubt as to the outcome of such an arrangement. Or to be more blunt, we might use the words of Otmar Issing, former chief economist of the ECB, who described the situation as one in which potential sinners pass judgement on actual sinners.

The Stability and Growth Pact was not the only safeguard against excessive government debt, however. National responsibility also means that member states be held responsible for the consequences of their own decisions. That is why the Maastricht Treaty explicitly rules out the assumption of debt by the European Union or by other member states. This liability principle was intended to have a disciplining effect in that

member states running unsound fiscal policies or dubious economic policies would only be able to borrow at worse terms, since investors would demand compensation for the risk they were taking.

However, the disciplining by the markets which, it was hoped, would result from the no bail-out clause failed to materialise. For many years, Greece was highly indebted, but paid little more for its debt than Germany or France. Why that should be is quite easy to explain. And this is where Basel again enters the scene to play an important role.

At around the same time as the Delors Committee, another committee was meeting in Basel – the Basel Committee on Banking Supervision – and made what proved to be a momentous decision for the euro area. The new common set of international capital rules stipulated that government bonds issued by developed countries in their own currency be valued as risk-free assets. This meant that banks did not have to back them with capital.

The European Union, too, translated these rules into European law, despite the no bail-out clause anchored in the Maastricht Treaty. That, of course, robbed the no bail-out rule of some of its credibility. After all, classifying government bonds as risk-free and therefore default-proof is at odds with the no bail-out rule. And if banks do not build up any kind of buffers against sovereign exposures, sovereign default will pose a direct threat to their solvency: a financial crisis cannot then be ruled out.

That is why the principle of individual national responsibility has so far only been applied to a limited extent. Nor did the measures that were taken to combat the crisis exactly bolster this principle. It was in response to the risk of contagion which emerged when the crisis broke out – and which was probably underestimated when monetary union was created – that the rescue packages were set up.

Although they have helped stabilise the euro area, the balance between liability and control has been thrown even more out of kilter because of them. While fiscal policy decisions are ultimately still made at the national level, joint liability has been considerably expanded. Rather than the Telemark landing, this increasingly invites comparisons with performing the splits – which does not make a safe landing any more likely.

[To the top](#)

3 Might Switzerland point the way?

Ladies and gentlemen, so what can the euro area learn from Switzerland about restoring the balance between control and liability? Before I look into this question, it is worth remembering that for all the structural similarities between these two currency areas, Switzerland and the euro area differ considerably in a number of respects, one of which is fiscal policy.

A key component of Swiss fiscal policy – albeit one which cannot be readily transposed to the euro area – is the principle of direct democracy which gives the general public a say in fiscal decisions, especially at the cantonal and local government level.

Studies^[1] suggest that cantonal referendums tend to curb spending. This effect is hard-wired into their very design – referendums can only be used to reduce spending, not increase it. In some cantons, they are mandatory for projects costing more than a certain threshold; in others, they are optional.

Yet one thing remains consistent throughout. The taxpayer, who ultimately foots the bill, has a direct say in how much money is spent. In my view, this way of striking a balance between control and liability is not a model which can be transposed to the euro area. But its general thrust does point the way.

Referendums are not the only instruments which Swiss cantons and local governments use to strike a balance between control and liability. Another crucial element in their fiscal policy toolkit is the no bail-out regime for local governments^[2].

But up until ten years ago, no one was quite sure whether a canton really was exempt from the obligation to bail out an insolvent municipality within its jurisdiction. The answer to this question came in the court ruling handed down in the Leukerbad case, which stated that the canton in question, Valais, was not obliged to bail out its highly indebted municipality Leukerbad. Ever since, the financial markets have also acknowledged the no bail-out regime as a credible policy, as indicated, amongst other things, by the fact that yields on bonds issued by cantons which are home to municipalities facing financial problems have dropped since the court ruling.

Yet how can the principle of individual fiscal responsibility be reinforced among the member states of the euro area? It is a journey which begins in Basel, or, to be more precise, with the preferential regulatory treatment afforded to sovereign bonds. As I mentioned earlier in my speech, this preferential treatment not only sends out conflicting signals about whether a sovereign insolvency is even a permissible concept for legislators. It also makes such a scenario appear unrealistic not least because a sovereign default without appropriate capital buffers at banks would quite likely trigger a financial crisis.

So first, government bonds should be adequately backed with capital, and second, banks should hold loans to individual sovereign debtors only up to a certain level. In a nutshell, over a medium-term horizon, government bonds need to be treated just like other bonds or loans to enterprises.

From a financial stability perspective, particular problems are posed by the fact that banks often only hold government bonds issued by a single country in their books – those of their home country. The consequences of this are two-fold. Not only do banks have no capital backing for these government bonds; their risk is also concentrated in just one country. This will need to change to give credence to the no bail-out regime.

The bottom line of national responsibility is that sovereign insolvencies and insolvencies of large banks should also be possible without jeopardising the stability of the European financial system as a whole. The tightened capital rules for banks, which are designed to enhance financial sector resilience, naturally also contribute to achieving this goal. So this is another area in which Basel plays a crucial role. But this time, it is Basel III which I am talking about. No less important is a stricter supervisory regime like the one which Europe is looking to achieve by establishing the banking union.

But even a credible no-bailout regime will only have the intended disciplining effect when doubts begin to emerge over a country's fiscal soundness. That is why it is also important to combat the particular incentives inherent in a monetary union to run up debts – a goal which the monetary union's founders had originally sought to achieve – so that things don't get out of hand in the first place.

Hence the need for effective fiscal rules. Switzerland has a wealth of experience in applying fiscal rules. Its national debt brake has been up and running since 2003, since which time debt has roughly levelled off, and the debt ratio has been on the decline. But we can glean more detailed insights from the cantonal fiscal rules, which are now in place in nearly all the country's cantons. Available research reveals that stricter cantonal debt brakes also prove to be more effective ^[3].

Bearing this in mind, a rule allowing potential sinners to pass judgement on actual sinners would have little prospect of success. The euro-area member states have already tightened the groundrules by rolling out the revised Stability and Growth Pact and the Fiscal Compact, making it much more difficult now for finance ministers to turn down the Commission's recommendations.

So it is now mainly up to the Commission to make the next move. The first time the Commission applied the new rules, it showed itself to be very elastic, granting Spain, France, Slovenia and Cyprus longer deadlines to make adjustments than those actually envisaged in the Stability and Growth Pact.

I believe that such exemptions should be made only in well-founded exceptional cases. For this ultimately weakens the structural consolidation requirements and pushes them into the future. Making exceptions for a large number of countries simultaneously undermines the disciplining effect of the fiscal rules.

So it remains to be seen how, and to what extent, the new Stability and Growth Pact will actually reinforce fiscal discipline. Perhaps enshrining debt brakes in national legislation, as envisaged by the Fiscal Compact, can provide a further impetus in that direction.

[To the top](#)

4 Conclusion

Ladies and gentlemen, the crisis may be widely dubbed the “sovereign debt crisis”, but excessive public sector debt was not its only cause. A lack of competitiveness on the part of some member states, and excessive developments in the banking sector also played a decisive role in bringing about the crisis. But if I were to now discuss the macroeconomic imbalance procedure which was set up in response to the excessive economic misalignments, or the banking union, I would take all evening.

That’s why I have confined my speech to just a few aspects of the regulatory framework, not least because these are precisely the areas in which Switzerland can offer valuable insights into how existing weaknesses can be rectified. While it is true that not all the components of Switzerland’s fiscal federalism can be transposed to the euro area, the concept at the heart of the Swiss model – striking a balance between control and liability – can, and should, offer us some guidance for reforms in the euro area.

Restoring a regulatory framework that can stand the test of time is a challenging task. But I am certain that we will only bring about a more stable monetary union once this task has been overcome. Or, as Winston Churchill once aptly put it, “difficulties mastered are opportunities won”.

Thank you for your attention.

Footnotes:

[1] Kirchgässner, Gebhard (2013): Fiscal Institutions at the Cantonal Level in Switzerland University of St. Gallen Discussion Paper no. 2013-04

[2] Feld, Lars P, A Kalb, M-D Moessinger and S Osterloh (2013), Sovereign, Bond Market Reactions to Fiscal Rules and No-Bailout Clauses: The Swiss Experience, Centre for European Economic Research (ZEW), Discussion Paper No.13-034.

Geldpolitik

Frankreichs Notenbank lobt die Einigkeit in der EZB

90,83

15.11.2013 · Ist der Rat der EZB über die Geldpolitik uneinig? Nein, sagt Frankreichs Notenbankgouverneur Christian Noyer im Gespräch mit der F.A.Z.: Es gebe kein Nord- und Südlager.

Von CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS



© HAMILTON/REA/LAIF ☒ Christian Noyer: Angst vor „Zombie-Banken“ hat er nicht.

Der französische Notenbankgouverneur Christian Noyer hat die Europäische Zentralbank (EZB) vor dem Vorwurf der Spaltung in Schutz genommen. Das höchste Entscheidungsgremium, der EZB-Rat, sei nicht zwischen Vertretern von Nord- und Südländern zerstritten, sagte Noyer im Gespräch mit der F.A.Z. „So wie ich das erlebt habe, herrschte in der vergangenen Woche Einstimmigkeit über das Prinzip einer Zinssenkung. Die Debatte drehte sich um das Timing und um die Ausgestaltung zusätzlicher Maßnahmen“, sagte Noyer, der das dienstälteste Mitglied des EZB-Rates ist.

„Ich habe den Eindruck, dass in allen Euroländern bestimmte Ökonomen oder Politiker, die grundsätzlich gegen den Euro sind, die Mitgliedsländer gegeneinander aufbringen wollen. Doch das wird unseren Zusammenhalt nur noch stärken“, sagte Noyer. Namen nannte er nicht.

„Wenn ich lese, dass es ein Nord- und ein Südlager gibt, so ist das völlig falsch,“

In französischen Notenbankkreisen ist unter anderem aber die Kritik von Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn an der Zinssenkung der vergangenen Woche mit Verärgerung aufgenommen worden. Sinn hatte dem EZB-Präsidenten Mario Draghi vorgeworfen, den Südländern billige Kredite zukommen zu lassen, obwohl die europäischen Rettungsschirme für die Krisenländer zuständig seien.

Der Gouverneur der Banque de France weist derartige Vorwürfe zurück. „Wir sind alle überzeugt, dass wir den gesamten Euroraum zu verteidigen haben und nicht Partikularinteressen“, sagte er über die Mitglieder des EZB-Rates. Nach seinen Worten gehört eine Debatte über den Zeitpunkt geldpolitischer Maßnahmen zum Alltag einer Notenbank. „Wenn ich lese, dass es ein Nord- und ein Südlager gibt, so ist das völlig falsch. Es gibt in allen Regionen des Euroraums Neigungen in die eine oder in die andere Richtung.“ Der EZB-Rat habe die Zinsen gesenkt, damit die Inflation nicht dauerhaft unter dem Zielwert von 2 Prozent bleibe.

„Die deutsche Exportstärke ist ein positiver Faktor für den ganzen Euroraum“

In der Debatte über die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse forderte Noyer Deutschland zu zusätzlichen Anstrengungen auf – doch nicht zu Lasten seiner Exporte. „Die deutsche Exportstärke ist ein positiver Faktor für den ganzen Euroraum. Je mehr Autos beispielsweise BMW in China verkauft, desto besser für die Unternehmen im Euroraum. Dazu gehören auch viele Zulieferer außerhalb Deutschlands, etwa in Frankreich oder Italien.“ Es sei aber richtig, dass die Deutschen noch mehr für ihren Inlandskonsum tun könnten, indem sie den Dienstleistungssektor ausbauen. „Mehr Kindergartenplätze könnten etwa dafür sorgen, dass mehr junge Mütter berufstätig bleiben, Einkommen beziehen und damit mehr konsumieren. Das würde die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sogar stärken.“ Auch die Liberalisierung von reglementierten Berufen und von Ladenöffnungszeiten könnte den Konsum beflügeln. Deutschland solle aber seine Wettbewerbsvorteile, auch in Bezug auf die niedrigen Lohnstückkosten, nicht aufs Spiel setzen, sagte Noyer. Darunter würde der ganze Euroraum leiden.

Für Frankreichs Präsident François Hollande und seine Regierung, die derzeit mit landesweiten Protesten gegen die Steuererhöhungen konfrontiert sind, hält der Notenbankchef dagegen andere Ratschläge parat: Er fordert dazu auf, anstelle mit Steuererhöhungen endlich mit Ausgabenkürzungen gegen die Staatsverschuldung vorzugehen. „Es gibt eine Grenze für Steuererhöhungen. Besonders die Unternehmen brauchen jetzt Stabilität“, sagte Noyer. Zur Ausgabenreduzierung schlägt er etwa vor, die sich überlappenden Verwaltungsebenen zwischen dem Zentralstaat sowie den regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften zu vereinfachen. „Ich möchte die Regierung ermutigen, bei der Reform des Arbeits- und der Gütermärkte viel weiter zu gehen. Wir brauchen mehr Flexibilität.“ Die Franzosen seien bereit dazu. „Wenn die Strategie mit Klarheit vertreten wird, dann können die Franzosen das verstehen. Sie müssen aber das Gefühl haben, dass die Anstrengungen gleichmäßig verteilt sind und die Reformen die Verwaltung nachhaltig verbessern.“

Den Franzosen müsse auch erklärt werden, dass ihr Sozialmodell, an dem sie sehr hängen, nur durch Kürzungen erhalten werden könne. „Natürlich ist das niemals leicht. Lobbygruppen kämpfen dagegen an, doch das ist kein französisches Phänomen. Die sogenannten Peripherie-Länder des Euroraumes haben in den vergangenen beiden Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, die heute Früchte tragen.“ Ausgabenkürzungen belasteten das Wachstum mittelfristig auch weniger als Steuererhöhungen.

Als EZB-Gouverneur hält Noyer eine Erholung der französischen Wirtschaft auch im Interesse des Euroraums für unerlässlich. Dort hofft er auf eine Genesung des Bankensektors, zu der die anstehende Bilanzprüfung der EZB einen wichtigen Beitrag leisten soll. Angst vor „Zombie-Banken“, die nur vom billigen Geld der Zentralbanken leben, hat er nicht. „Solche Einschätzungen sind stark übertrieben. Sie kommen von Beobachtern oder Institutionen außerhalb des Euroraumes, die zweifellos Hintergedanken haben.“

Doch die Euro-Krise sei noch nicht ausgestanden. Selbst über negative Einlagenzinsen habe der EZB-Rat diskutiert. Sein Pulver für weitere Stimulierungsmaßnahmen sei noch nicht verschossen, meint Noyer. Zur Bekämpfung möglicher Immobilienblasen in Deutschland empfiehlt er, dass die Aufsichtsbehörden einschreiten und etwa den Banken in gefährdeten Regionen zur Kreditverteuerung höheres Eigenkapital vorschreiben. In Frankreich habe man sich auch für die Freigabe von mehr Bauland eingesetzt.

LE MONDE | 15.11.2013 à 12h04 • Mis à jour le 15.11.2013 à 12h42

Si qui que ce soit l'ignore encore, il n'en sera plus de même dans quelques jours : en cas de victoire du « onze » tricolore – et plus encore en cas de défaite –, l'on imagine déjà l'avalanche de commentaires de toute nature, sportifs ou philosophiques, politiques ou sociologiques, peut-être bien même psychanalytiques ! Tant le sport en général et le football en particulier apparaissent comme le révélateur, anecdotique, certes, mais impitoyable, de l'esprit des nations.

Cela ne date pas d'hier – et n'est pas réservé à la France. Mais, depuis quinze ans, les performances de notre équipe de football reflètent fidèlement l'état du pays, de ses rêves fugaces autant que de son pessimisme insondable, de ses victoires improbables ou de ses étranges défaites.

Lire l'entretien avec Mickäel Landreau "Ne pas aller au Brésil serait une catastrophe"

Personne n'a oublié ce fameux mois de juillet 1998 qui vit Zinédine Zidane et ses camarades remporter pour la première fois une Coupe du monde.

Cette équipe « black-blanc-beur » avait paru symboliser, l'espace d'un été, une France soudée et conquérante, talentueuse et modeste, capable de faire de son métissage une force collective. L'économie nationale retrouvait une croissance à plus de 3 %, la courbe du chômage s'inversait, et le président et le premier ministre qui cohabitaient à l'époque, MM. Chirac et Jospin, atteignaient des popularités record.

Depuis, la dégringolade de l'équipe de France semble une métaphore cruelle de celle du pays. En quelques années, elle est passée de la 2e à la 21e place au classement mondial de la FIFA, cette agence de notation du football mondial aussi sévère que Standard & Poor's.



Tout y a contribué. Le « coup de boule » de Zidane lors de la finale inespérée au Mondial 2006. Les sifflets qui accueillirent *La Marseillaise* lors d'un match entre la France et la Tunisie au Stade de France en 2008. La main frauduleuse de Thierry Henry qui permit, il y a quatre ans, la qualification pour le Mondial 2010. La débâcle morale et sportive qui s'ensuivit en Afrique du Sud et tourna au psychodrame national. Sans compter les piètres prestations de ces dernières années, sur le terrain.

Lire l'entretien avec Noël Le Graët : "L'équipe de France mérite une union nationale"

Ce qui avait été adulé fut, dès lors, vilipendé. Talents trop gâtés et trop vite gâchés, personnalités médiocres, ego tourmentés, salaires de stars que ne justifieraient, aux yeux des Français englués dans la crise, que des résultats éclatants, jeu poussif, effort collectif intermittent ou absent : l'on est

passé de l'enthousiasme au désamour, de l'union nationale à la démobilisation, de la fierté à l'indifférence, voire au mépris.

Les Bleus offrent donc un reflet saisissant du malaise protestataire qui taraude le pays, ils nourrissent un plaisir presque masochiste pour l'autodénigrement. Et, comme souvent en France, l'on s'en remettra à un joueur d'exception, un homme providentiel, pour sortir de l'ornière. Hier, ce furent Michel Platini ou Zinédine Zidane ; aujourd'hui, le « sauveur » supposé s'appelle Franck Ribéry.

En cas d'échec, lui et ses camarades seront voués aux gémonies. En cas de succès, il leur faudra encore beaucoup d'efforts et de panache, dans six mois au Brésil, pour que les Français retrouvent le chemin de la confiance.

Perte du AA+ : pourquoi Paul Krugman a tort

90,87

LE MONDE | 14.11.2013 à 17h30 • Mis à jour le 15.11.2013 à 16h34 | Par Philippe Aghion (Professeur d'économie à l'université d'Harvard)



Dans son blog daté du 8 novembre et intitulé « Ideological Ratings », l'économiste Paul Krugman fustige la dégradation par Standard & Poor's de la note française de AA + à AA. Il l'attribue à des considérations purement idéologiques, à une volonté délibérée et partagée avec la Commission européenne de remettre en cause le modèle social français. En même temps Paul Krugman avance l'idée que nous ne savons rien sur les déterminants de la croissance économique et en particulier que rien ne prouve que la politique française de réduction des déficits publics essentiellement par l'impôt porte atteinte au potentiel de croissance.

Je suis tout sauf un défenseur de Standard & Poor's. En 2008, les agences de notation n'ont pas vu venir la crise des subprimes et surtout ils ont octroyé des triple A à des actifs financiers qui ne le méritaient pas. Puis, deux ans plus tard, ils ont donné dans l'excès inverse, en se montrant trop alarmistes et par suite en précipitant des pays de la zone euro dont la dette publique était relativement sous contrôle, comme l'Espagne, dans la récession.

Je ne suis pas davantage un défenseur de l'ultralibéralisme ni un apôtre du démantèlement de l'Etat. Tout d'abord parce qu'il faut protéger les plus vulnérables et aider les individus à réagir aux pertes d'emplois liées à l'innovation. Ensuite, parce que l'Etat a vocation à investir dans l'économie du savoir et dans l'innovation.

Pour autant, je suis en désaccord avec Paul Krugman sur au moins deux points. Tout d'abord, avec l'idée que nous ne savons rien sur les politiques de croissance qui marchent. Au contraire, une littérature académique florissante montre les effets positifs sur l'innovation et la croissance d'une plus grande concurrence sur le marché des biens, de davantage de flexibilité sur le marché du travail, d'investir mieux dans l'enseignement et la recherche, et de conduire des politiques budgétaires et fiscales plus contracycliques.

Ensuite, je ne partage pas l'idée qu'une politique de réduction des déficits uniquement par l'impôt est sans conséquence pour l'emploi et la croissance. La comparaison entre la France et des pays comme l'Australie, le Canada, les Pays-Bas, et la Suède suggère en fait exactement le contraire. Ces pays ont choisi de remettre à plat leurs missions publiques afin de réduire leurs dépenses, plutôt que de s'attaquer comme la France au problème des déficits principalement à travers une augmentation massive des impôts.

Ces pays ont ainsi pu maîtriser leurs déficits et dettes publics sans recourir à une ponction fiscale excessive, tout en maintenant leurs investissements dans les domaines porteurs de croissance, à commencer par l'éducation et la recherche. En faisant repartir l'emploi et la croissance, ces pays ont su préserver leur modèle social et en même temps s'affranchir du pouvoir des agences de notation.

L'exemple suédois est particulièrement illustratif : une dette publique élevée (proche de 85 % du PIB), un chômage élevé, et une production en stagnation en 1990 ; ensuite une réforme radicale de l'Etat, avec en particulier les effectifs dans le secteur public qui sont passés de 1,7 million dans les années 1990 à environ 1,3 million aujourd'hui, tandis que l'emploi dans le secteur privé est passé de 2,8 millions à 3,25 millions. Ainsi, le surcroît d'activité du secteur privé a plus que compensé la contraction du secteur public.

Ces réformes ont permis à la Suède de devenir l'un des pays les plus performants de l'OCDE, avec un taux de croissance annuel de plus de 3 % en moyenne sur les trois dernières années, et des finances publiques rééquilibrées tout en demeurant le deuxième pays le moins inégalitaire au monde.

Plus généralement, les comparaisons internationales montrent que les ajustements reposant sur les réductions de dépenses publiques ont permis derétablir la croissance, tandis que l'ajustement basé sur des chocs fiscaux a entraîné des récessions fortes et prolongées.

Pourquoi une réduction des dépenses publiques améliore-t-elle le climat au sein des entreprises ? Tout simplement parce qu'elle permet de relâcher la pression fiscale, notamment sur le capital, ce qui encourage l'investissement et par conséquent l'activité économique. Dans le même temps, si supprimer des emplois publics peut avoir un effet négatif sur la demande, cet effet demeure limité si le secteur privé prend le relais. Au contraire, une augmentation des impôts réduit le pouvoir d'achat à la fois des ménages et des entreprises, d'où son impact récessif prolongé.

Plutôt que de faire croire que les économistes n'ont rien à dire sur le lien entre réformes structurelles et croissance, Paul Krugman devrait porter un autre regard, à la fois sur l'expérience des pays développés et sur la recherche économique récente.

Philippe Aghion (Professeur d'économie à l'université d'Harvard)

Dans une chronique au « New York Times »,

l'économiste

Paul Krugman

a critiqué l'agence de notation Standard & Poor's parce qu'elle avait dégradé la note de la dette souveraine française.

<http://www.nytimes.com/2013/11/16/world/europe/youth-unemployment-in-europe.html?ref=international-home&r=0>

November 15, 2013

Siehe auch : <http://www.nytimes.com/interactive/2013/11/15/world/europe/voices-of-the-young.html>

GRAPHIK: <http://www.nytimes.com/interactive/2013/11/15/world/europe/young-and-jobless-across-europe.html?ref=europe&r=0>

Young and Educated in Europe, but Desperate for Jobs 90,89

By [LIZ ALDERMAN](#)

MADRID — Alba Méndez, a 24-year-old with a master's degree in sociology, sprang out of bed nervously one recent morning, carefully put on makeup and styled her hair. Her thin hands trembled as she clutched her résumé on her way out of the tiny room where a friend allows her to stay rent free.

She had an interview that day for a job at a supermarket. It was nothing like the kind of professional career she thought she would have after finishing her education. But it was a rare flicker of opportunity after a series of temporary positions, applications that went nowhere and employers who increasingly demanded that young people work long, unpaid stretches just to be considered for something permanent.

Her parents were imploring her to return home to the Canary Islands to help run her father's fruit business. It was a sign of the times, though, that even her own father probably would not be able to afford to pay her.

“We're in a situation that is beyond our control,” Ms. Méndez said. “But that doesn't stop the feelings of guilt. On the bad days, it's really hard to get out of bed. I ask myself, ‘What did I do wrong?’ ”

The question is being asked by millions of young Europeans. Five years after [the economic crisis struck the Continent](#), youth unemployment has climbed to staggering levels in many countries: in September, 56 percent in Spain for those 24 and younger, 57 percent in Greece, 40 percent in Italy, 37 percent in Portugal and 28 percent in Ireland. For people 25 to 30, the rates are half to two-thirds as high and rising.

Those are Great Depression-like rates of unemployment, and there is no sign that European economies, still barely emerging from recession, are about to generate the jobs necessary to bring those Europeans into the work force soon, perhaps in their lifetimes.

Dozens of interviews with young people around the Continent reveal a creeping realization that the European dream their parents enjoyed is out of reach. It is not that Europe will never recover, but that the era of recession and austerity has persisted for so long that new growth, when it comes, will be enjoyed by the next generation, leaving this one out.

George Skivalos, 28, had to move back in with his mother two years ago in Athens. “Even if we get out of the crisis, maybe in four years, I’ll be 32, and then what?” Mr. Skivalos said. “I will have missed the opportunity to be in a company with upward mobility.”

Instead, many in the troubled south are carving out a simple existence for themselves in a new European reality. They must decide whether to stay home, with the protection of family but a dearth of jobs. Or they can travel to Europe’s north, where work is possible to find but where they are likely to be treated as outsiders. There, young people say, they compete for low-paying, temporary jobs but are sometimes excluded from the cocoon of full employment.

For the European Union, addressing the issue has become a political as well as an economic challenge at a time of [expanding populist discontent](#) with the leadership in Brussels and national capitals.

Chancellor Angela Merkel of Germany has called youth unemployment “[perhaps the most pressing problem facing Europe](#).” Ms. Merkel flew to Paris on Tuesday to join other European leaders at a special youth unemployment summit meeting called by President François Hollande of France. Governments renewed a pledge for an employment-promotion program worth 6 billion euros (about \$8 billion) starting next year.

But economists said the program by itself was unlikely to put more than a bandage on a gaping wound. For members of the generation that came of age since the financial storm of 2008, promises of future aid and future growth only highlight questions about when, or whether, they will be able to make up for the lost years.

“We hope 2014 will be a year of recovery,” said Stefano Scarpetta, the director of employment, labor and social affairs at the Organization for Economic Cooperation and Development. “But we are still looking at a very large number of youth who will have endured a long period of extreme difficulty. This will have a long-lasting effect on an entire generation.”

A Job, but Far From Home

Soon after her 23rd birthday four years ago, Melissa Abadía made a wrenching decision: She would leave her close-knit family in Spain, where the grinding fallout from the 2008 financial crisis had made securing a good job impossible, and move to the Netherlands, where employers were still hiring.

“When I got on the plane, I was crying,” Ms. Abadía, a bright, ebullient woman, recalled. “But I had to decide: Should I fight for something back home that makes no sense, or get out of there and make a life for myself?”

Despite five years of training in nursing in her hometown, Castellón de la Plana, in eastern Spain, she now works in a windowless stockroom in Amsterdam organizing purses, socks and other accessories at a clothing store.

It is a sign of the plight of her generation that simply having a job and a measure of independence makes her one of the lucky ones — never mind homesickness, dashed dreams

of a very different career and a gradual acceptance that her life will probably never be the one she expected to live.

“Of course, I hate the fact that I have to do this,” she said, speaking in somber tones. “Leaving your country should be a decision, not an obligation.”

Finding only unpaid nursing internships and a temporary nightclub job in Spain, Ms. Abadía scoured the Internet for work in Europe’s more prosperous north. She quickly found employment as an au pair in Amsterdam.

For the first time, she experienced the shock of being an immigrant. Having arrived in Amsterdam as part of an influx of young Spanish, Greek, Italian and Portuguese men and women all searching for any employment, “I now know what it’s like to be seen as someone who’s coming to steal jobs,” she said.

She soon found better-paying work at the clothing shop, near the Royal Palace. The store was crowded with at least 10 other young Spaniards who had migrated for employment.

She spent two years bouncing between short-term contracts, which employers have sharply increased during the crisis to cut costs and avoid the expensive labor protections granted to permanent employees.

In some countries, especially those with the highest youth unemployment rates, short-term contracts are nothing more than opportunities for employers to take advantage of the weak labor market.

But when used by employers as intended — to give experience to young people who otherwise could not get a start — they can lead to steady work. That was the case with Ms. Abadía, whose employer eventually turned her temporary job into a permanent contract with benefits overseeing the store’s biggest stockroom.

On one level, having even that kind of employment is a victory in today’s Europe. Her salary of €1,200 a month (about \$1,600) was nearly twice what she could have expected to make in Spain.

“The day I signed a permanent contract was the best day of my life,” she said one recent weeknight, beaming as she sipped a Coke at a bustling pub.

“It is almost impossible to get one now in Spain,” she said. “Here, they trust me, a Spanish girl, and give me responsibilities. I can pay my rent, save money and be independent. I’m even writing a book.”

But because of her work hours, she still does not qualify for the Netherlands’ monthly minimum wage of €1,477 (about \$2,000), and her new career was a long way from where she had always hoped to end up.

Discussing the path that had brought her to this point, Ms. Abadía became suddenly pensive. Adjusting to a life far from home in a job beneath her skills has been harder than she imagined.

“I gave up the thought of working as a nurse long ago,” she said. “With this job, I’m so tired sometimes that I can’t move. I don’t know what a weekend is anymore.”

Above all, Ms. Abadía still yearns for Spain. One evening, in an apartment near train tracks that she shared with two roommates, she gazed at photographs of her parents, her brother and her best friends, with whom she stays in touch via Skype. Colorful banners trumpeting “España” and “Castellón” were festooned above her door. Back home, her family had left her room untouched since the day she left.

“I miss them so much,” Ms. Abadía said. While she had gotten used to Amsterdam — its drizzly skies and the directness of the Dutch — “every morning I wake up and ask myself, why the hell am I still here?”

Last Christmas, she slipped into a mild depression alone in her apartment, knowing that her family was gathered around the dinner table back home. In her worst moments, Ms. Abadía said, she thinks about getting a one-way ticket home.

“But when you think properly about it, you realize you may see your family, but you are not going to find a job,” she said. “After two months, maybe you will go back to working in a club in the evenings, and after three you’ll realize, ‘I can’t handle it anymore; I need to leave again.’”

As she sat in her apartment, she discussed her situation with two colleagues from the store, both from Spain. All three were angry at what they saw as chronic mismanagement of the Spanish economy by their nation’s leaders. With Spain adhering to austerity policies prescribed by its international creditors and Germany, they said, conditions had deteriorated so badly that they saw no light at the end of the tunnel.

“Recently, I heard criticism that people like us are running away,” Ms. Abadía said. “We didn’t run away. We left because the economic situation and the politicians pushed us.”

“If they don’t fix things, they are going to lose a couple generations of smart, young people,” Ms. Abadía added as her friends nodded in agreement. “And then what will happen to the country that’s left behind?”

That question is weighing on European leaders. An estimated 100,000 university graduates have left Spain, and hundreds of thousands more from Europe’s crisis-hit countries have gone to Germany, Britain, and the Nordic states for jobs in engineering, science and medicine. Many others have gone farther afield to Australia, Canada and the United States.

The current migration “is mostly the skilled part of the population,” said Massimiliano Mascherini, a research manager at Eurofound, a European Union research agency. “It is alarming for the countries that young people are leaving, and it should be a big source of concern for their governments.”

As part of the employment-promotion program discussed Tuesday, European Union leaders promised to guarantee job offers and internships to jobless young people, and to bolster growth in innovation and research. They also pledged initiatives to help young people find work outside their countries with cross-border vocational training.

But those pledges may be hard to carry out, economists say. “They have raised expectations, but they need to deliver,” Mr. Scarpetta of the O.E.C.D. said. “It is a challenge for Europe in terms of credibility.”

A Cycle of Sporadic Work

In Madrid, Ms. Méndez said she had little faith in promises from government leaders. She moved here six years ago and graduated in the summer with her master’s in sociology. “I wasn’t expecting a great lifestyle, but I hoped to get a good job, where I could help society,” Ms. Méndez, a quiet, determined woman, said one morning in the apartment where a friend was letting her stay.

But when she graduated, Spain was deep into its economic slump, and the government had cut funding for the type of social services that she had hoped would make her degree useful.

Like thousands of young people hit by the crisis, Ms. Méndez soon found herself underemployed, grappling with a revolving door of temporary contracts that came with few benefits, lower pay than permanent jobs, and the risk of being laid off with little recourse.

For many young people in Europe, especially those living in the most embattled economies, it has become a way of life: a series of so-called junk contracts for low- or no-pay work that often verges on exploitation, with long gaps of joblessness in between.

Young people caught in that cycle are at the edge of a growing category that economists call NEETs: those who are not in employment, education or training. According to Eurofound, as many as 14 million young Europeans are out of work and disengaged, costing European Union member states an estimated €153 billion (about \$206 billion) a year in welfare benefits and lost production.

Ms. Méndez faced that kind of unsettling risk as she sought to secure any paying job. She went to a sandwich chain but wound up working a two-week tryout with no salary. A luxury Spanish hotel chain expected her to do unpaid training for two months, and then work another two-month trial period without pay or a guarantee of a permanent job.

Occasionally it was overwhelming. “Sometimes,” she whispered, “it feels as if life is not really worth it.”

Her inability to forge a career worried Ms. Méndez, who could not even begin to think of making a home or a family. To gain experience, she was making plans to form a cooperative to study social issues like gender equality and sell reports to public institutions. She also volunteered to help abused women and attended meetings of the grass-roots movement Youth Without a Future to assist other young people exploited in temporary jobs.

When she went to her job interview with the supermarket chain, at the company headquarters on the outskirts of Madrid, she was ushered into a room with 30 other applicants, most of them with high-level university degrees. After an hour of being interviewed with the group, she exited and sighed.

Not getting the job would mean “losing my independence and the whole life that I’ve tried to build for myself over six years,” she said.

A few weeks later she received word: She would be hired to stock grocery shelves and run a cash register, but only on a three-month contract with variable hours and no guarantee of renewal.

The monthly salary of €800 (about \$1,080) would allow her to buy basics and avoid returning to live with her parents, but not cover much else.

“It’s not like my situation has improved greatly,” Ms. Méndez said. “I still hope to work as a sociologist. I know that as the days go by, this work will start to get me down.”

It remains hard for her to envision a brighter future.

“But I have to be strong,” Ms. Méndez said. “It’s the only thing I can do.”

In Amsterdam, Ms. Abadía has been surviving her economic exile by telling herself the same thing.

She rolled up her sleeve and revealed a single word in blue cursive that she had tattooed on her forearm last year: “valiente,” the Spanish term for brave.

“I did this to remember that I must keep dancing until the end,” Ms. Abadía said. “I was forced to leave my country and everyone I love just so I can have a life. But I need to keep dancing and trying and getting stronger. If I do that, someday, I can conquer the world.”

Rachel Chaundler contributed reporting from Madrid, and Christopher Schuetze from The Hague.

Is Nuclear Power the Answer?

90,95

DEBATERS



Nuclear Is Crucial to a Zero-Carbon Economy

MARK LYNAS, AUTHOR, "NUCLEAR 2.0"

The ideal approach would be huge amounts of both wind and solar power, but they cannot do the job without nuclear also in the mix.



We Need a New Manhattan Project

NAOMI ORESKES, HARVARD UNIVERSITY

Promoting the use of nuclear power as a way to deal with climate change overstates the promises of the technology and understates the risks.



Price Fossil Fuels Out of the Market

ZHAO ZHONG, PACIFIC ENVIRONMENT

Capping carbon emissions would make all the alternatives to fossil fuels more competitive and drive innovations in the clean energy sector.



Nuclear Needs to Be an Option

NATHAN MYHRVOLD, INTELLECTUAL VENTURES

No single breakthrough will fix climate change. We need to look at all available forms of energy, with the help of investments in new technology.

INTRODUCTION



Julien Warnand/European Pressphoto Agency

A group of prominent climate scientists [wrote a public letter](#) calling on environmental groups to embrace the need for a new generation of nuclear power plants as a way of addressing the problems of climate change. And a risk expert recently [argued](#) that fears of nuclear disasters far exceed the real hazards.

Does it make sense to expand nuclear power for environmental reasons, or are there better alternatives?

[READ THE DISCUSSION »](#)

Eiszeit zwischen Draghi und Weidmann

90,96

16.11.2013 · Jetzt sind die Präsidenten von EZB und Bundesbank sogar in der gewöhnlichen Geldpolitik uneins. Anders als der offene Krach über Staatsanleihekäufe wird der Streit über die Zinsen nicht im Scheinwerferlicht ausgetragen.

Von LISA NIENHAUS



© DPA, REUTERS Mario Draghi und Jens Weidmann

Bundesbankpräsident **Jens Weidmann** hat es nicht leicht. Unverhofft ist er eine Art Rockstar der Finanzmärkte geworden – Seite an Seite mit EZB-Präsident **Mario Draghi**. Vergangenen Mittwoch beklagte Weidmann das beim Wirtschaftstag der Volks- und Raiffeisenbanken – nur um gleich darauf eine der Entscheidungen der Europäischen Zentralbank zu verteidigen, die genau diesen Ruf der Notenbanker als Rockstars nährt: die unerwartete Zinssenkung der Europäischen Zentralbank auf 0,25 Prozent, fast schon ein Nullzins.

Musiker werden zu Stars, wenn sie Konflikte ausleben, die den Menschen nahegehen, wenn man sie nur lieben oder hassen kann. Am besten ist es noch, sie gehen aufeinander los. Genau das funktioniert auch bei den einst so wohltuend langweiligen Zentralbankern.

Seit sie sich um ein Thema so heillos zerstritten haben, dass gleich mehrere Männer ihre Posten hinschmissen und sogar das Verfassungsgericht angerufen wurde, sind sie prominent, umstritten, geliebt und gehasst. Erst ging es nur um den Kauf von Staatsanleihen, doch das ist längst nicht mehr alles. Seit Neustem herrscht schon in der ganz gewöhnlichen Geldpolitik keine Einigkeit mehr. Und das wird auch nach außen getragen. Der Rat der Europäischen Zentralbank, der aus dem sechsköpfigen EZB-Direktorium plus den 17 Präsidenten der nationalen Zentralbanken besteht, spaltet sich zunehmend in zwei Lager, die sich um die beiden Rockstars gruppieren: Draghi und Weidmann.



Besonders spektakulär sah man das vor zehn Tagen. Die Sitzung des Rats der Europäischen Zentralbank im 36. Stock des Euro-Towers lief zunächst wie immer: Die Direktoriumsmitglieder **Peter Praet** und **Benoît Cœuré** trugen die Fakten zur Inflation vor, die stark zurückgegangen ist – und machten einen Vorschlag: Man solle beschließen, die Zinsen zu senken, um die Inflation wieder anzuschieben. In der darauffolgenden Diskussion sprach als erstes Jens Weidmann. Er wurde sehr deutlich, lehnte die Zinssenkung zu diesem Zeitpunkt ab. Sein Vorschlag: Lieber solle man noch warten und schauen, ob die sinkende Inflation sich verfestigt. Mario Draghi hielt später dagegen, erklärte, wieso er für die Zinssenkung ist. Ruhig lief das ab, kontrolliert, ohne Wutausbrüche, man könnte auch sagen: eisig.

Am Ende stimmte ein ganzes Viertel gegen die Zinssenkung, darunter die beiden deutschen Vertreter, Jens Weidmann und **Jörg Asmussen**, sowie die Vertreter Österreichs und der Niederlande. Drei Viertel stimmten dafür. Seit das bekannt wurde, ist klar: Der Rat der EZB ist auch in der Geldpolitik gespalten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die Angst vor Deflation haben, auf der anderen Seite diejenigen, die eher Inflation fürchten. Eine „signifikante Mehrheit“ habe für die Zinssenkung gestimmt, sagte Draghi in der Pressekonferenz nach der Entscheidung. Drei Viertel mögen für die gewöhnlichen Politik als signifikante Mehrheit gelten, nicht aber für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Hier stimmt man gerne einstimmig, oder zumindest im Konsens. Gibt es mehrere Gegenstimmen, versuchte man bislang, das totzuschweigen.

Das klappt längst nicht mehr. Alles wird bekannt. Kein Wunder, dass die Stimmung schlecht ist in der EZB. Besonders in den Führungsgremien. Es ist ein unterkühlter Streit, der da ausgetragen wird, kalt und kontrolliert. Obwohl beide Seiten hinter den Kulissen mit aller Kraft kämpfen.

Der einzige Unterschied im Vergleich zum Krach um die Staatsanleihenkäufe ist, dass er bislang noch nicht im Scheinwerferlicht ausgetragen wird. Draghi würde die Zauderer nie öffentlich rügen. Weidmann sagt bislang öffentlich kein Wort dazu, dass und wieso er gegen die Zinssenkung war. Bei den Volks- und Raiffeisenbanken brachte ihn das in die interessante Lage, die Entscheidung, die er eigentlich nicht billigt, auf offener Bühne verteidigen zu müssen. „Der EZB-Rat macht Geldpolitik für den gesamten Euro-Raum und nicht für einzelne Länder“, sagte er. Und rechnete vor, wie viel der deutsche Staat schon dank der niedrigen Zinsen gespart hat (jährlich 26 Milliarden Euro). Gleichzeitig brachte er in seiner Rede geschickt unter, welche Kritik es an der Zinssenkung gibt – immer mit Verweis auf andere Personen als Kritiker.

Die Vorsicht hat ihren Grund. Denn wenn die EZB in ihrem Kerngeschäft, der Geldpolitik, uneins ist, schürt das sofort Phantasien von Austritten aus dem Euro oder einer Spaltung in Nord und Süd. Ein Grusel für die Finanzmärkte, den keiner der Notenbanker braucht.

Aber wie lange kann man einen handfesten Streit noch mit ausgefeilten Reden übertünchen? Kommenden Freitag wird man das sehen. Da sprechen Draghi und Weidmann beide nacheinander auf einer Konferenz. Thema: „Die Zukunft Europas“.

[Zur Homepage FAZ.NET](#)

M le magazine du Monde | 15.11.2013 à 12h13 • Mis à jour le 17.11.2013 à 07h55 | Par Clara Georges



Au commencement était le verbe. Pas vraiment, en fait. Car en allemand, le verbe est à la fin. Et puis de toute manière, c'est dur, l'allemand. Alors reprenons. Au commencement était le baragouinage. L'un est allemand, l'autre français. Tâtonnements, hésitations, quiproquos, rigolades, et c'est parti : les voici officiellement devenus un "couple franco-allemand". Ce sont eux, dans leur diversité d'âges, d'origines, de professions et de lieux de vie, que nous avons rencontrés, pour la plupart grâce à un appel à témoignages sur [leMonde.fr](http://lemonde.fr). L'intitulé, pourtant très succinct - "Vous êtes un couple franco-allemand. Témoignez" -, a attiré une centaine de réponses.

Avec une caractéristique commune : l'enthousiasme. L'envie de raconter leur quotidien pas si différent, mais pas tout à fait pareil. Leur amour bilingue, leurs engueulades "*lost in translation*", leurs franchissements successifs du Rhin. Combien sont-ils ? Impossible à déterminer précisément. Les seules statistiques disponibles portent sur le nombre de mariages : 396 unions franco-allemandes enregistrées en France en 2011, 901 en Allemagne, selon l'Insee et son pendant allemand, Destatis - avec, peut-être, des doublons dans les registres. Nous en avons rencontré treize, sur Skype, chez eux ou au café, mariés, pacsés ou non. Ils ne parlent pas pour tous les autres - juste pour eux. Petites histoires en sept chapitres bilingues.

DE LA DRAGUE À "DIE BEZIEHUNG"

"Je suis partie en Nouvelle-Zélande après mes études, en 2010. On faisait les vendanges avec des routards allemands et français, et on dormait en chambres mixtes, avec des lits superposés. Sven était juste en dessous de moi. Il me plaisait beaucoup, mais les Allemands et le flirt... Il m'a fallu beaucoup de torticolis pour me faire repérer." Justine Perussel, 26 ans, a fini par y parvenir : elle vit désormais à Hambourg avec Sven Behrens, 28 ans.

Rachel Gillio, 35 ans, a ramé elle aussi : *"Entre le moment où on s'est rencontrés avec Dirk et celui où on est sortis ensemble, il s'est écoulé plusieurs semaines. J'ai pensé qu'il n'était pas intéressé, j'ai même supposé qu'il était de l'autre bord."* Mais qu'est-ce à dire ? Ces hommes allemands seraient-ils des timides maladifs, des losers du flirt, des ratés de la séduction ?

Rachel dit s'être demandée si ce comportement n'était pas l'héritage du mouvement féministe allemand, qui aurait *"échaudé les hommes. Aujourd'hui, ajoute-t-elle, c'est mal vu de draguer une femme".* Le principal intéressé - qui l'était en fait beaucoup -, son compagnon, Dirk, 38 ans, a une autre explication : *"J'ai senti que c'était sérieux, que ce ne serait pas une liaison comme ça. Du coup, j'ai pris du temps."*



Du temps pour s'assurer que cette histoire en était bien une. Une vraie relation -*die Beziehung*. "Dans la bouche des Allemands, ce mot a un petit quelque chose d'officiel, affirme Justine. Soit on ne dit rien, et on n'est rien, soit on est ensemble pour de bon, et c'est *die Beziehung*. Avec Sven, j'ai été obligée de passer par la phase "amitié", il n'a jamais pris les devants, il a toujours été très respectueux. On met plus de temps à s'installer avec quelqu'un, mais une fois que ça colle, c'est solide."

D'où, peut-être, la surprise de Nathalie Mohadjer, une photographe de 34 ans originaire de Cassel (Hesse), lorsque Elie Trotignon, 41 ans, aujourd'hui son mari, l'a présentée à ses amis comme sa "copine" au bout d'une semaine. "J'étais choquée ! avoue-t-elle en riant dans leur joli appartement parisien perché sur les hauteurs de Montmartre, son bébé de deux semaines sur les genoux. Il m'a tenue par la main au bout de quatre jours. Je me suis dit : "Il est malade ce type !" Mais en même temps, j'ai trouvé ça tellement romantisch..."

Romantisch, aussi, la rencontre entre Georges-Marc Theil et Doris Schneider, en 1965, à Paris. "Avec un ami, j'allais tous les jours boire un café, dans le 13e. Et tous les jours, il y avait là deux jeunes femmes ravissantes, dont l'une était Doris. Cette rencontre éclairait ma journée. 13 h 30 était une heure formidable." Doris : "Je suis romantique, et rencontrer mon mari, c'était un petit rêve qui se réalisait. Celui d'une jeune Allemande qui a toujours entendu parler de ces Français si charmants."

"JE T'AIME" VS "ICH BIN FRISCH VERLIEBT"

Les affaires sérieuses commencent. Pour certains, cela va très vite. "Le coup de foudre. Au sixième jour, elle m'a dit : "I love you", se souvient Lucas Lefèvre, 27 ans, qui travaille dans une start-up à Hambourg. Quatre ans plus tard, sa compagne, Dominika Niezgoda, 29 ans, est toujours aussi heureuse d'avoir trouvé un homme qui, comme elle, exprime ses sentiments sans retenue.

"Ce qui est différent de mes histoires précédentes, avec Lucas, c'est qu'il est très impliqué. Il me dit sans cesse qu'il m'aime, qu'il veut prendre soin de moi. J'ai l'impression que Français et Allemands ont une vision différente de l'amour. Dans les films français, c'est toujours la passion, le grand amour, alors que dans les films allemands, ce serait plutôt : "Certes, je t'aime, mais j'ai ma vie à moi." Beaucoup de couples, d'ailleurs, font chambre à part ou vivent séparément."



D'autres évoquent une communication plus laborieuse. "Sven n'est pas bavard et il a du mal à exprimer ses sentiments, explique Justine Perussel. Du coup, quand on a vécu à distance, c'était très dur. Skype n'arrangeait pas les choses. L'amour, oui, mais sans les mots. "Je lui ai dit "je t'aime", il n'a pas répondu, raconte, depuis Berlin, Laure Zehnacker, 23 ans, en couple avec Karl Goerlich, un peintre de 32 ans. Les Allemands diront plus facilement : "Ich bin frisch verliebt", je suis amoureux, qui a un côté papillonnant, presque égoïste, que "Ich liebe dich", qui implique davantage d'engagement."

PUDEUR FRANÇAISE CONTRE "FREIKÖRPERKULTUR"

A défaut de grandes déclarations, Laure a découvert que Karl était capable d'un tout autre genre de volubilité : il parle de sexe. Sans tabou, sans gêne. "Les premières fois, il me demandait comment j'avais trouvé ça. Mais si je marmonnais "bien", ça ne lui suffisait pas : il s'attendait à une liste détaillée. Et il me faisait ses commentaires : "Tu pourrais te plier un peu plus", "cette position est intéressante", etc . Au début, je me disais qu'il pourrait quand même attendre cinq minutes. Mais j'ai appris à en parler, et ça fonctionne presque mieux. Il y a chez lui une grande liberté du corps, et ça me libère. Je ne me pose plus la question de mon image."

Une liberté partagée dans la famille de Karl. "La première fois que j'ai vu ses parents, raconte Laure, on est allés au restaurant. Sur le chemin du retour, dans la voiture, ils se sont mis à parler de sexe. A vrai dire, de

notre vie sexuelle : comment ça se passe, si j'ai des orgasmes... et le lendemain matin, ils nous ont offert une huile de massage."

Un grand moment de solitude, dont Laure n'est pas la seule à avoir fait l'expérience. Plusieurs "moitiés" françaises se sont ainsi retrouvées, les yeux ronds comme des billes, face à leurs beaux-parents qui leur proposaient d'aller avec eux au sauna, comme on suggérerait une balade en forêt. "Sauf qu'en Allemagne, le sauna est mixte, et on est tous nus !», s'exclame Clémence Robin, 29 ans. Alors avec mes beaux-parents, c'est non. Même si, aux yeux d'Ingo, je passe pour une prude."



Du fond de sa cuisine, en direct sur Skype depuis Bruxelles, l'Ingo en question ne nie pas. "Pour ma famille, c'est une tradition. On se repose, on lit, c'est chouette. C'est normal." Lucas aussi a failli s'étrangler quand Dominika lui a proposé un petit tour au sauna. "Mais je suis ouvert aux expériences, donc on y est allés. A l'intérieur, elle était tellement relax, et moi je me disais "mais remets ta serviette !" Elle est si belle, avec un si beau corps, et tous ces vieux autour... Bref, encore maintenant, le sauna me met mal à l'aise."

Christian Oeser, lui, a fait le chemin inverse. Ingénieur de 32 ans originaire de Nuremberg, il est en couple depuis dix ans avec Sabine, 29 ans, ingénieure elle aussi. Installé avec elle à Paris depuis six ans, il n'arrive plus à se déshabiller au sauna. "Il y a trois ou quatre ans, avec des potes, on y est retournés. J'ai été le seul à garder mon maillot. Ça m'a vraiment dérangé."

Tous l'affirment, les Allemands ont un rapport au corps et à la nudité beaucoup plus libre que les Français. En témoigne la popularité du mouvement FKK, *Freikörperkultur* (culture du corps libre). "A Munich, explique Bernd Saynisch, 45 ans, en couple avec Grégory Lecerf depuis vingt ans, il y a un coin du parc réservé aux naturistes. C'est un peu comme si vous étiez nu au jardin du Luxembourg."

"DAS EHEBETT", AVEC UNE OU DEUX COUETTES ?

Nus, il y a bien un endroit où Français et Allemands peuvent l'être en toute quiétude, c'est sous la couette. Mais comment ça, la couette ? Sacrilège ! Vous voulez dire les couettes bien sûr, les deux petites couettes sagement posées l'une à côté de l'autre sur le lit conjugal, (*das Ehebett*). "Le lit a été mon cheval de bataille, témoigne Justine Perussel. Celui de Sven, à Hambourg, faisait 2 mètres, mais il y avait deux matelas et deux couettes. Un an et un nouvel appartement plus tard, je suis fière de dire que nous n'avons plus qu'un seul matelas deux places... et toujours deux couettes !" La plupart des couples rencontrés en sont arrivés à ce même compromis.

Pour Justine, cette anecdote illustre un élément essentiel de la vie quotidienne allemande : la quête du bien-être. Etre en accord avec soi-même, et se sentir bien chez soi. Un concept qui porte un nom, relativement intraduisible : *Gemütlichkeit*. Dans son ouvrage *Savoir vivre avec les Allemands. Petit guide interculturel* (L'Harmattan, 2003), Bettina Mrosowski évoque "le chez-soi, l'intérieur douillet, l'ambiance paisible, chaude et douce".

Un état d'esprit que Pierric Gisquet, 35 ans, installé avec sa femme et ses enfants à Berlin, où il travaille dans l'industrie ferroviaire, a découvert sur le tard. "Je suis Toulousain, je viens d'une famille où on parle fort, où on se chambre, où on fait le souk jusqu'à 2 heures pendant les vacances. Ça, c'est inimaginable pour ma femme. Elle me dit : "Ich brauche meine Ruhe" - j'ai besoin de calme. Ces petits moments où l'on s'installe dans le sofa, avec la cheminée, la musique classique et les pantoufles chaudes."



L'importance d'une maison confortable et soignée : voilà qui n'est sans doute pas sans lien avec ce sens de l'ordre que l'on colle un peu facilement aux Allemands, et qui charrie bien des sous-entendus. Clémence et Ingo ont pris le parti d'en rire. "C'est tellement caricatural que ça en devient ridicule dans certains films, s'amuse Clémence. Cela dit, Ingo peut être un petit taliban à la maison parfois..." Il s'insurge : "Mais ça n'a rien à voir avec le fait que je sois allemand !"

Plusieurs Français affirment qu'à la maison, ils ne sont pas exactement vus comme des fées du ménage et du rangement - même si dans d'autres couples, bien sûr, la situation s'inverse. Mais ils n'associent pas ce besoin d'ordre au cliché gluant de l'Allemand maniaque et rigide.

Pour eux, c'est plutôt le reflet d'un sens civique plus développé qu'en France. Un exemple type : l'écologie. L'arithmétique de la poubelle est un art en soi. "Les parents de Christian ont huit poubelles, raconte Sabine. N'arrivant pas à trouver laquelle devait héberger quoi, j'ai pris celle des déchets "classiques" et j'ai planqué tout ce que je voulais jeter sous le reste des ordures. Et là, sa mère est entrée. Elle a éclaté de rire et m'a lancé : "Ach ! die Franzosen...""

Derrière un nuage de fumée de cigarettes, on aperçoit, sur Skype, Véronique Lusinchi, 58 ans, et Thomas Mueller, un Berlinois de 71 ans, installés à Nice, s'esclaffer à l'évocation de ces clichés, qu'ils jugent, eux, bien réels. "Nous avons inventé un concept : le dénivelé culturel nord-sud. Dès que l'on commence à s'engueuler sur le rangement, la ponctualité, l'organisation, la bohème ou le respect des lois, on brandit notre panneau imaginaire", racontent-ils. Elle avoue : "Il y a chez lui des éléments structurels teutons auxquels j'ai du mal à m'adapter." Il renvoie : "La ponctualité, elle ne sait même pas ce que ça veut dire." Ils rient.

BOEUF BOURGUIGNON OU "ABENDBROT"

Alors là, pas de doute. Quand on plonge au fond de la marmite franco-allemande, on n'en ressort pas indemne. Heures des repas, habitudes de table, nourriture, tout est différent. Il faut s'adapter - ou pas. "Les Allemands mangent entre 18 h 30 et 19 heures, rappelle Véronique. Mais moi, je n'ai pas faim. Donc souvent, on mange chacun à son heure." "Au début, ajoute Rachel, qui vit à Erlangen (Bavière) avec Dirk, je mangeais cinq fois par jour, parce que après le dîner de 18 heures, j'avais faim à 21 heures. J'ai pris 12 kilos."



On sent une certaine perplexité, côté allemand, devant le gargantuesque dîner chaud à la française qui s'éternise. Chez eux, le soir, c'est souvent *Abendbrot*, des tranches de pain complet avec du jambon, du fromage, des cornichons... Le tout en un quart d'heure, sans grandes discussions. "On a coupé la poire en deux : Abendbrot un ou deux soirs par semaine", résume Rachel. De son côté, Dirk a goûté "les moules-frites, l'andouillette, le couscous, la blanquette et le boeuf bourguignon".

Les découvertes culinaires ne se sont pas faites sans déconvenues. "Le jour où j'ai rencontré les parents de Dirk, raconte Rachel, sa mère nous a préparé un Abendbrot. J'ai cru tartinier mon pain avec du fromage frais, mais c'était du raifort. Je suis allée jusqu'au bout, avec les larmes aux yeux. Puis j'ai voulu lacomplimenter en lui disant que c'était ganz gut. En fait, ça veut dire "pas mal"."



Même incompréhension dans l'autre sens, pour Ingo et Clémence. "A chaque fois que je suis en vacances avec ses parents, dit Ingo, j'ai l'impression que toute la journée est structurée autour de la bouffe. On finit le repas et on prépare le suivant. Et tout le monde me sert de la bière." Pour Mathieu, qui souhaite garder l'anonymat, la nourriture a symbolisé une réconciliation franco-allemande toute familiale. "J'avais une certaine appréhension vis-à-vis de mes grands-parents quand je leur ai présenté Ricarda. Ils ont vécu l'Occupation tous les deux. J'ai compris que c'était gagné quand mon grand-père, qui a grandi à la ferme, a commencé à discuter bouffe avec elle, à lui dire qu'elle ne mangeait pas assez."

MÈRES ACTIVES CONTRE "HAUSFRAUEN"

Ils ont échangé des mots doux - ou pas. Dormi sous une même couette - ou pas. Fait l'amour en se parlant - ou pas. Et voilà qu'un enfant est né. Et avec lui est venu le moment de s'interroger sur l'une des valeurs les plus profondément ancrées dans une culture nationale : l'éducation.

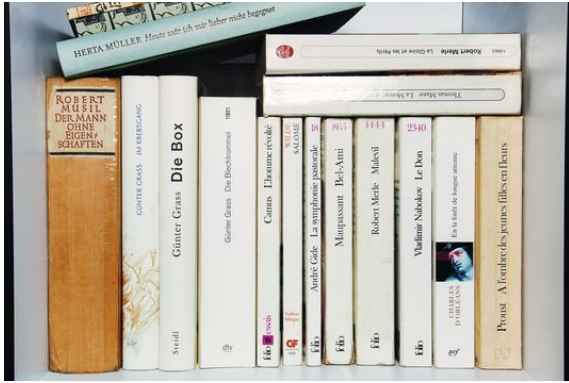
"Le vrai choc culturel, estime Rachel, c'est quand je suis devenue maman. Nous vivons en Bavière, une région très conservatrice. Ici, la femme fait carrière ou elle reste avec les enfants à la maison. Pas les deux. Il y a peu d'infrastructures. Mettre Marie à la crèche avant ses 6 mois, c'était impensable. Et lorsque je suis retournée au travail - Rachel dirige l'institut franco-allemand d'Erlangen -, on m'a fait des réflexions : "On ne met pas des enfants au monde pour les abandonner", *par exemple*." Ces mères qui travaillent sont affublées d'un doux surnom en Allemagne : *Rabenmütter*, ou mères corbeaux.



On associe souvent le faible taux de natalité allemand (1,4 enfant par femme en 2011, contre 2 en France, selon l'Insee et Destatis) au manque de lieux de garde. Mais un autre élément, moins concret, doit être pris en compte, comme l'explique Béatrice Durand dans son livre *Cousins par alliance. Les Allemands en notre miroir* (Autrement, 2002) : l'idée que l'enfance est sacrée, qu'elle doit être protégée et qu'il s'agit d'une période dont les enfants, comme leurs parents, doivent profiter toute liberté. L'auteure constate aussi une défiance à l'égard des structures collectives, particulièrement à l'Ouest (il existait un grand nombre de modes de garde en Allemagne de l'Est, pour permettre aux mères de travailler).

Certains Allemands regardent avec beaucoup de circonspection l'école à la française, parfois perçue comme du "dressage". C'est ce qu'exprime Ingo, assez brutalement, lorsqu'on l'interroge sur son idéal en la matière. "Le pays, je m'en fous, mais l'éducation, elle, sera allemande. En France, c'est la vieille école : tout est frontal, les

élèves écoutent mais ne participent pas. Pour vous, la culture, c'est connaître par coeur des listes d'écrivains, par exemple. Et si on ne les connaît pas, on est idiot. En Allemagne, on apprend à réfléchir."



Dans les familles franco-allemandes, souvent, une sorte de bricolage culturel prévaut. On prend le meilleur des deux mondes. A Paris, Elie et Nathalie ont réservé une place à la crèche franco-allemande pour Issa, âgé de 2 semaines. A Berlin, Pierric approuve les principes d'éducation de sa femme pour leurs deux petits, Isabelle et Emile : "L'enfant est beaucoup plus respecté, on essaie de le comprendre. Alors qu'en France, on leur dirait tout de suite : "Va jouer avec tes Playmobil." Beaucoup de gens s'interrogent sur le succès de l'Allemagne. Je pense que c'est très lié au fait qu'ils instaurent entre eux une relation de respect très tôt."

Quant à Rachel et Dirk, ils jugent avoir "trouvé un bon équilibre. On leur parle chacun notre langue. Souvent, ici [à Erlangen], on nous fait des réflexions sur nos enfants "élevés à la française". Dans la bouche des gens, ça signifie bien élevés."

LE "20 HEURES" FACE À "TATORT"

Qu'y a-t-il d'irréductible dans une culture ? Les Allemands, tombant fous amoureux d'un voisin ultra-rhénan, se sont-ils jetés à corps perdu dans Baudelaire et Flaubert ? Les Français ont-ils dévoré Schopenhauer et Thomas Mann ? Certains l'ont fait, bien sûr. Cependant, c'est un autre genre de monuments nationaux que tous évoquent spontanément lorsqu'on les interroge sur leurs découvertes culturelles réciproques : le JT et "Tatort".

La grand-messe du "20 Heures" à la française constitue un véritable choc pour les Allemands, habitués à la sobriété et à la brièveté (15 minutes) du "Tagesschau". "Les reportages du JT sont tellement nuls, sur des sujets tellement loin de l'actualité ! Je ne comprends pas comment les gens peuvent regarder ça", commente Ingo depuis Bruxelles. Christian, lui, a fini par trouver un certain charme au "20 Heures" : "Une demi-heure de divertissement et de faits divers, pourquoi pas", plaisante-t-il. Avec Sabine, ils ont pris le bouquet allemand de SFR pour pouvoir regarder "les matchs du Bayern et "Tatort"" en direct de Paris.



Ah, "Tatort" ! Une passion, voire une religion. La série policière créée en 1970 a conquis le coeur de ces Français germanophiles. "J'ai découvert la passion du "Tatort", assure Rachel. Je trouvais ça ringard, mais on y prend goût. Ça donne une idée de la géographie allemande parce qu'il y a des couples de flics de tout le pays [les "Tatort" sont produits dans des régions différentes]. Si on le rate, on le télécharge." Chez Rachel et Dirk, l'échange de culture a eu une importance primordiale. Dirk a appris le français en lisant des BD, principalement *La Quête de l'oiseau du temps*, de Loisel et Le Tendre, et en écoutant de la musique. "Je n'en pouvais plus de Keren Ann", plaisante Rachel.

Car l'échange passe aussi par là : apprendre la langue de l'autre ou, parfois, s'eninventer une commune. "Au début, se souvient Pierric, on parlait anglais, puis on est passés à l'allemand, puis au français. Aujourd'hui, c'est un grand mélange de tout. Surtout avec les enfants : elle parle allemand et moi français." Même si, il faut bien le constater, certains blocages demeurent : sur les treize couples rencontrés, une majorité communique en français...



Au fond, peu importe la langue et le pays qu'ils se sont choisis : au milieu de ce joyeux bazar culturel, ces couples se sont construits une vie qu'ils ne définissent plus, aujourd'hui, comme franco-allemande. Que sont-ils donc, alors : Européens ? Citoyens du monde ? Tout à la fois ou rien de tout cela ?

Bernd et Grégory apportent une ébauche de réponse : "Nous avons tous les deux l'impression que nos différences culturelles se diluent. Finalement, nous ne nous sentons pas franco-allemands du tout. Notre couple s'est bâti sur autre chose, car nous avons partagé les mêmes difficultés - révéler notre homosexualité à nos familles -, mené les mêmes combats... Et puis, nous avons vingt ans de vie commune." Des histoires de couples, tout simplement.

Sermonner l'Allemagne...

90,105

LE MONDE | 16.11.2013 à 10h25 | Par Pierre Briau

Le procès fait à l'Allemagne vient de prendre un tour nouveau avec l'enquête lancée par la Commission européenne, mercredi 13 novembre, sur l'excédent de la balance des paiements courants du pays, quelques jours après que le gouvernement américain eut critiqué Berlin pour la même raison.

La période est aux idées simples et à la distribution de bons points. Et les commentateurs politiques et médiatiques se sont aussitôt alignés en ordre prévisible sous la bannière de leurs préférences. L'Allemagne doit relancer son économie et nous laisser enfin tranquilles avec la rigueur, trompent les uns. Elle est au contraire un admirable exemple pour la zone euro, proclament les autres.

Ainsi s'enracine la consternante habitude de faire du débat économique une petite fable morale pour l'édification des classes laborieuses – habitude prise dès le début de la crise de l'euro sous l'influence de l'Allemagne et d'une Commission subjuguée.

DANS LE RELIGIEUX

A Bruxelles et à Berlin, on s'est habitué à parler en termes de bons élèves et de cancre, de vertu et de vice, de cigales et de fourmis. Quand on ne verse pas carrément dans le religieux en évoquant les « pécheurs » – les pays endettés d'Europe du Sud – qui devraient « expier » leurs fautes passées. Comme si la crise de l'euro relevait de la sacristie.

L'Allemagne se retrouve aujourd'hui en position récipiendaire de ce genre de sermon sur les bons et les méchants mais la posture moralisatrice est tout autant ridicule. Surtout que dans cet interminable procès sur les excédents allemands, tout le monde a tort.

La chancelière, Angela Merkel, parce qu'elle fait semblant de ne pas comprendre les conséquences de son prêchi-prêcha « austrophile » sur l'économie mondiale.

La Commission européenne - qui se réveille quand il est trop tard - puisque les échanges de l'Allemagne avec ses partenaires de la zone euro sont revenus à l'équilibre.

LE CHARME DES CONTES POUR ENFANTS

Et, enfin, le gouvernement américain, qui critique Berlin alors que, d'un point de vue économique et financier, il devrait critiquer l'excédent de la zone euro dans son ensemble - parce que celui-ci devient préoccupant.

Depuis 2010, le discours de Mme Merkel a le charme des contes pour enfants où la vertu triomphe toujours. L'Allemagne a « engagé des efforts » - pour sortir de son marasme économique des années 1990 -, elle a géré son budget dans la parcimonie, diminué le coût du travail, veillé sur ses entreprises, triomphé sur les marchés étrangers. Elle en recueille aujourd'hui les fruits.

Il est une autre manière de raconter la même histoire : l'Allemagne, pays vieillissant, épargne plus qu'elle n'investit - ce dont son excédent extérieur n'est qu'une traduction. Elle a toujours profité de l'euro, qui s'est moins apprécié que ne l'aurait fait le deutsche mark propulsé par de tels excédents. La Commission européenne aurait pu se réveiller et intervenir plus tôt, puisque ce surplus a dépassé, tous les ans depuis 2004, les 6 % qui constituent la limite de la présomption de « déséquilibre excessif ». Mais Olli Rehn, le commissaire européen aux affaires économiques, était trop occupé à serrer les ceintures ailleurs.

L'EXCÉDENT DE LA MISÈRE

Arrive la crise de l'euro, qui éclate, fin 2010, avec la révélation des trucages du budget grec et le naufrage des banques irlandaises. L'Allemagne, que ne peut alors contrebalancer une France discréditée par sa propre faiblesse, impose l'austérité pour tous en échange de subsides pour quelques-uns. La récession suit logiquement.

Les importations de la Grèce, de l'Espagne et du Portugal chutent brutalement pendant que la « dévaluation interne » (traduit du technocrate, la baisse des salaires) finit par faire son effet.

Certains pays, aux premiers rangs desquels l'Espagne, gagnent au moins en compétitivité et leurs exportations redémarrent. L'Allemagne, pendant ce temps, qui ne peut plus vendre autant à ses partenaires de la zone euro assommés par leurs dettes et par l'austérité imposée pour en sortir, trouve d'autres clients dans le reste du monde.

En d'autres circonstances, l'excédent de la balance des paiements de la zone euro passerait pour une bonne nouvelle : en 2014, il dépassera celui de la Chine, en valeur absolue, et atteindra 2,5 % du produit intérieur brut de l'union monétaire (contre 2,7 % pour l'excédent chinois). A cela près qu'il s'agit de l'excédent de la misère.

RÉCIPROCITÉ

En 2009, la balance des paiements courants de la zone euro était à peu près à l'équilibre. L'an prochain, le surplus atteindra 286 milliards d'euros, selon les prévisions de la Commission européenne. Mais cette amélioration du solde extérieur est due pour plus de moitié à l'«amélioration» de la situation de l'Espagne, de l'Italie et de la Grèce - trois des pays où la récession a été la plus dure.

Discutable à l'intérieur de l'Europe, cet excédent l'est aussi à l'extérieur : il exporte le marasme européen, puisqu'il faut bien que des déficits se soient creusés ailleurs - en l'espèce dans les pays émergents, qui paient ainsi leur écot à la crise de l'euro.

Ceux qui critiquent l'Allemagne ont raison : la vie dans l'union monétaire suppose la réciprocité. Mais on comprend la méfiance à Berlin, où l'on craint que l'irresponsabilité en Europe ne recommence de plus belle quand la crise sera finie. Mme Merkel a quelques raisons pour avoir fait de la France, son économie essoufflée et son gouvernement déliquescant, son grand sujet d'inquiétude.

C'est peu dire que François Hollande ne fait rien pour la rassurer.

16.11.2013

EXKLUSIV Nobelpreisträger Sargent

Wiedereinführung des Goldstandards denkbar

90,106

von Malte Fischer

Der Wirtschaftsnobelpreisträger und US-Ökonom Thomas Sargent sieht in dem Rückgang der Verbraucherpreise in einer Reihe von Euro-Krisenländern kein Problem.



GoldbarrenQuelle: dpa

„Bei den Ländern mit sinkenden Preisen handelt es sich um Krisenländer wie Griechenland. Diese müssen ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die sie in den vergangenen Jahren verloren haben, wieder herstellen. Das erfordert sinkende Löhne oder steigende Produktivität. Dadurch gehen die Lohnstückkosten zurück, und die Unternehmen können die Preise senken. Das ist keine gefährliche Deflation, sondern Teil der nötigen Korrektur, damit diese Länder international wieder konkurrenzfähig werden“, sagte Sargent im Interview.

Darüber hinaus gibt es laut Sargent „historisch gesehen keinen Grund, sich vor einer Deflation zu fürchten“. Im Gegenteil: „Wir alle profitieren, wenn der technologische Fortschritt die Preise sinken lässt, etwa bei Computern“, so Sargent.

Dass die Zentralbanken eine Inflationsrate von rund zwei Prozent anstreben, liegt laut Sargent daran, dass sie es als ihren Job betrachten, „aus schlechten Schulden gute Schulden zu machen“. Von einer Inflation profitierten die Regierungen mit hohen Schulden. Sargent: „Inflation ist eine große Umverteilungsmaschine, die die reale Schuldenlast zugunsten von Kreditnehmern senkt und das Vermögen der Gläubiger entwertet.“

Um dies zu verhindern, wäre laut Sargent die Wiedereinführung des Goldstandards denkbar: „Ich würde nicht unbedingt sagen, dass es die beste Lösung wäre, aber es wäre auch nicht töricht.“ Bis zum Ersten Weltkrieg habe man den Goldstandard gehabt, um zu verhindern, dass Regierungen und ihre Zentralbanken grenzenlos Geld drucken. In dieser Zeit hätten die Preise zwar geschwankt, aber das habe sich über die Jahre ausgeglichen.

Nobel Winner Dares To Go There: "No Reason To Fear Deflation... 90,107

Greece May Benefit From Gold Standard"

Submitted by [Tyler Durden](#) on 11/16/2013 12:45 -0500

"Historically, there is no reason to fear deflation," Nobel Laureate Thomas Sargent explains to [Germany's Wiwo.de](#), "we all benefit from lower prices." Crucially, he continues, "countries with declining prices, such as Greece, must improve the competitiveness they have lost in recent years," requiring falling wages and rising productivity (and falling unit labor costs) which will lead to companies cutting prices, "this is not a dangerous deflation, but part of the necessary correction so that these countries are internationally competitive again." That **central banks pursue an inflation rate of around 2%, Sargent blasts, is because they consider it their job to "make bad debt good debt," adding that inflation is "a major redistribution machine** - reducing the real debt burden for the benefit of creditors and devaluing the assets of the creditors." A return to a gold standard, he concludes, to prevent governments and central banks from limitless money-printing "would not be foolish."

Thomas Sargent (via [Wiwo.de](#)) dares to go there (and is likely about to be stripped of his Nobel)...

"The countries with declining prices is troubled countries like Greece. They must make their price competitiveness, they have lost in recent years, again. This requires falling wages and rising productivity. As a result, unit labor costs go back, and the company may cut prices. This is not a dangerous deflation, but part of the necessary correction so that these countries are internationally competitive again, "Sargent said in an interview.

In addition, there are, according Sargent "historically no reason to fear deflation."

On the contrary: "We all benefit when technological progress lowers the prices, such as computers," said Sargent.

That central banks pursue an inflation rate of around two percent, according to Sargent is because they consider it their job to "make bad debt good debt". Of an inflation governments benefited with high debt.

Sargent: "Inflation is a major redistribution machine, which reduces the real debt burden for the benefit of creditors and devalued the assets of the creditors."

To prevent this, according to Sargent, the reintroduction of the gold standard would be possible, "I would not necessarily say that it would be the best solution, but it would not be foolish."

Until the First World War, had **the gold standard, to prevent that governments and their central banks print money limitless**. During this time the prices would indeed have fluctuated, but had compensated over the years.

and specific to Europe, Thorstein Polleit adds ([via Wiwo.de](http://www.wiwo.de)),

"The ECB will continue to push the rate toward zero percent and then buy government bonds," Polleit said. Background of this development are falling consumer prices in the euro-crisis countries and the resulting fear of deflation.

At the same time Polleit warns against the consequences of the low interest rate policy. **"You can defer the market-based adjustment of the credit boom of the past few years through lower interest rates and the printing of new money most, but not prevent,"** said Polleit. In the medium term there is no way to lead a massive correction, coupled with cuts and debt deflation.

Polleit's conclusion seems very apt given the current melt-up:

"The longer you postpone this process, the more destructive is its effect."

Es gibt zu viele Krippen in Deutschland

90,109

16.11.2013 · Monatelang wurde davor gewarnt, es gebe nicht genug Krippenplätze. Die Zahl der Plätze wurde dann fast verdreifacht. Jetzt zeigt sich: Das war Hysterie. Was uns nicht daran hindert, noch mehr Geld in die Krippen zu pumpen.

Von GEORG MECK



© CARO  Jetzt müssen endlich noch ein paar Kinder auf die Welt kommen, damit die armen Krippen nicht so leer herumstehen

Die gute Nachricht vorneweg: Die Katastrophe ist ausgefallen, Krippenland Deutschland nicht abgebrannt. Nach 100 Tagen Rechtsanspruch offenbart sich vielmehr das Muster, nach dem solche politischen Großprojekte laufen: Erst wird der Notstand ausgerufen, wird gewarnt, dass die Republik auseinanderfällt, bis die Stimmung so weit ist, dass die Milliarden nur so purzeln. So lief es mit den Krippen. So wiederholt es sich nun in der Debatte um die angeblich verrottete Infrastruktur, die auch viele Milliarden nötig hätte – wemgleich dabei der emotionale Eifer fehlt, der ins Spiel kommt, wenn es um das Wohl von Kindern geht.

Wie von Sinnen hatte das Land dem 1. August entgegen gefiebert. Jedes Kind zwischen einem und drei Jahren erlangte zu dem Termin den Rechtsanspruch auf Betreuung; in einer Einrichtung oder bei einer staatlich geförderten Tagesmutter. Dieses Ziel sei nicht zu schaffen, hieß es in anschwellender Panik: Alarm, Alarm! Und jetzt, nach 100 Tagen? Die Kinder sind versorgt, melden die einschlägigen Stellen. Kein Notstand weit und breit: Wie konnte das passieren?

„Wir haben geklotzt, nicht gekleckert“, sagt der Herr vom Deutschen Städtetag. Das ist nicht gelogen: Es wurde gebaut auf Teufel komm raus. Traumhafte Zeiten (und Profite) für Architekten und Baufirmen, die Handwerker wurden überrannt. Alles wurde bezahlt, jeder neue Krippenplatz bejubelt als ein Fortschritt für die Menschheit. Denn: Mit dem 1. August begann eine „neue Ära“, so tönte es in den Festreden.

Es ist gesünder, nicht nachzurechnen

Angestoßen hat das Mammutprojekt Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Jahr 2007, damals auch noch offiziell für Frauen und Familie zuständig. Es folgten diverse Krippengipfel und noch mehr staatliche Programme, bis nun ein Triumph der Planwirtschaft zu vermelden ist: Soll übererfüllt. Die Zahl der Krippenplätze hat sich fast verdreifacht, auf mehr als 800.000. Selbst der nach oben korrigierte Bedarf -- eine ziemlich willkürlich gesetzte Zahl -- ist übertroffen. Es sind zu viele Krippen da.

Klar, in den Hochburgen für junge Familien, etwa Berlin-Prenzlauer Berg oder den schicken Innenvierteln in Großstädten, werden noch Wartelisten geführt, in München rennen Frauen noch immer direkt vom Schwangerschaftstest zur Kita. Generell aber hat sich das Problem ins Gegenteil verkehrt: Die Krippen in den Außenbezirken warten auf Kinder, von den Leerständen auf dem flachen Land ganz zu schweigen. Die ersten Tagesmütter hoffen ob der ausbleibenden Kundschaft bereits, dass dem Staat irgendwann das Geld ausgehen möge für immer neue Bauten.

So sind die Krippen ein hübsches Beispiel dafür, wie finanzielle Anreize in der Politik wirken: Welcher Bürgermeister eröffnet nicht gerne einen Kindergarten? Noch dazu, wenn er ihn nicht selbst bezahlen muss, wenn er sogar von Berlin zum Bau genötigt wird.

Selbst das schrumpfende Dorf in der Provinz bekommt seine schmucke Krippe: acht Kinder in einem konkreten Fall in Bayern gegen eine halbe Million Euro Bausumme plus der laufenden Kosten. Es ist gesünder, nicht nachzurechnen, was die Stunde Obhut kostet, ob sich das je lohnt, vielleicht werden ja noch ein paar Babys geboren, wer weiß, irgendwann.

Die Horrormeldungen häuften sich

Aber jetzt die Zahlen zum Irrsinn: Allein der Bund hat mehr als fünf Milliarden Euro in die Krippen rein gebuttert, Länder und Kommunen mindestens noch mal so viel. Auch die Europäische Union wurde angezapft, die staatliche Förderbank KfW für verbilligte Kredite eingespannt: 380 Millionen Euro hat die KfW ins Fenster gestellt, der Ansturm war so gewaltig, dass das subventionierte „Förderprogramm für Kitas“ auf 550 Millionen Euro aufgestockt wurde, auch davon sind nur Krümel übrig. „Das Programm ist nahezu ausgeschöpft“, berichtet Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzender der KfW, „das Interesse war enorm.“

Kein Wunder, nicht nur kommunale und kirchliche Träger durften sich bedienen, angesprochen waren ausdrücklich auch Konzerne: Die schönsten Firmenkrippen hat der Steuerzahler mitfinanziert. In der Theorie gibt der Unternehmer eigenes Geld aus, um sich als Arbeitgeber attraktiv zu machen; wenn's um Kinder geht, sind solche Einwände kleinlich. Schließlich hatte die Hysterie das Land gepackt: Die Versorgung zum 1. August sei nicht zu schaffen. Das war eine Gewissheit, zweifeln verboten. Von allem gab es angeblich zu wenig: Räume, Erzieher, Geld. Einzig die Zahl der fehlenden Plätze schien strittig. An die Solidarität des Volkes wurde appelliert, wie sonst nur nach einer Flut, um die Not zu lindern. Nachbarschaftshilfe wurde angemahnt, um die Kleinkinder von der Straße zu holen.

Die Horrormeldungen häuften sich, je näher der Termin rückte. Massenklagen wurden geradezu herbeigesehnt von Anwälten, die bereits von einem „Kollaps der deutschen Gerichte“ warnten. Die ersten Ratgeber erschienen („So klagen Eltern richtig“), Kanzleien spezialisierten sich auf das Thema. Nach 100 Tagen ist klar: Die Juristen brauchen andere Fälle. „Still ruht der See“, sagt ein Bürgermeister, halb spöttisch, halb erleichtert. Von einer Klagewelle keine Spur, abgesehen von Einzelfällen, in denen sich jemand beschwert, dass auf dem Weg zur Krippe einmal die Straßenbahn zu wechseln ist. „Wir haben nirgendwo gehört, dass es brennt“, heißt es vom Landkreistag. Man sei „sehr froh und auch ein bisschen stolz“ dass es so gekommen ist: „Alle haben sich angestrengt.“

Die Politik blickt schon auf die nächste Stufe des Ausbaus

Das Schönste an dieser Art Planwirtschaft: Die Leerstände stören die Akteure nicht. Denn, da sind sich die Politiker einig, ziehen sie das Angebot, also eine Krippe, erst mal hoch, dann regelt sich das mit der Nachfrage von alleine. Jeder Neubau fördere die Stimmung zugunsten der außerhäusigen Versorgung, glaubt die Politik. Ob das sinnvoll ist, wird nicht weiter hinterfragt. Man nennt es „familienpolitischen Fortschritt“, wenn ein Kind früh von der Mutter getrennt wird. Und stimmt das Volk in seiner Mehrheit nicht dieser Meinung zu?

Die Krippendebatte habe die „gesellschaftliche Akzeptanz für die Betreuung von Kleinkindern“ gefördert, urteilt der Städtetag und schiebt gleich noch eine Forderung hinterher: „Der Ausbau muss weitergehen.“

Die Grenze ist theoretisch erst dann erreicht, wenn 100 Prozent aller Kleinkinder öffentlich versorgt werden – im Moment liegt die Quote bei 40 Prozent, im Osten deutlich darüber, im Westen darunter.

Die nächste Stufe des Ausbaus hat die Politik schon im Blick: Wenn nicht mehr in Quantität zu investieren ist, dann eben in die Qualität. Das ist schön vage. Die Summen dafür hat das Ministerium bereits eingeplant: jährlich 845 Millionen Euro von 2015 an. Wofür genau das Geld ausgegeben wird, das wird sich weisen.

Erst muss definiert werden, was unter Qualität zu verstehen ist. Dazu, logisch, muss sich zunächst eine Arbeitsgruppe bilden. Dies jedoch kann erst geschehen, wenn in Berlin wieder eine handlungsfähige Regierung im Amt ist. Danach ist zu regeln, mit wie viel Geld was verbessert wird: Gruppengröße, Betreuungsschlüssel, Qualifikation der Erzieher (der Trend geht zur Akademisierung), Grünflächen (je mehr, desto besser), Bezahlung der Fachkräfte (dito). Es gibt noch viel zu tun.

100-Tage-Bilanz eines Großprojekts

Es gibt zu viele Krippen in Deutschland

90,111

16.11.2013 · Monatelang wurde davor gewarnt, es gebe nicht genug Krippenplätze. Die Zahl der Plätze wurde dann fast verdreifacht. Jetzt zeigt sich: Das war Hysterie. Was uns nicht daran hindert, noch mehr Geld in die Krippen zu pumpen.

Von GEORG MECK

[Artikel](#) [Bilder](#) (1) [Lesermeinungen](#) (52)



© CARO Jetzt müssen endlich noch ein paar Kinder auf die Welt kommen, damit die armen Krippen nicht so leer herumstehen

Die gute Nachricht vorneweg: Die Katastrophe ist ausgefallen, Krippenland Deutschland nicht abgebrannt. Nach 100 Tagen Rechtsanspruch offenbart sich vielmehr das Muster, nach dem solche politischen Großprojekte laufen: Erst wird der Notstand ausgerufen, wird gewarnt, dass die Republik auseinanderfällt, bis die Stimmung so weit ist, dass die Milliarden nur so purzeln. So lief es mit den Krippen. So wiederholt es sich nun in der Debatte um die angeblich verrottete Infrastruktur, die auch viele Milliarden nötig hätte – wenngleich dabei der emotionale Eifer fehlt, der ins Spiel kommt, wenn es um das Wohl von Kindern geht.

Wie von Sinnen hatte das Land dem 1. August entgegen gefiebert. Jedes Kind zwischen einem und drei Jahren erlangte zu dem Termin den Rechtsanspruch auf Betreuung; in einer Einrichtung oder bei einer staatlich geförderten Tagesmutter. Dieses Ziel sei nicht zu schaffen, hieß es in anschwellender Panik: Alarm, Alarm! Und jetzt, nach 100 Tagen? Die Kinder sind versorgt, melden die einschlägigen Stellen. Kein Notstand weit und breit: Wie konnte das passieren?

„Wir haben geklotzt, nicht gekleckert“, sagt der Herr vom Deutschen Städtetag. Das ist nicht gelogen: Es wurde gebaut auf Teufel komm raus. Traumhafte Zeiten (und Profite) für Architekten und Baufirmen, die Handwerker wurden überrannt. Alles wurde bezahlt, jeder neue Krippenplatz bejubelt als ein Fortschritt für die Menschheit. Denn: Mit dem 1. August begann eine „neue Ära“, so tönte es in den Festreden.

Es ist gesünder, nicht nachzurechnen

Angestoßen hat das Mammutprojekt Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Jahr 2007, damals auch noch offiziell für Frauen und Familie zuständig. Es folgten diverse Krippengipfel und noch mehr staatliche Programme, bis nun ein Triumph der Planwirtschaft zu vermelden ist: Soll übererfüllt. Die Zahl der Krippenplätze hat sich fast verdreifacht, auf mehr als 800.000. Selbst der nach oben korrigierte Bedarf -- eine ziemlich willkürlich gesetzte Zahl -- ist übertroffen. Es sind zu viele Krippen da.

Klar, in den Hochburgen für junge Familien, etwa Berlin-Prenzlauer Berg oder den schicken Innenvierteln in Großstädten, werden noch Wartelisten geführt, in München rennen Frauen noch immer direkt vom Schwangerschaftstest zur Kita. Generell aber hat sich das Problem ins Gegenteil verkehrt: Die Krippen in den Außenbezirken warten auf Kinder, von den Leerständen auf dem flachen Land ganz

zu schweigen. Die ersten Tagesmütter hoffen ob der ausbleibenden Kundschaft bereits, dass dem Staat irgendwann das Geld ausgehen möge für immer neue Bauten.

So sind die Krippen ein hübsches Beispiel dafür, wie finanzielle Anreize in der Politik wirken: Welcher Bürgermeister eröffnet nicht gerne einen Kindergarten? Noch dazu, wenn er ihn nicht selbst bezahlen muss, wenn er sogar von Berlin zum Bau genötigt wird.

Selbst das schrumpfende Dorf in der Provinz bekommt seine schmucke Krippe: acht Kinder in einem konkreten Fall in Bayern gegen eine halbe Million Euro Bausumme plus der laufenden Kosten. Es ist gesünder, nicht nachzurechnen, was die Stunde Obhut kostet, ob sich das je lohnt, vielleicht werden ja noch ein paar Babys geboren, wer weiß, irgendwann.

Die Horrormeldungen häuften sich

Aber jetzt die Zahlen zum Irrsinn: Allein der Bund hat mehr als fünf Milliarden Euro in die Krippen rein gebuttert, Länder und Kommunen mindestens noch mal so viel. Auch die Europäische Union wurde angezapft, die staatliche Förderbank KfW für verbilligte Kredite eingespannt: 380 Millionen Euro hat die KfW ins Fenster gestellt, der Ansturm war so gewaltig, dass das subventionierte „Förderprogramm für Kitas“ auf 550 Millionen Euro aufgestockt wurde, auch davon sind nur Krümel übrig. „Das Programm ist nahezu ausgeschöpft“, berichtet Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzender der KfW, „das Interesse war enorm.“

Kein Wunder, nicht nur kommunale und kirchliche Träger durften sich bedienen, angesprochen waren ausdrücklich auch Konzerne: Die schönsten Firmenkrippen hat der Steuerzahler mitfinanziert. In der Theorie gibt der Unternehmer eigenes Geld aus, um sich als Arbeitgeber attraktiv zu machen; wenn's um Kinder geht, sind solche Einwände kleinlich. Schließlich hatte die Hysterie das Land gepackt: Die Versorgung zum 1. August sei nicht zu schaffen. Das war eine Gewissheit, zweifeln verboten. Von allem gab es angeblich zu wenig: Räume, Erzieher, Geld. Einzig die Zahl der fehlenden Plätze schien strittig. An die Solidarität des Volkes wurde appelliert, wie sonst nur nach einer Flut, um die Not zu lindern. Nachbarschaftshilfe wurde angemahnt, um die Kleinkinder von der Straße zu holen.

Die Horrormeldungen häuften sich, je näher der Termin rückte. Massenklagen wurden geradezu herbeigesehnt von Anwälten, die bereits von einem „Kollaps der deutschen Gerichte“ warnten. Die ersten Ratgeber erschienen („So klagen Eltern richtig“), Kanzleien spezialisierten sich auf das Thema. Nach 100 Tagen ist klar: Die Juristen brauchen andere Fälle. „Still ruht der See“, sagt ein Bürgermeister, halb spöttisch, halb erleichtert. Von einer Klagewelle keine Spur, abgesehen von Einzelfällen, in denen sich jemand beschwert, dass auf dem Weg zur Krippe einmal die Straßenbahn zu wechseln ist. „Wir haben nirgendwo gehört, dass es brennt“, heißt es vom Landkreistag. Man sei „sehr froh und auch ein bisschen stolz“ dass es so gekommen ist: „Alle haben sich angestrengt.“

Die Politik blickt schon auf die nächste Stufe des Ausbaus

Das Schönste an dieser Art Planwirtschaft: Die Leerstände stören die Akteure nicht. Denn, da sind sich die Politiker einig, ziehen sie das Angebot, also eine Krippe, erst mal hoch, dann regelt sich das mit der Nachfrage von alleine. Jeder Neubau fördere die Stimmung zugunsten der außerhäusigen Versorgung, glaubt die Politik. Ob das sinnvoll ist, wird nicht weiter hinterfragt. Man nennt es „familienpolitischen Fortschritt“, wenn ein Kind früh von der Mutter getrennt wird. Und stimmt das Volk in seiner Mehrheit nicht dieser Meinung zu?

Die Krippendebatte habe die „gesellschaftliche Akzeptanz für die Betreuung von Kleinkindern“ gefördert, urteilt der Städtetag und schiebt gleich noch eine Forderung hinterher: „Der Ausbau muss weitergehen.“

Die Grenze ist theoretisch erst dann erreicht, wenn 100 Prozent aller Kleinkinder öffentlich versorgt werden – im Moment liegt die Quote bei 40 Prozent, im Osten deutlich darüber, im Westen darunter.

Die nächste Stufe des Ausbaus hat die Politik schon im Blick: Wenn nicht mehr in Quantität zu investieren ist, dann eben in die Qualität. Das ist schön vage. Die Summen dafür hat das Ministerium bereits eingeplant: jährlich 845 Millionen Euro von 2015 an. Wofür genau das Geld ausgegeben wird, das wird sich weisen.

Erst muss definiert werden, was unter Qualität zu verstehen ist. Dazu, logisch, muss sich zunächst eine Arbeitsgruppe bilden. Dies jedoch kann erst geschehen, wenn in Berlin wieder eine handlungsfähige Regierung im Amt ist. Danach ist zu regeln, mit wie viel Geld was verbessert wird: Gruppengröße, Betreuungsschlüssel, Qualifikation der Erzieher (der Trend geht zur Akademisierung), Grünflächen (je mehr, desto besser), Bezahlung der Fachkräfte (dito). Es gibt noch viel zu tun.

2014 is not 1914, but Europe is getting increasingly angry and nationalist 90,113

While Germany focuses on forging a government, populist anti-EU parties look set to do well at next year's elections

-
- [Timothy Garton Ash](#)
 - [The Guardian](#), Monday 18 November 2013
-

Now [the German elections are over](#), Germany and France will launch a great initiative to save the European project. Marking the centennial of 1914, this will contrast favourably with the weak and confused leadership under which Europe stumbled into the first world war. Before next May's elections to the European parliament, the Franco-German couple's decisive action and inspiring oratory will drive back the anti-EU parties that are gaining ground in so many European countries.

In your dreams, Mr and Ms Pro-European, in your dreams. Now for the reality. We will not even have a new German government until just before Christmas. In the [German coalition negotiations](#), which are meant to be concluded next week, European affairs are being handled in – wait for it – a sub-group of the working group on finance. That sub-group is called "Bank regulation, Europe, Euro". For all the three participating parties, Angela Merkel's Christian Democratic Union, the Bavarian Christian Social Union and the opposition Social Democrats, the hot-button issues are domestic. The introduction of a minimum wage, energy policy, dual citizenship, a proposed motorway toll – all count for more than the future of the continent.

Germany's politicians know what really matters for selling their parties to voters in future elections. As ordinary Germans get into the swing of their Christmas shopping, most are not feeling the pinch of the [euro crisis](#). Youth unemployment is around 8% in Germany, compared with 56% in Spain. It is hard to convey just how far away, and how un-urgent, the crisis of Europe feels to the man on the Berlin U-bahn. Unlike his counterpart in Madrid, he does not emerge from the underground to find stinking garbage piling up on the streets.

Once the German government is formed, its European policy will be the product of compromises between three departments of state – the dominant federal chancellery, the finance ministry, and the foreign ministry – which will themselves be divided politically between Christian and Social Democrats.

Europe's reluctant leading power will have to make further compromises with France, which has different views on several key issues. France also has a weak president, François Hollande, who is failing to reform his own country, let alone helping anyone else's. The ageing and increasingly unequal German-French couple – which in January marked a rather downbeat golden wedding anniversary, with the German wife now definitely wearing the trousers – will have to take account of the concerns of valued partners such as Poland, as well as proposals coming from European institutions.

And from this dysfunctional orchestra is to emerge a clarion call that will knock the sceptics of all countries back on their heels and mobilise Europeans to vote for Europe? Ha, ha, ha.

Partly as a result, this will be the most interesting European election campaign since direct elections to the European parliament began in 1979 – for all across Europe there is the most amazing array of national protest parties. "Populists" is the blanket term lazily draped over them all, but it does not capture their diversity. With all due disrespect to the UK Independence party and Germany's anti-euro Allianz für Deutschland, it is quite wrong to tar them with the same brush as Greece's neo-fascist Golden Dawn, Hungary's Jobbik or France's

Front National. That's even more true of, say, Catalan nationalists, let alone Beppe Grillo's Five Star Movement in Italy – which could not be farther from the far right. Closer to the xenophobic politics of the French Front National – but with multiple national and sub-national variations – are groupings such as the Vlaams Belang in Belgium, Finland's The Finns party (until recently, True Finns), the Danish People's party, and so-called Freedom parties in Austria and Holland.

Two of their most skilful leaders, [Marine Le Pen of the French Front National and Geert Wilders of the Dutch Freedom party](#), have started trying to pull them together. After wooing in spring, over lunch at the elegant La Grande Cascade restaurant in Paris's Bois de Boulogne, this odd couple last week performed the political equivalent of a wedding dance in The Hague.

"Today is the beginning of the liberation from the European elite, the monster in Brussels," cried Wilders. "Patriotic parties", added Le Pen, want "to give freedom back to our people", rather than being "forced to submit their budget to the headmistress". In Vienna on Friday, four others – Austria's Freedom party, Sweden's Democrats, Italy's Northern League and Vlaams Belang – joined a wary waltz with Le Pen.

I will be amazed if these parties do not do well in the European elections. I see nothing at all coming from the current leadership in Berlin, Paris or Brussels (forget London) that is likely to reverse an electoral *grande cascade*. Behind these parties' typically 10% to 25% standing in opinion polls is a wider popular discontent with unemployment, austerity and a Brussels bureaucracy that goes on spewing out regulations about the specifications of your vacuum cleaner and how much water you can use in the lavatory flush. A German Christian Democrat candidate for the European elections tells me that the anti-euro and anti-Brussels arguments of the Allianz für Deutschland resonate with quite a few of his local activists.

I am now taking a couple of months off from regular commentary to finish the book I'm writing about free speech (a vital right, anchored in the European convention on human rights, which these parties enjoy and exploit to its limits). When I come back, I'll be up for the good fight against Le Pen, Wilders, Jobbik and their ilk. Yet, with this divided, slow-moving and uninspiring European leadership, I have no illusions that we'll succeed in stopping the cascade. And if my guess is right, what happens then?

Since the one thing most of these parties have in common is that they are nationalists, they may have difficulty agreeing on much beyond their shared dislike of the EU. If they are strongly represented in the European parliament, the immediate effect will be to drive the mainstream socialist, conservative and liberal groupings closer together. So you'd have an explicit "grand coalition" in Berlin and an implicit grand coalition in Brussels.

The trouble with grand coalitions is that since the mainstream, centrist parties are burdened with the responsibility of government, the field of opposition is left wide open for protest parties. On the other hand, the anti-parties' very success could at last mobilise a younger generation of Europeans to defend achievements that they take for granted. Nineteen-fourteen this won't be, but a hundred years on, Europe will again be living in interesting times.

Twitter: [@fromTGA](#)

VIDEO : Moscovici: ‘my proposals for a new Europe’

90,115

14/11 19:46 CET

French Minister of Economy and Finance Pierre Moscovici has found the time in his first year and a half in that job to write a book about it. We interviewed him on the European dimension.

Giovanni Magi, euronews: “One of your goals, as you have written in your book “Combats”, is to re-orient European policy to make Europe an area of economic growth. The latest forecasts show that this goal has yet to be achieved. Is it a matter of time or is it necessary to change policy?”

Pierre Moscovici, French Economy and Finance Minister: “We are seeing that the euro area and the whole of Europe are coming out of recession. We really have put recession and excessive austerity behind us. The second conclusion is that we have to go further to ensure that Europe really is an area of growth, prosperity and social progress, since growth and social justice go together.”

euronews: “There is clearly a problem of governance in Europe; you also write that the European crisis is political rather than economic. Is it realistic today to push towards a European political union?”

Moscovici: “Yes, I think so, and in particular it is necessary to strengthen the governance of the euro area. France is making – I am making – several proposals: the first is to create a budget for the euro zone to play a counter-cyclical function, including a common base for ensuring minimum unemployment compensation. The second thing is it’s important that in the next parliament, to be elected next May, that it be an assembly which represents the euro area countries, so that we can talk together about common legislation. I also suggest that there be a permanent and exclusive President of the Euro Group who is not a minister in his own country. In my mind it should also be the Commissioner for Economic and Monetary Affairs; he would be a sort of Minister of Finance for Europe and the euro area, be a clear voice capable of helping to fix positions. Adding a fourth proposal, I say that we absolutely must have a banking union.”

euronews: “About a banking union, an agreement on the monitoring mechanism has been found, but the implementation of the single resolution mechanism looks more difficult. Will it be possible to find a common position with Germany?”

Moscovici: “We’ll have to find those common positions. What is true is that we are in a somewhat intermediate position, as Germany, following its elections, is involved in coalition talks which are long, complicated and demanding, since the coalition agreement must be an extremely accurate document. But I’d like us to reach an agreement on the mechanism of resolution by the end of this year, 2013. And – this is fundamental to me – we must finally make it so that without going through governments the European Stability Mechanism that we created can intervene in direct recapitalisation of banks that need this solution.”

euronews: “Standard & Poor’s recently downgraded France’s credit rating. At the same time we are witnessing, in France, the explosion of protest movements against taxes. One has the impression that there are not many people who believe in your policy reforms.”

Moscovici: “First, a word about Standard & Poor’s. The rating agency downgraded France, reducing its rating. I note, however that it is still a credible, serious country. The markets – investors – have shown that they continued to trust in France, since the effect in terms of interest rates – the so-called spread – was zero or nearly zero. I find that Standard & Poor’s – why I say that the critics were excessive and inaccurate – has not given

sufficient confidence in the strength of reforms which we support. For the rest, to talk about the climate in France: what is true now is that we need to put our fiscal reforms mainly toward savings in public spending. The tax leverage, the weariness expressed, is also due to our compulsory levy rate above 46 percent. I am a strong supporter of taxation; citizens' agreement to being taxed is a Republican action, and taxation is the major driver of welfare state tools that the French people want. But at the same time we are finding it is difficult to go further, which means that flexibilities are to be found on expenditure savings .

euronews: "In the last year, France has had 1,000 social plans for workers' layoffs; others are unfortunately on the horizon. Is it realistic to expect a reversal of the unemployment trend by the end of the year?"

Moscovici: "Yes, because first we must fight social plans. A social plan doesn't mean that all jobs are lost; fortunately, lots of jobs are saved; companies find solutions for buyers, and so avoid total social employment destruction. The government is fighting, the government is in a battle against social plans to lay workers off. There is another feature of France that is all those companies that are performing well, companies that are investing, new companies that create jobs, but about which we do not talk enough. Sometimes our media don't talk about success stories. There is also a France that is successful. I'll tell you straight: I am fed up with it, because France is the fifth-largest economy in the world, the second-largest economy in Europe, followed by Italy. It is, therefore, a great country, and I would like the French to have confidence in themselves, in how they shine out in the world and in Europe. We deserve better than the way we currently look at ourselves, deserve to be seen better than we are sometimes seen from the outside."

euronews: "In your book, you write that about a cabinet reshuffle, that it's not a question of "if", but "when". Even in the Socialist Party today there are voices seeking a reshuffle. Is it the right time, in your opinion?"

Moscovici: "Listen, I stand by what I have written in this book. Being minister isn't a lifetime position; I was minister from 1997 to 2002, and you're a former minister for longer than you are minister. More than anything, one is available, one is ready to serve one's country, one is available to the Head of State. It is François Hollande, the President of the Republic, who is the time keeper. He is the one who chooses if and when to do things. In the meantime, there is a government working around a very strong man: Prime Minister Jean-Marc Ayrault, who is completely on the job, all the time."

euronews: "In conclusion: you have a lot of experience in Europe. If you are offered a European Commissioner's post in 2014, will you accept?"

Moscovici: "I am France's Minister of Economy and Finance and I am a convinced, passionate European; everybody knows it. I don't consider the European Commission as an opposing force, as it is sometimes seen in the French political landscape. I think of it as a partner, and I have devoted much of my life to building up Europe. I simply do it wherever I am. I'm Minister of Economy and Finance, I'm in the Eurogroup, I'm in the Ecofin Council. I advance the cause of Europe in France and the cause of France in Europe. I am not tired of what I do, and as long as I can be useful to my country and to Europe, that's where I feel the best."

Marc Faber Fears "The End Of The Capitalist Economic System As We Know It" 90,117

Submitted by Tyler Durden on 11/17/2013 14:28 -0500

"We already live in a financial economy in which the debt and capital markets exceed the value of the real economy by far," Marc Faber explains to Germany's Finanzen100, "and that's before the current formation of bubbles." His most ominous warning, and one that fits perfectly with the seeming insanity of Federal Reserve (and all developed market central banks) is that **"the next time a bubble bursts, then the capitalist economic system as we know will falter."**

Via Finanzen100 (Google Translate),

The numbers speak for themselves: In 1980, the market capitalization of the U.S. stock market was less than 40 percent of gross domestic product (GDP). The debt, measured in credit markets, was about 130 percent of GDP. Today these figures are higher, according to Marc Faber many times: The market capitalization has reached over 100 percent of GDP, the debt about 300 percent. This is consistent with figures from the consulting firm McKinsey. After calculation, the global debt still stood in 2010 at 158 trillion. In 2012, there were already \$ 200 trillion - and rising. This makes for a worldwide economic power of slightly more than \$71 trillion about three times.

It is a powder keg on which we sit. **In a normal real economy, said Marc Faber, the debt and equity markets are small - and there in order to steer the accumulated capital into investments. Net interest acts as a regulator. That is, there are only those made with the capital investment that is truly an attractive return,** so a higher yield than fixed-income investments bring.

Speculative bubbles encourage innovation

However, it can also come here to the **formation of speculative bubbles**, as Faber points out. They are **there but small, focused on little damage**. On the contrary, you might even be necessary because **they enabled quantum leaps in progress and can only increase the production capacity**. Such a bubble bursts, then prices will fall, and so more consumers can benefit from the development. Examples give it enough: Whether the railroad boom in the twenties of the last century, the Internet boom in the late nineties or real estate bubbles. **When prices dropped after the bursting of a speculative bubble, it benefited from broad sections of the population.**

Such bubbles are therefore an integral part of the capitalist system. They promote the progress and increase productivity. But the decisive factor: In a real economy, the amount is limited to credit, as much as the real economic performance. Otherwise, with quasi unlimited credit available, investment is driven purely by liquidity - not real economics. And this is even more true when the market interest rate is distorted, as explained Cindy Sweeting of Franklin Templeton. **The capital costs are no longer currently being determined by the market, but distorted by the intervention of central banks.** Short-term financing costs are close to zero in nominal terms and negative in real terms.

Central banks override market mechanisms

The seemingly favorable debt financing and the affects it also on the decisions of the company. **Incorrect or depressed capital costs can prevent new growth** and lead to business transactions operate on, which should give it better. **Insolvency and bankruptcies are mechanisms to ensure capitalism that no capital flows in companies that do not use it effectively.** This mechanism is, however, set by the central banks suspended.

"The unintended consequences of the current artificial reduction and manipulation of interest rates and finance charges are potentially very serious," Sweeting explained: **"The risk of asset price bubbles by cheap credit financing, the resolution of leveraged carry trades and the continued preference for cheap, financed on credit, investment in existing systems instead of productive and. because the capital costs are no longer determined by the market growth-enhancing investment in the creation of new facilities, many companies are able to finance subsidized low quality. "**

Too much speculative and leveraged capital

...in an economy driven by liquidity accept this very different proportions. **The benefit that instigate these bubbles can then be significantly lower than the destroyed by the bursting of such bubbles prosperity.** Because there is too much speculative and leveraged capital within the game. There are just too many white elephant 'investments made.

The crises of the past decades due to Faber's view on interest rates too low. **In every crisis, but the banks increased the dose they took a more expansionary monetary policy.** The patient, however, the real economy, more and more immune to it. So the doctor increased the dose and on. Although the medicine brings temporary relief, but it does not eliminate the cause. **The liquidity-driven economy, it is growing like a cancer,** according to Faber and on. And that will, as Karl Marx predicted, **lead to the ultimate collapse that will put the foundations of our capitalist society on fire.**

How it will actually go out is open. **Investors should nevertheless take the warning seriously, because the end result will be a violent crash in the capital markets.**